

**KLICK-
AKTIONISMUS
ODER
ANSTIFTUNG ZU
SOLIDARISCHEM
HANDELN?**

**EINE STUDIE ZUM
EUROPAPOLITISCHEN
KAMPAGNEN-AKTIVISMUS**

MARTIN ZÜLCH

Martin Zülch

KLICK-AKTIONISMUS ODER ANSTIFTUNG ZU SOLIDARISCHEM HANDELN?

EINE STUDIE ZUM EUROPAPOLITISCHEN
KAMPAGNEN-AKTIVISMUS

© Martin Zülch

Alle Rechte vorbehalten

Bremen 2019

Klick-Aktionen für ein solidarisches Europa?

Abstract zur Studie

Seit etwa sieben Jahren versuchen engagierte Wissenschaftler/innen und Bürger/innen sowie mehrere NGOs zunehmend Einfluss auf die europäische Politik auszuüben, um auf Kurswechsel in verschiedenen Politikfeldern der Europäischen Union (EU) hinzuwirken. Dies geschieht u.a. mit Hilfe von Aufrufen, Petitionen, offenen Briefen und E-Mail-Sendungen, an deren Veröffentlichung und Verbreitung Online-Plattformen wie WeMove.EU, We Act und Change.org maßgeblich beteiligt sind. Aufschlussreich daran ist, dass solche Einflussnahmen vorwiegend im Internet platziert und auf den Gebrauch der o.g. Interventionsmedien angewiesen sind.

Ein Großteil politischer Willensbildung zu einem zukunftsfähigen Europa scheint sich demnach im virtuellen Raum abzuspielen. An diesem Phänomen setzt die Studie zum europapolitischen Kampagnen-Aktivismus von Martin Zülch an. Dabei handelt es sich um eine Sammelbezeichnung, unter welcher der Autor eine Vielzahl an Appellen und Petitionen präsentiert, die sich in den vergangenen Jahren mit diversen Fehlentwicklungen in der europäischen Politik und deren Verstrickung in ökonomische und nationalstaatliche Abhängigkeiten auseinandergesetzt haben. Im Anschluss daran werden charakteristische Merkmale erläutert, durch die sich der Kampagnen-Aktivismus – vorwiegend im deutschsprachigen Raum – auszeichnet: das Spektrum der Akteure, deren Mitteilungsformen, Erfolgsaussichten, Anwendung von Rechtsmitteln u.a.m.

Ein eigenes Kapitel widmet der Verfasser den Defiziten und Entwicklungschancen der damit verbundenen Praxis. Durch strukturierende Orientierungshilfen, wie sie im zweiten Kapitel und Anhang der Studie vorzufinden sind, lassen sich deren Mängel verringern und die „Kampagnen-Fluten“ in überschaubare Bahnen lenken. Hier wird auch das Vorurteil entkräftet, dass Petitionen und Appelle nichts bewirken könnten. Daraus ergibt sich ein Plädoyer für intensivere Teilnahmen am europapolitischen Kampagnen-Aktivismus. Die Argumentation zielt darauf ab, dass die Kampagnen-Praxis zwischen den Großereignissen öffentlicher Willensbekundung Angebote für regelmäßige Interventionen bereithält und von ihr auch in den kommenden Jahren wichtige Impulse ausgehen können, die zu politischen Neuorientierungen in der EU beitragen.

Auf die weiterführende Frage, wie sich deren Wirkungsgrad erhöhen lässt, konzentriert sich der Schlussteil der Untersuchung. Nach einer inhaltlichen Verortung der Kampagnen-Praxis lautet hierzu das Fazit: Wer auf spürbare Kurswechsel in verschiedenen Politikfeldern der EU hinwirken und Alternativkonzepte zum gegenwärtigen Status quo der EU auf den Weg bringen will, ist nicht nur auf Interventionsmedien angewiesen, sondern muss sich auch auf die Suche nach Verbündeten begeben – „wirkmächtigen“ Bewegungen und Akteuren, die der Kampagnen-Praxis mehr Rückhalt und Schubkraft verleihen können. Nach Beendigung der Untersuchung unternahm der Autor den Versuch, die Praxistauglichkeit seines Fazits zu überprüfen. Zu diesem Zweck wertete er in vier Nachträgen protokollarische Notizen zur fortlaufenden Kampagnen-Praxis sowie persönliche Erfahrungen aus, die er mit der Verbreitung eines speziell auf den „Klimastreik“ am 20. September 2019 zugeschnittenen Kampagnen-Überblicks sammeln konnte.

Mit dem Hinweis, dass vom Kampagnen-Aktivismus „Pflichtgebote“ für jeden Einzelnen ausgehen, weist der Verfasser auf eine Lücke hin, die von den unverbindlichen akademischen Diskursen über die Zukunft Europas hinterlassen wird. Die Studie befürwortet ein solidarisches und kommunikatives Handeln, das zwischen den theoretischen und praxisorientierten Zugängen zum „Brennpunkt Europa“ mehr Querverbindungen herzustellen sucht. Aus diesem Grund ist die Digitalfassung der Studie auch als *Handreichung für aktive Beteiligungen* angelegt: Sie ermöglicht über diverse Links den Zugang zu verschiedenen Aufrufen, Petitionen und anderweitigen Quellen.

Vorwort

„Es herrscht keine Waffengleichheit, wenn die Medien über rechte Gewalt berichten, aber nicht über die 200000 Bürger, die auf Avaaz oder WeMove für eine proeuropäische Petition klicken; wenn die einen mit Argumenten antreten, die anderen aber mit Fackeln und Baseballschlägern ...“ Ulrike Guérot

Die folgende Studie entstand im Zeitraum eines halben Jahres, ist am 28.6.2019 abgeschlossen und seither mit vier Nachträgen aktualisiert worden, die im Anhang vorzufinden sind.

Ihr liegen persönliche Erfahrungen mit der regelmäßigen Verbreitung europapolitischer Kampagnen an einen Adressatenkreis aus bis zu 90 Personen vom März 2018 bis Ende Mai 2019 zugrunde. In meinen E-Mails habe ich u.a. aktuell erschienene Petitionen, Aufrufe und offene Briefe weitergeleitet, indem ich diese mit kurzen Kommentaren und Links für die weitere Unterstützung versah. Hiermit wandte ich mich nicht nur vor Ort an Freunde und Bekannte, sondern auch an einen ausgewählten Expertenkreis, der sich bereits um die Durchsetzung einer solidarischen und zukunftsweisenden Europapolitik bemüht.

Schriftliche Reaktionen auf meine Weiterleitungen sowie persönliche Gespräche haben mich nun dazu veranlasst, der hierbei zutage tretenden Zwiespältigkeit nachzugehen und diese theoretisch aufzuarbeiten. Der entscheidende Auslöser für meine Bemühungen war die Erfahrung, dass sich die internetbasierte Kampagnen-Praxis als besonderes Medium politischer Einflussnahme immer mehr zu verselbstständigen droht und die damit einhergehenden „Automatismen“ bei vielen Beobachtern und Teilnehmern auf Akzeptanzgrenzen stoßen.

Der Sinn und Zweck dieser Untersuchung besteht deshalb darin, zu einer Überprüfung und deutlichen Verbesserung der bisherigen Praxis anzuregen. Zugleich möchte ich dem Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen, dass der europapolitische Kampagnen-Aktivismus aus seinem Schattendasein befreit werden muss. Dafür gibt es gute Gründe: nicht zuletzt die relative Einflusslosigkeit all jener Kräfte, von denen bereits wegweisende Vorschläge zur Neubegründung und Umgestaltung der Europäischen Union (EU) erarbeitet wurden. Vor diesem Hintergrund wende ich mich mit meiner Ausarbeitung vor allem an all jene, die über die nötige Sachkenntnis und das Know-how verfügen, um der bisherigen Kampagnen-Praxis mehr Profil und Durchsetzungskraft zu verleihen. Denn dies wäre, wie im dritten und vierten Teil der Untersuchung aufgezeigt wird, eine notwendige und zugleich nützliche Arbeit.

Darüber hinaus lässt sich die *digitale Version* dieser Studie auch für *direkte Beteiligungen an der Kampagnen-Praxis* nutzen, und zwar durch Anklicken der im Anhang aufgeführten Petitionen, Briefaktionen und Initiativen. Ebenso können diese bei der Lektüre mithilfe der *kursiv* und *farbig* akzentuierten Titel aufgerufen werden. So lassen sich auch mehrere Quellen einsehen und die in drei Übersichten angegebenen Zustimmungswerte mit den jeweils aktuellen vergleichen. Ferner wird über viele Seitenangaben im Text ein „Querlesen“ ermöglicht.

Ich danke Beate Ellerbrock-Schlitt für ihre kompetente Beratung und Manuskriptkorrektur, Prof. Klaus Busch, Dr. Johann-Günther König, Prof. Ulrich Mückenberger, Dr. Henrike Müller, Gerhard Schäfer, Dr. Joachim Schuster und Manfred Weule für ihre Ratschläge zur Fortführung und Verbreitung der Studie sowie Sebastian Ermshaus für die bedienungsfreundliche Textgestaltung.

Bremen 19.11.2019

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1 Bestandsaufnahme	10
1.1 Mitteilungsformen mit unterschiedlichen Reichweiten	10
1.2 Maßgebliche Akteure und ihre Kampagnen	11
WeMove.EU	11
WeAct / Campact	12
Change.org	16
Nichtregierungsorganisationen	17
Europäische Bürgerinitiative	23
1.3 Mediale Merkmale	25
1.4 Zustimmungswerte und Erfolgsaussichten	27
1.5 Anwendung von Rechtsmitteln als Ultima Ratio-Prinzip	28
1.6 Öffentliche Breitenwirkung	31
2 Fünf Übersichten zur bisherigen Kampagnen-Praxis	33
3 Defizite und Entwicklungschancen netzbasierter Einflussnahmen	35
4 „Solidarische Minuten“ als kontinuierliche Bürgerbeteiligung	41
5 Ausblicke auf die künftige Positionierung von Einflussnahmen	46
5.1 Plädoyers für einen grundlegenden sozialökonomischen Strukturwandel	46
5.2 Gewerkschaften und andere Akteure als potenzielle Bündnispartner	50
5.3 Proeuropäische „Agenten des Wandels“ als mögliche Verbündete	52
5.4 Rückenwind für den Kampagnen-Aktivismus durch „neue Imperative“?	56
Fazit	64
Anhang	66
Europapolitische Deklarationen aus dem Mitte-Links-Spektrum (2012-2018)	66
WeMove.EU – Kampagnen 2018 (Stand 7.11.2018)	67
WeMove.EU – Kampagnen 2019 (Stand: 2.3.2019)	68
Auffällige Unterschiede zwischen den WeMove-Übersichten der Jahre 2018 und 2019	68
WeMove.EU – abgeschlossene Kampagnen	69
Beispiele für wirksame Aktionen von WeMove.EU	70
Change.org – eine Auswahl europapolitischer Kampagnen (Stand: 7.11.2018)	71
Links zu NGOs, Instituten und Kampagnenplattformen	72
Vier aktuelle Nachträge zur Studie	76
Dokumentation neuer Kampagnen von Juli bis September 2019	76
Eine Aufstellung umweltpolitischer Kampagnen anlässlich des 20. September 2019	87
Sechs Anhaltspunkte zur Weiterverbreitung der Kampagnen-Praxis	88

Abschließende Bemerkungen	93
Literaturhinweise	96
Angaben zum Autor	99

Einleitung

„Petitionen sind ein wichtiges Demokratie-Werkzeug: Es verleiht die Macht, sich zu informieren, zu vernetzen, zu protestieren, etwas zu verändern und zu bewirken. In Zeiten der Digitalisierung ist es außerdem einfacher denn je, ein Anliegen in die Öffentlichkeit zu bringen und auf die politische Agenda zu setzen. Petitionen verleihen der Bevölkerung eine Stimme, um der Politik zu zeigen, was die Menschen wirklich interessiert und betrifft.“¹

Diese Leitidee klingt zuversichtlich und hoffnungsvoll. Sie wurde 2018 auf der Internetplattform *openPetition* proklamiert und fasst in aller Kürze die grundsätzliche Orientierung eines internetbasierten Kampagnen-Aktivismus zusammen, der seit Gründung des Beteiligungsforums *Campact!* im Jahr 2004 und Entstehung der international agierenden Abstimmungsplattform AVAAZ im Jahr 2007 stark zugenommen hat. Inzwischen mehren sich allerdings die Zweifel an der Tragfähigkeit dieses Ansatzes politischer Bürgerbeteiligung.

Im Folgenden sollen zunächst einige Breschen in den mittlerweile auch im europapolitischen Kontext „wild wuchernden Kampagnen-Dschungel“ geschlagen und dessen Licht- und Schattenseiten freigelegt werden. Danach stelle ich weiterführende Überlegungen zum künftigen Stellenwert des „europapolitischen Kampagnen-Aktivismus“ zur Diskussion.

Dieser Terminus wird hier einerseits als *Sammelbezeichnung* für die intensive Verbreitung und Nutzung so genannter *Interventionsmedien* – *Petitionen*, *offene Briefe*, Aufrufe und E-Mail-Aktionen – im deutschsprachigen Raum verwendet. Andererseits soll mit ihm den dokumentierten Einflussversuchen aus der Zivilgesellschaft ein gemeinsamer Nenner verliehen werden: *Sie alle sind unter verschiedenen Vorzeichen dem komplexen Leitbild einer solidarisch sich neu entwickelnden und gründenden EU verpflichtet – einer Union, die demokratisch verfasst ist und die gegenwärtigen wie künftigen Generationen in Europa und anderen Teilen der Welt eine ebenso lebenswerte wie nachhaltige Zukunft eröffnet.*

Der Begriff „Kampagnen-Aktivismus“ schließt somit Einflussformen mit ein, die über die herkömmliche Eingabepaxis, wie sie etwa beim *Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags* üblich ist, weit hinausreichen. Mit den o.g. Interventionsmedien versucht man die bei dem institutionalisierten „Beschwerdewesen“ vorhandenen Hürden zu überspringen und Engführungen bezüglich der eigenen Breitenwirkung zu vermeiden: Nach den *Grundsätzen des Petitionsausschusses über die Behandlung von Bitten und Beschwerden* dürfen z.B. öffentliche Anhörungen erst durchgeführt werden, wenn Sammelpetitionen „von mindestens 50.000 Personen“ unterstützt werden oder „dieses Quorum spätestens vier Wochen nach Einreichung erreicht wird“ (vgl. Paragraphen 8.2.1 und 8.4 Abs.4).

An solche Prinzipien ist auch das Genehmigungsverfahren der *Europäische Kommission* zur Gründung *Europäischer Bürgerinitiativen* (EBIs) gebunden, das für deren Zulassung ebenfalls ein *Quorum* und die Einhaltung einer *Sammelfrist* vorsieht – siehe 23 ff.

Wie im Folgenden gezeigt wird, bilden EBIs bzw. Interventionen, die sich auf ein derartig institutionell vorgegebenes Regelwerk einlassen, einen wichtigen Bestandteil des europapolitischen Kampagnen-Aktivismus. Viele Akteure (NGOs und Onlineplattformen) lassen sich je-

¹ Vgl. Jörg Mitzlaf und das openPetition-Team, Vorwort zum *Petitions-Atlas 2018*, Bund und Länder. Die 2010 gegründete Internetplattform *openPetition* wird hierzulande vor allem von regionalen Initiativen genutzt.

doch nur in Ausnahmefällen oder in Form von Aktionsbündnissen auf das zeit- und arbeitsaufwändige Procedere der Gründung einer EBI ein. Stattdessen bevorzugen sie viel häufiger direkt adressierte Interventionen und Kontaktaufnahmen zu den politischen Entscheidungsträgern – insbesondere, wenn es sich um sehr eindringliche Eingaben handelt, die in verschiedenen Politikfeldern auf einen öffentlich zu wenig beachteten Handlungsbedarf aufmerksam machen.²

Beim Thema „Kampagnen-Aktivismus“ geht es daher in erster Linie um *politische Aufklärungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse*, für die im Folgenden viele Beispiele gegeben werden. Damit geraten als *Akteure* verschiedene Repräsentanten aus der Zivilgesellschaft ins Blickfeld, die zur EU kritisch-konstruktiv eingestellt sind und ihre Veränderungsvorschläge gegenüber maßgeblichen Vertretern des politischen Systems der EU durchzusetzen versuchen. Zugleich wird die Aufmerksamkeit auf einige zentrale Konfliktfelder der europäischen Politik gelenkt. Hierbei werden jedoch die jeweils auftretenden Konfliktursachen – wie etwa die durch das *Einstimmigkeitsprinzip* immer wieder herbeigeführten Engpässe in der europäischen Politik oder ihre andauernden Fixierungen auf Neoliberalismus und Nationalstaat – nicht näher analysiert. Vielmehr kommt es im Folgenden darauf an, aus einer im besten Sinne des Wortes *pragmatischen* Sicht sowie ausgehend von einem breiten Faktenfundus anwendungs- und handlungsbezogene Perspektiven für die Kampagnen-Praxis zu entwerfen.

Die Studie ist somit unter methodologischen Vorzeichen *induktiv* angelegt, d.h. ihr liegt noch kein theoretisches Modell zum Kampagnen-Aktivismus zugrunde, von dem aus zentrale Hypothesen abgeleitet und einzelne Befunde genauer erschlossen werden könnten. Ebenso wird auf kritische Bestandsaufnahmen zum gegenwärtigen Zustand der EU verzichtet, weil diese anderswo bereits zu Genüge vorgelegt wurden (vgl. Literaturverzeichnis). Vielmehr soll der politische Ansatz der Kampagnen-Praxis einschließlich der ihr innewohnenden „Pflichtgebote“ in aktuellen Kontexten herausgearbeitet und reflektiert werden.

Hierzu folgende einführende Gedanken:

Die EU ist derzeit der schwersten Krise seit ihres Bestehens ausgesetzt, die das gesamte „Handlungssystem“ der EU zu erschüttern droht. Wenn diese gefährliche Lage nicht zu einem völligen Zerfall führen soll, müssen sich die EU-Institutionen und ihre Akteure – allen voran die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Führungskräfte der EU-Kommission – zu einem entschiedenen Kurswechsel durchringen, der sich auch auf die tieferen historisch, ökonomisch und politisch-ideologisch bedingten Ursachen der gegenwärtigen Krise einlässt.

Nach den Europawahlen wird es schwierig, aber nicht aussichtslos sein, hierfür demokratisch legitimierte Mehrheiten zu finden. Die parteipolitische Gemengelage im Europäischen Parlament wird voraussichtlich angespannter, vielleicht aber für außerparlamentarische Ein-

² In die Stärken und Schwächen solcher von privaten Anbietern organisierten Eingabepaxis gibt der 2017 beim *Berlin Institut für Partizipation* erschienene Beitrag *Petition als Partizipationsmöglichkeit* einen aufschlussreichen Einblick. Ferner sind auffällige Unterschiede zwischen der privat und staatlich organisierten Beschwerdepraxis von Change.org am 10.7. 2019 unter der Rubrik *Die wichtigsten Fragen und Antworten zu Online-Petitionen* verdeutlicht worden.

flussnahmen auch durchlässiger sein: Erstmals können in der Geschichte der EU Konservative und Sozialdemokraten gemeinsam keine Mehrheitsentscheidungen im EU-Parlament treffen. Sowohl Nationalisten und Rechtsextremisten als auch Liberale und Grüne sind aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen. Das politische Tagesgeschäft in Brüssel wird deshalb wahrscheinlich von wechselnden Mehrheiten bestimmt sein. Zugleich wird sich der Handlungs- und Entscheidungsdruck auf die EU-Institutionen erhöhen – in Zeiten, in denen sich die Alarmzeichen für eine zweite Finanz- und Eurokrise häufen, die Weltwirtschaft ungebrochen von expansivem Wachstum angetrieben wird, neue Verteilungskämpfe um Einflussphären und Rohstoffquellen sich anbahnen, die Klimaerwärmung zunimmt und das Friedensprojekt Europa vom Zerfall der internationalen Ordnung bedroht ist.

Vor diesem Hintergrund bleibt die europäische Integration umstritten: Nationalisten und EU-Skeptiker werden sie wahrscheinlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Frage stellen, während ein nicht unerheblicher Teil der proeuropäisch eingestellten Parlamentarier/innen wahrscheinlich weiterhin darum bemüht ist, das bisherige „EU-System“ zu erhalten, ohne nennenswerte ökonomische und institutionelle Reformen in Angriff nehmen zu müssen.³

Ein anderer Teil im Parlament wiederum fühlt sich ähnlich wie der Kampagnen-Aktivismus dem Ziel verpflichtet, für ein solidarisches Europa einzustehen. Diese „dritte“ Kraft – Parlamentarier/innen und ggf. auch Kommissar/innen/e, die *substanzielle* und *ressortübergreifende* Reformen (wie etwa eine auf „Klimaneutralität“ ausgerichtete Wirtschaftslenkung) anstreben – benötigt wahrscheinlich in den kommenden fünf Jahren einen noch viel größeren kritischen Beistand als bisher aus der europäischen Zivilgesellschaft, um den Reformstau in der EU schrittweise lösen zu können. Hier kommt als Einflussfaktor der europapolitische Kampagnen-Aktivismus ins Spiel, von dem im Folgenden die Rede sein wird.

³ Eine Nagelprobe für solches Festhalten am Status quo könnte das erneut gegen Italien angedrohte Defizitverfahren sein. Da sich das neue EU-Parlament erst nach Abschluss dieser Studie konstituieren wird, ist darüber noch nicht öffentlich debattiert worden. *Sachkundige* Einwände gegen das Verfahren in Verbindung mit einer sorgfältigen Güterabwägung sind jedoch dringend geboten, da sich die von der EU-Kommission eingeforderten „Strukturreformen“ und Ausgabenkürzungen zum Abbau des italienischen Schuldenberges weiterhin im Fahrwasser überholter Strategien zur Euro-Rettung bewegen. Vgl. Eric Bonse, *Brüssel droht Italien mit Defizitverfahren* und Ulrike Herrmanns Kommentar *So funktioniert der Euro nicht* in: Die Tageszeitung (TAZ) vom 6.6. 2019. Instruktive Einschätzungen bietet auch der von Klaus Busch und Volker Telljohann in Heft 7/8/2019 der Zeitschrift *Sozialismus* erschienene Beitrag *Die Krise in Italien und die Europäische Union* – vgl. *Sozialismus.de*. Wie fatal sich Ausgabekürzungen auswirken können, geht zudem aus dem TAZ-Bericht von Reiner Wandler *Ende mit Schrecken* über die Folgen des gegen *Spanien* durchgeführten Defizitverfahrens hervor.

Zur kritischen Beurteilung der bisherigen Reform- und Stabilisierungskonzepte siehe auch: Klaus Busch / Joachim Bischoff / Hajo Funke, *Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende*. Hamburg 2018. S.18f. (Die Eurokrise als Hintergrund für den Aufschwung des Rechtspopulismus) und S.193 ff. (Entwicklungspfade für die EU – Zerstörung oder Stabilisierung?)

1 Bestandsaufnahme

Zunächst soll unter sechs systematischen Gesichtspunkten das aspektreiche Panorama eines zivilgesellschaftlichen „Beschwerdewesens“ skizziert werden, das sich ganz im Sinne des Eingangszitats vor allem durch schriftliche Eingaben bemerkbar zu machen sucht, die überwiegend mit Unterschriftensammlungen verbunden sind.⁴

1.1 Mitteilungsformen mit unterschiedlichen Reichweiten

Seit 2012 setzten in Folge der Finanz- und Eurokrise die ersten öffentlichen Einsprüche aus dem politischen Mitte-Links-Spektrum in Form mehrerer *Aufrufe* und *Manifeste* ein. Ein Großteil von diesen ging von vornherein mit Unterzeichnungen einher und wurde auch im Internet verbreitet, um so eine noch größere Bekanntheit und breitere Unterstützung zu erlangen. Damit bilden diese Initiativen einen wichtigen Bestandteil des „Kampagnen-Aktivismus“, der sich nicht nur auf besonders auffällige Missstände in verschiedenen Politikfeldern konzentriert, sondern ebenso die ökonomisch-politischen Systemdefekte der EU im Blick hat und hierzu Kurswechsel, programmatische Neuanfänge und nicht zuletzt aus demokratietheoretischen Perspektiven Neubegründungen einschließlich Veränderungen in den EU-Gründungsverträgen einfordert.

Aus der hierzu im Anhang auf S.66 gegebenen Übersicht geht hervor, dass im Zeitraum von 2012 bis 2018 *mindestens* vierzehn Deklarationen veröffentlicht wurden, die in deutscher Sprache erschienen sind und sich zentralen europapolitische Problemstellungen widmen. *Pro Jahr* erschienen somit mindestens eine oder zwei und 2016 sogar drei Grundsatzklärungen zur Notwendigkeit eines grundlegenden Kurswechsels in der deutschen und transnationalen Europapolitik. Die jüngste Deklaration, das „Manifest für die Demokratisierung Europas“, wurde im Dezember 2018 publiziert und unterscheidet sich von allen anderen durch unorthodoxe Handlungsvorschläge, deren Praktikabilität allerdings umstritten ist (S.49 f.).

Im Unterschied zu europapolitischen Aufrufen und Manifesten, die eher an eine „gestreute“ Öffentlichkeit gerichtet sind, wenden sich Petitionen und offene Briefe, die seit 2015 zunehmend Verbreitung finden, mit ihren Forderungen *gezielt* und zu *konkreten Anlässen* (wie etwa anstehenden Beschlüssen oder nach Bekanntwerden drohender Fehlentwicklungen) an die *jeweils zuständigen Einfluss- und Entscheidungsträger* (wie z.B. Mitglieder des europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Ministerrats und Europäischen Rats

⁴ Alle Recherchen zu den im Text und Anhang aufgeführten Kampagnen und Quellen wurden vom Oktober 2018 bis Ende Juni 2019 durchgeführt. Ausgenommen davon sind sachdienliche Korrekturen und Zusätze (auch in den Fußnoten) sowie nachträgliche Aktualisierungen zur Bestandsaufnahme im Anhang – siehe *Dokumentation neuer Kampagnen seit Juli 2019* nach Beendigung der Studie S.76 ff.

Die Nachforschungen fanden ohne *Anspruch auf Vollständigkeit* statt, weil dies einen ununterbrochenen Zugriff auf *sämtliche* zugänglichen Aufrufe, Petitionen und E-Mail-Aktionen *aller* existierenden Initiativen bedeutet hätte – eine Anforderung, die erst in einem speziellen Studienprojekt oder von einer Expertengruppe eingelöst werden könnte. Daher ließen sich im Folgenden auch nicht alle zu einem Themengebiet vorhandenen Kampagnen und Initiativen berücksichtigen – insbesondere dann, wenn sich diese – wie etwa bei *AVAAS* – nur selten mit einer deutlicheren europapolitischen Komponente bemerkbar machten. Ebenso blieben auch *gegenteilige* Auffassungen zu den Standpunkten der hier dokumentierten Kampagnen weitgehend unbeachtet.

und/oder an die Regierungen der Mitgliedsstaaten, ggf. aber auch an einzelne Regierungsmitglieder oder an einflussreiche wirtschaftliche Akteure). Hierbei handelt es sich in der Mehrzahl um „*single-issue*“-Kampagnen, die an konkreten Problemstellungen orientiert sind und mit denen versucht wird, auf anstehende Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, kurzfristigen Weichenstellungen entgegenzuwirken und Alternativvorschlägen mit Hilfe der dokumentierten Bürgerbeteiligung Nachdruck zu verleihen. Als eines der frühesten Beispiele für diese Vorgehensweise kann hier ein dreisprachig verbreiteter Brief von rund 130 Wissenschaftler/innen und Politiker/innen aus elf europäischen Ländern und den USA angeführt werden, der anlässlich des Treffens der Eurogruppe im Mai 2016 verfasst wurde und der sich gegen erneute Schuldendienstnachforderungen an die griechische Regierung wandte. In dem Brief wurden die damaligen Regierungschefs David Cameron, Francois Hollande, Angela Merkel und Matteo Renzi dazu aufgefordert, auf diese Nachforderungen zu verzichten und die bisherige Austeritätspolitik gegenüber Griechenland zu beenden.⁵

1.2 Maßgebliche Akteure und ihre Kampagnen

In diesem Abschnitt ist von **Akteuren** die Rede – vorwiegend Repräsentant/inn/en aus einer kritisch-sachkundigen Zivilgesellschaft, die sich zusammengeschlossen haben, um ihre europapolitischen Reformvorstellungen gemeinsam durchzusetzen. Neben solchen als „Kollektiv“ in Erscheinung tretenden Akteuren – den im Folgenden vorgestellten Plattformen, Beteiligungsforen, **Nichtregierungsorganisationen** (NGOs) und ihren Kampagnen – werden auch „individuelle“ Akteure benannt: Einzelpersonen, deren europapolitisches Engagement sich dem „kollektiven“ als ebenbürtig erweist und mit diesem vielfach eng verflochten ist.

WeMove.EU

2015 trat die auf europapolitische Themen spezialisierte Kampagnenplattform WeMove.EU mit einem potenziell europaweiten Aktionsradius an die Öffentlichkeit, die von dem politischen Aktivisten *Oliver Moldenhauer* konzipiert wurde. Von 2015 bis Anfang November 2018 führte WeMove.EU unter Federführung des Campaigners *Jörg Rohwedder* sowie eines u.a. in Madrid, Warschau, Marseille und Rom ansässigen Teams insgesamt 41 Kampagnen in mehreren EU-Ländern durch, von denen inzwischen mehr als die Hälfte abgeschlossen sind. Derzeit können mindestens 15 Kampagnen, die WeMove.EU in Eigenverantwortung oder in Zusammenarbeit mit anderen NGO's durchführt, unterstützt werden (Stand: 2.3.2019, vgl. S. 68).

Die WeMove-Kampagnen beziehen sich auf zentrale Politikfelder der EU und reichen von der Agrar-, Umwelt-, Wirtschafts-, Handels- und Steuerpolitik bis hin zur Sicherheits-, Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik (vgl. S.67 f.). Zugleich orientieren sich diese an sieben Leitsätzen, die WeMove.EU in ihrem **Gründungsmanifest *Unsere Vision für Europa*** vorgestellt hat. In dem Zukunftsentwurf wird eine Europäische Union skizziert, die „nicht länger von den Interessen großer Konzerne oder einem kleingeistigen Verständnis nationaler Interessen dominiert“ wird, sondern ihre Bürgerschaft an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt, die für soziale Gerechtigkeit, den „Schutz des Planeten“ und Bürgerrechte einsteht und

⁵ *Offener Brief an Cameron, Hollande, Merkel und Renzi zur kritischen Lage Griechenlands vor dem Treffen der EUROGROUP am 9.5.2016*

sich gegen Diskriminierung, Korruption und Machtmissbrauch wendet. Darüber hinaus soll sich die EU zu einem global verantwortlichen Akteur entwickeln, der „sein Gewicht in der Welt nutzt, um Frieden zu stiften, die Menschenrechte zu stärken und die globale Armut zu bekämpfen.“⁶

Demnach richten sich die Kampagnen von WeMove.Eu in der Regel gegen alle Beschlüsse, die nicht mit den im Gründungsmanifest aufgeführten Wertvorstellungen übereinstimmen, und sind zugleich auf *konkrete Entscheidungsprozesse* in der EU ausgerichtet. Ferner ermöglicht das Organisationsmodell von WeMove.EU, „die Bemühungen von Tausenden schnell auf machtvoller Weise zu bündeln. Wir machen diese Online-Teilnahme nutzbar für dezentrale Aktionen – online und offline. Unser Kampagnenmodell basiert auf Partnerschaften. Unser Ziel ist, das Know-how und die politische Erfahrung von bestehenden Organisationen zu bündeln. Der Beitrag von WeMove.EU ist dabei vor allem die Fähigkeit zur grenzüberschreitenden Mobilisierung, die wir bisher auf EU-Ebene so schmerzhaft vermissen.“⁷

Diese Fähigkeit stellte WeMove.EU zuletzt bei der Koordinierung des Aktionstages *Ein Europa für Alle. Deine Stimme gegen Nationalismus* unter Beweis: Die Plattform hat alle Demonstrationen koordiniert, die außerhalb Deutschlands in verschiedenen europäischen Städten durchgeführt wurden.⁸ Außerdem stellt WeMove.EU sein Forum unter dem Stichwort *YouMove-Kampagnen* auch europaweit qualifizierten Organisationen und Privatpersonen aus der Zivilgesellschaft für Petitionen zur Verfügung, insofern diese mit den Wertvorstellungen von WeMove.EU übereinstimmen. Jüngstes Beispiel hierfür ist die von den NGOs *Euro Natur* und *Agent Green* bei WeMove.EU im Juni 2019 gestartete Petition *Rumänien – Retten Sie die letzten großen europäischen Urwälder Europas!*, in der die rumänische Regierung anlässlich der Beendigung ihrer Ratspräsidentschaft dazu aufgefordert wird, den kommerziellen Holzeinschlag in den rumänischen Nationalparks unverzüglich zu beenden.

Sämtliche von WeMove.EU in Eigenregie bis Anfang März 2019 durchgeführten Kampagnen sind auf S.68 im Anhang einzusehen. Im weiteren Verlauf dieser Studie wird auf mehrere Petitionen von WeMove.EU jüngeren und älteren Datums noch näher eingegangen.

WeAct / Campact

Auch das von der Aktionsplattform Campact eingerichtete Internetforum WeAct verbreitet Kampagnen mit europapolitischen Komponenten, die sich u.a. auf die Flüchtlings- und Sicherheitspolitik beziehen. Diese werden in der Regel von Privatpersonen initiiert und sind auf der Website von WeAct z.B. unter den Suchworten *Menschen- und Bürgerrechte*, *Frieden* oder *internationale Gerechtigkeit* aufzufinden. Im Unterschied zu den WeMove-Kampagnen, die nicht nur in Deutschland, sondern auch anderen EU-Staaten durchgeführt werden, fallen die Zustimmungswerte deutlich niedriger aus. Daraus lassen sich indes keine Rückschlüsse auf deren Qualität ziehen. Die inzwischen beendete Kampagne *Wir Ehrenamtliche fordern: Kein Rollback in der Flüchtlingspolitik* hat bspw. eine Zustimmung von nur 5.655 Unterschriften erhalten, also nur ein Zehntel der niedrigsten Zustimmungswerte bei WeMove.EU am

⁶ *Gründungsmanifest*

⁷ ebd., S.2

⁸ Jörg Rohwedder, E-Mail vom 21.5.2019

7.11.2018 (vgl. S.67), obgleich in der Petition zentrale Forderungen zu einer humanitären Migrationspolitik präsentiert wurden.

Völlig anderes geschah mit der Petition „*Wasser ist Menschenrecht – Stoppt die Wasserpri-
vatisierung in Griechenland*“: Sie wurde von 220.000 Menschen unterstützt, ihre Laufzeit wurde mittlerweile beendet. Diese Kampagne trug maßgeblich dazu bei, dass die griechische Regierung einen Verfassungsentwurf erarbeitet hat, in dem Wasser vor weiteren Privatisierungen geschützt werden soll. Der Regierungsvorschlag, über den noch im Parlament abgestimmt werden muss, enthält folgenden Rechtsgrundsatz: „Das Wasser ist Gemeingut. Der Zugang dazu ist soziales Recht. Die Wasserunternehmen und die des Abwassers stehen unter staatlicher Kontrolle und können nicht privatisiert werden.“⁹

Ähnlich erfolgreich verliefen offenbar auch die von Einzelpersonen und Angehörigen der *Seebrücke-Initiative* an die Bürgermeister von Aachen, Erfurt, Essen, Hamburg, Kassel, Kiel, Mannheim und Stuttgart gerichteten Petitionen zur *Seenotrettung im Mittelmeer*. Zunächst wurde gefordert, das Sterben im Mittelmeer zu beenden und den aus Seenot Geretteten ein neue Bleibe in deutschen Städten zu ermöglichen. Ergänzt wurde dies in einem Aufruf an den deutschen Außenminister dahingehend, dass er seine Amtskolleg/innen in Italien und Malta dazu auffordern solle, alle Rettungsmaßnahmen im Mittelmeer unverzüglich zu reaktivieren. Dieser Appell – *Beenden Sie das Sterben im Mittelmeer - Seenotrettung ist kein Verbrechen!* – wurde bislang von mehr als 213.400 Menschen unterstützt. Zugleich appellierten die Oberbürgermeister/innen von Köln, Düsseldorf und Bonn an die Bundeskanzlerin, ebenfalls dem Sterben im Mittelmeer Einhalt zu gebieten und stellten im Gegenzug in Aussicht, gerettete Menschen in ihren Städten aufzunehmen.¹⁰

Die europäische Dimension solcher Vorstöße wird ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass auch anderswo, insbesondere in Italien, Bürgermeister die Aufnahme von Flüchtenden gegen teilweise erhebliche Widerstände selbst zu organisieren und auszubauen versuchen¹¹. Zudem sei an das vor drei Jahren von der Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission *Gesine Schwan* und der Abgeordneten der portugiesischen Sozialdemokraten im EU-Parlament *Maria Joao Rodrigues* ausgearbeitete Konzept zur Flüchtlingsverteilung in der EU erinnert, in dem den *europäischen Städten und Gemeinden* eine Schlüsselrolle bei der Aufnahme Schutz suchender Menschen zugewiesen wurde.¹² –

Diese Beispiele zeigen, dass bei WeAct auch Kampagnen Verbreitung finden, die das inhaltliche Spektrum von WeMove.EU deutlich erweitern. Solche komplementär ansetzenden Initiativen werden bei WeAct unter anderem auch zur *Rüstungs-* und *Sicherheitspolitik* der EU ergriffen oder zu einem ökonomisch relevanten Thema wie der Einführung einer neuen Ökode-

⁹ Mitteilung von Imke Meyer am 8.2.2019 zu ihrer Petition „*Wasser ist Menschenrecht*“

¹⁰ Vgl. Campact e.V. (DE), *Für Seenotrettung im Mittelmeer!* Vgl. auch: WDR, 26.7.2018, *NRW-Städte wollen mehr Flüchtlinge aufnehmen*

¹¹ Vgl. Michael Braun, *Der Aufstand der Bürgermeister*. ZEIT Online, 8.1.2019. Jan-Christoph Kitzler, *Riace – ein Symbol ohne Bürgermeister*. ARD-Studio Rom, 20.10.2018

¹² Caterina Lobstein, Flüchtlingsverteilung: *Bürgermeister übernehmen Sie!* DIE ZEIT Nr. 22/2016, 2.6.2016 Vgl. auch den 2016 auf dem Internetportal *Europa neu begründen* veröffentlichten Appell von Gesine Schwan und Hans-Jürgen Urban *Das Flüchtlingsdrama: Ein Appell zum Umdenken. In Europa und in Deutschland*

sign-Richtlinie in der EU.

Die folgenden drei Eingaben zur *deutschen* Rüstungspolitik wenden sich zwar nur an die Bundesregierung und den Bundestag. Würden aber deren Forderungen wie auch der auf S.20 f. vorgestellten Kampagnen tatsächlich umgesetzt, so wäre damit ein Kurswechsel verbunden, von dem Signalwirkungen auf die Entwicklung einer *konsistenten Entspannungs- und Friedenspolitik* der EU ausgehen könnten.

1. Im vergangenen Jahr verbreitete die Hilfsorganisation für notleidende Kinder *terre des hommes* bei WeAct die Petition *Stoppt Waffenexporte!*, die ein Ende aller Waffen- und Munitionsausfuhren in Staaten mit bewaffneten Konflikten und Menschenrechtsverletzungen sowie in Länder fordert, in denen Kinder als Soldaten missbraucht werden. Die Kampagne wurde bereits durch 146.229 Unterschriften (Stand: 2.3.2019) unterstützt.

2. Am 21.1.2019 initiierte Dr. *Alexander S.Neu* anlässlich der damals schon absehbaren Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA und Russland die Petition *Keine Stationierung US amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa*. In ihr wird die Forderung erhoben, den INF-Vertrag durch „ein erneuertes Inspektionsregime“ zu ergänzen, „um Verdachtsfälle vor Ort aufklären zu können, statt spekulative Ferndiagnosen zu leisten“. Diese Forderung wird voraussichtlich bei allen diplomatischen Bestrebungen, den Anfang Februar von den USA und Russland aufgekündigten Vertrag im Rahmen der sechsmonatigen Kündigungsfrist doch noch zu retten, eine maßgebliche Rolle spielen.¹³ Die Eingabe hat allerdings bislang erst 4.373 Unterschriften erhalten (Stand: 3.3.2019).

3. Am 22.2.2019 forderten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei *Fabio De Masi* und zwei weitere Parteimitglieder in der Petition *#Geheimpapier: Stoppt den deutsch-französischen Rüstungsdeal!* die Bundestagsabgeordneten dazu auf, den im Januar zwischen der deutschen und französischen Regierung abgeschlossenen *Aachener Vertrag* zum Ausbau der deutsch-französischen Zusammenarbeit abzulehnen. In der Begründung heißt es u.a., dass durch zusätzliche Geheimvereinbarungen mit Frankreich das bestehende Verbot von Waffenexporten nach Saudi-Arabien umgangen werde, das die Bundesregierung nach dem Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi beschlossen hat.¹⁴

¹³ Zum Hintergrund: In dem 1987 abgeschlossenen INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) wurde ein Verbot landstationierter Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper mit Reichweiten von 500 bis 5.500 Kilometern vereinbart. Die USA und Russland werfen sich nun gegenseitig vor, diesen Vertrag verletzt zu haben: Die USA behaupten, dass Russland neue Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 2600 km entwickelt habe, und beabsichtigen nun ebenfalls eine neue Raketengeneration in Europa aufzustellen. Russland bestreitet diesen Vorwurf mit dem Hinweis, sein Raketensystem bleibe mit 480 Kilometern unter der Verbotsgrenze des INF-Vertrags, und entgegnet zudem, dass sich von dem in Rumänien stationierten Nato-Raketenabwehrsystem auch Tomahawk-Marschflugkörper der USA abschießen ließen (Quelle: Andreas Zumach, *Rüstungskontrollverlust*, TAZ 2./3.2.2019).

¹⁴ Über dieses Geheimabkommen erschien auf SPIEGEL ONLINE am 15.2.2019 der Bericht *Gemeinsame Rüstungsprojekte. Deutsch-französisches Geheimpapier regelt Waffenexporte neu*, in dem darauf hingewiesen wird, dass Deutschland bei gemeinsamen Rüstungsvorhaben wie dem Bau neuer Kampfpanzer und -flugzeuge gegenüber Frankreich Zugeständnisse gemacht und in deren Verkauf an Drittländer eingewilligt habe. Auf diese Weise würden nun deutsche Exportregeln aufgeweicht und über Frankreich weiterhin Waffenexporte nach Saudi-Arabien ermöglicht. Angesichts solcher Brisanz hat sich die Unterstützung der Petition (3.802 Unterschriften, Stand: 29.4.2019) als viel zu schwach erwiesen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich die Eingabe nicht nur auf die Veröffentlichung des Geheimpapiers und Ablehnung der militärpolitischen Vereinbarungen bezieht, sondern den deutsch-französischen Kooperationsvertrag insgesamt in Frage stellt.

Eine ganz andere Thematik verfolgt die Initiative *Schraube locker!?* Im September 2018 veröffentlichte sie bei WeAct die Petition *Recht auf Reparatur!*, die bislang Zuspruch von 112.489 Menschen gefunden hat (Stand: 29.4.2018). Die Eingabe nahm auf die neu gefasste *Ökodesign-Richtlinie* zur Förderung einer Ressourcen und Energie einsparenden Produktionsweise sowie zur Verringerung von Wegwerfprodukten in der EU Bezug und griff damit die vom EU-Parlament bereits im Mai 2018 geforderte *Erweiterung entsprechender Regelungen* auf.¹⁵ Nach der neuen Richtlinie sollen ab März 2021 alle Hersteller von Elektronikartikeln und sämtliche Warenimporteure Ersatzteile und Reparaturinformationen für Kühlschränke, Waschmaschinen, Spülmaschinen und Leuchtmittel bereitstellen. Außerdem können Reparaturen mit gewöhnlichen Werkzeugen und ohne Schäden am Gerät durchgeführt werden.

Die Forderungen von *Schraube locker!?* gehen jedoch über diese Maßnahmen deutlich hinaus: Demnach sollen auch alle „nicht-professionelle Reparatere“ Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturinformationen erhalten, die eingeführten Standards auch für andere Geräte und Geräteteile wie Displays und Lampen gelten, und es soll künftig auch ein Wahlrecht auf Reparatur bei Garantie- und Gewährleistungsfällen geben. –

Mittlerweile hat sich auch der Campact-Vorstand sehr klar europapolitisch positioniert: Am 23.3.2019 rief *Christoph Bautz* zur Teilnahme an Demonstrationen in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart auf, die am 19.5.2019, eine Woche vor den Europawahlen, in mehr als 50 europäischen Städten unter dem Motto *Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus* als Weckrufe zur Beteiligung an den Europawahlen durchgeführt wurden. Der Aktionstag, an dem in Deutschland rund 150.000 und europaweit rund 200.000 Menschen teilnahmen, wurde maßgeblich von Campact mitorganisiert und einem breiten Bündnis unterstützt – rund 250 Organisationen und NGOs, unter denen sich bereits mehrere durch europapolitische Kampagnen hervorgerufen hatten (vgl. S. 41).¹⁶

In seinem Appell *Europawahl: Deine Stimme gegen Nationalismus* hob Bautz nicht nur die parteipolitischen Kräfteverhältnisse und sozioökonomischen Fehlentwicklungen in der EU hervor, sondern berücksichtigte auch ihre Errungenschaften. Demnach charakterisierte er die Politik der EU als „ständigen Kampf zwischen Profitinteressen von Wirtschaftslobbys und den Gemeininteressen der Zivilgesellschaft“ und verwies dabei auf mehrere Richtlinien und Verordnungen der EU, durch welche die Macht von Konzernen bereits eingeschränkt werde. Als Beispiel für diesen Konflikt führte Bautz u.a. den Interessengegensatz zwischen der EU und Deutschland bei den Abgasnormen für Neuwagen an: Während die Bundesregierung eine Senkung des erlaubten CO₂-Ausstoßes um nur maximal 30 Prozent gefordert hatte, konnte das EU-Parlament in den Trilog-Verhandlungen mit dem Ministerrat und der Kommission eine Verminderung um 37,5 Prozent bis 2030 durchsetzen.

¹⁵ Carsten Diering, *EU will Waschmaschinen vor Elektrogeräte-Friedhof retten*, Die Welt, 11.1.2019

¹⁶ Tanja Tricarico, *Deutschland im Europa-Fieber*. TAZ 20.5.2019 Löw/AFP/dpa, *Zehntausende demonstrieren gegen Nationalismus*. SPIEGEL ONLINE 19.5.2019

Change.org

Bei der nach eigenen Angaben mit 25 Millionen Nutzern weltweit größten Plattform für Online-Aktionen Change.org werden ebenfalls hin und wieder europapolitisch relevante Kampagnen durchgeführt, die konkrete Missstände und dubiose Weichenstellungen in der EU ins Visier nehmen: insbesondere die fortgesetzte Anwendung des Herbizids Glyphosat, die EU-Freihandelsabkommen CETA und JEFTA sowie eine Flüchtlingspolitik, die zu weiteren Abschottungen der „Festung Europa“ führt. Hierbei haben sich vor allem die ehemalige Musiklehrerin *Marianne Grimmerstein* und *Sven Giegold*, Europaabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Sprecher der Europagruppe der Grünen im Europaparlament, hervorgetan. Mit ihren Interventionen setzen sie teilweise frühere, bereits beendete Kampagnen von WeMove.EU und anderen Initiativen unter neuen, aktuell veränderten Vorzeichen fort (vgl. S.28 f.).

Wenn man darüber hinaus auch die von *Peter Niedergesäss* 2018 gestartete Kampagne zur *Durchsetzung fairer Handelsverträge mit Ostafrika* ¹⁷ in den Blick nimmt oder die Eingaben von *Brigitte Artmann* und *Ute Schlumpberger* gegen marode Atommeiler in der EU, so deutet dies darauf hin, dass Change.org als ein geeignetes Forum genutzt wird, um brisante Themen in den Blickpunkt zu rücken, die normalerweise im europapolitischen Diskurs und in der Medienöffentlichkeit zu wenig Beachtung finden - vgl. weitere *Links in der fünften Übersicht im Anhang* auf Seite 71.¹⁸

Inzwischen ist Change.org, was die Zustimmungswerte europaweiter Kampagnen betrifft, zum Spitzenreiter unter den hier präsentierten Plattformen aufgerückt: Im Juni 2018 hat dort die Internet-Initiative *Save the Internet* anlässlich der damals bevorstehenden Parlamentsentscheidung über eine Urheberrechtsreform die Petition *Stoppt die Zensurmaschine – rettet das Internet* ins Leben gerufen und Anfang Juli mit 700.000 Unterschriften allen Europaabgeordneten zugeleitet. Daraufhin wurde der erste Gesetzesentwurf zunächst zurückgewiesen und die Entscheidung auf Ende März 2019 vertagt. Unterdessen wuchs die Unterstützung der Petition sprunghaft an: Im November 2018 erreichte sie einen Zustimmungswert von 1.9 Millionen Stimmen, der seither auf mehr als 5.3 Millionen angestiegen ist. Ein Großteil der Unterschriften (1,5 Millionen) stammt aus Deutschland, gefolgt von Frankreich und Italien. Damit avancierte die in zehn Sprachen übersetzte Petition zur weltweit am häufigsten unterzeichneten Petition.¹⁹

Kurz nach den Europawahlen hat Sven Giegold bei Change.org wieder die Initiative ergriffen und seine Petition *Keine Blockade in Brüssel! Steuertransparenz jetzt!* in einer zweiten Auflage unter dem Motto: *Stoppt die Blockade der Bundesregierung im Kampf gegen Steuerver-*

¹⁷ Vgl. hiermit die ein Jahr zuvor von *Wolfgang Abeld* bei WeAct veröffentlichte und an die EU-Kommission gerichtete Petition *Stoppt EPA* (Economic Partnership Agreement), in der ebenfalls grundlegend neue, auf „Augenhöhe“ angelegte Handelsverträge mit den afrikanischen Staaten eingefordert werden.

¹⁸ Change.org gehört in Deutschland mit 6 Millionen Nutzern neben *openPetition* zu den am häufigsten genutzten Petitionsplattformen. Unter der Rubrik „Durchsuchen“ ermöglicht die Plattform Zugriffe auf mehr als 150 Petitionen der vergangenen Jahre. Bei mehreren dieser „Eingaben aus Bürgerhand“ geht es auch um persönliche Schicksale vor Ort – konkrete Notlagen, die sich im Unterschied zu allgemeinen politischen Belangen viel häufiger in direkter Weise erfolgversprechend beeinflussen lassen. Ebenso können die Nutzer bei WeMove.EU, We act und mehreren NGO's unter speziellen Rubriken Einsicht in aktuelle Kampagnen nehmen, die häufig mit den bereits erreichten und weiterhin angestrebten *Zustimmungswerten* versehen sind - vgl. Links auf S.72

¹⁹ Rebecca Stegmann, *Die Internetcommunity will ihre Memes behalten*. Petition der Woche. TAZ 23./24.3.2019

meidung großer Unternehmen! aktualisiert. Darin heißt es, dass Union und SPD im Europawahlkampf eine Beendigung der Steuervermeidung von Großunternehmen in der EU versprochen hätten, nun aber eines der wirksamsten Instrumente der EU gegen die Steuervermeidung von Apple, IKEA & Co., die *länderbezogene Steuerberichterstattung* (Country by Country Reporting) blockieren würden. Hierbei müssen Großunternehmen offenlegen, in welchen EU-Ländern sie Gewinne erzielt und Steuern gezahlt haben, damit künftig ein weiteres Verschieben von Gewinnen in Steueroasen verhindert werden kann.

Während des 37. Deutschen Evangelischen Kirchentags sind auf einer Sonderveranstaltung am 20.6.2019 anlässlich des Weltflüchtlingstags die Wiederaufnahme der Seenotrettung und sichere Zugangswege für Flüchtlinge verlangt worden. Gleichzeitig stimmte man mit überwältigender Mehrheit einer Resolution zu, in der gefordert wird, dass die Evangelische Kirche Deutschland (EKD) ein eigenes Rettungsschiff ins Mittelmeer schicken solle. Dieses europapolitisch überaus intelligente Anliegen wurde von *Sven Giegold*, der Juristin und Publizistin *Beatrice von Weizsäcker*, dem Pfarrer *Joachim Lenz* sowie den Pastorinnen *Christina Biere* und *Lioba Diez* eingebracht und kann mit Hilfe der auf Change.org verbreiteten Petition *Schicken wir ein Schiff!* unterstützt werden, die sich an den Rat der EKD und alle Gliedkirchen wendet.²⁰

Nichtregierungsorganisationen

Mittlerweile haben namhafte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie die Umweltverbände *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) und *Deutsche Umwelthilfe e.V.* (DUH), die Verbraucherschutzorganisation *foodwatch*, das *Netzwerk gerechter Welthandel* und viele andere mehr zu gegebenen Anlässen europapolitisch relevante Eingaben initiiert.²¹ Aus diesen geht hervor, dass inzwischen eine Vielzahl an NGOs, die sich auf verschiedene Politikfelder spezialisiert haben, die *europapolitische Dimension* ihrer Arbeit in den Blick nehmen und die damit zusammenhängenden Entscheidungsprozesse in der EU genau beobachten. Hierzu folgende Schlaglichter:

Im Februar 2018 bringt die weltweit agierende Naturschutzorganisation *World Wide Fund of Nature* (WWF) die Petition *Kohleausstieg statt Klimakrise* auf den Weg, in welcher die Bundesregierung zu einer schnellen Beendigung der Kohleverstromung aufgefordert wird. Die Eingabe unterstützen eine Viertelmillion Bürger/innen und wird am 29.5.2019 an die Mitglieder des neu einberufenen Klimakabinetts übergeben. Diese Aktion war Teil einer *Kohleausstiegskampagne*, die im November 2017 ins Leben gerufen wurde und an der NGOs in 28 europäischen Ländern mitwirkten – darunter auch *WeMove.EU* mit dem Aufruf *Europa ohne Kohle*, der sich anlässlich eines geplanten *EU-Gesetzes zur Energiemarktreform* auf die gesamte EU bezog. Der Appell, umsetzbare Pläne für einen Kohleausstieg vorzulegen und dabei die Lebenssituation der davon betroffenen Menschen zu berücksichtigen, richtet sich an alle Regierungen der Mitgliedsstaaten, die EU-Kommission und das EU-Parlament, die Parlamente der Mitgliedsländer sowie an Energiekonzerne, Banken, Investoren und Städte.

²⁰ Inzwischen hat sich der Rat der EKD Anfang September einstimmig dazu entschieden, ein eigenes Seenotrettungsschiff ins Mittelmeer zu schicken – siehe *Newsletter von Sven Giegold* vom 12.9.2019.

²¹ Vgl. S. 72 *Übersicht* zu den in dieser Bestandsaufnahme aufgeführten NGOs (mit Kontaktdaten)

Im März 2018 startet WWF die Petition *Beenden wir die Plastikflut. Ihre Stimme für eine verbindliche UN-Konvention*, die sich an alle Staatsoberhäupter und das deutsche Umweltministerium wendet. Ein Jahr zuvor hatte bereits WeMove.EU in dem Appell *Plastik-Verschmutzung beenden!* auf die dramatische Verschmutzung der Weltmeere hingewiesen und maßgebliche Repräsentanten der EU, die für die Bekämpfung dieses Missstandes zuständig sind, aufgefordert, strenge Grenzen für Produktion und Verbrauch von Plastik festzulegen. Nachdem im Mai 2018 die EU-Kommission ihre Pläne zur Reduzierung von Einweg-Kunststoffen und Sanktionierung von Plastikverschmutzungen veröffentlicht hatte, richtete WeMove.EU im Juli einen zweiten Appell – den Aufruf *Stoppt Plastikmüll jetzt!* – an alle Regierungen der Mitgliedsländer, in dem diese dazu aufgefordert wurden, der neuen Plastikstrategie der Kommission zuzustimmen. Diese Kampagne fand ihren Abschluss, nachdem am 27.3.2019 im EU-Parlament ein entsprechendes Gesetz beschlossen wurde, das u.a. ein Verbot von Einweg-Kunststoffen (wie Plastikbesteck, Wattestäbchen u.a.m.) vorsieht und in allen EU-Mitgliedstaaten bis 2021 in Kraft treten soll.²²

Nach einer EU-weiten Bürgerbefragung zur künftigen Agrarpolitik stellte am 29.11.2017 die EU-Kommission ihre Vorschläge zur künftigen gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor, die derzeit im EU-Parlament und EU-Rat der Agrarminister/innen noch zur Beratung und Diskussion anstehen. Anlässlich dieser Bürgerbefragung zur künftigen GAP ist ein ähnlich breites Bündnis zwischen einflussreichen Umweltverbänden wie zum Kohleausstieg gebildet worden – u.a. zwischen dem BUND, WWF, Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Deutschen Naturschutzring –, das gemeinsam mit anderen europäischen Umwelt-NGOs die Befragung mit einer *Living-Land-Kampagne* begleitet hat, der sich mehr als 600 Unternehmen, Verbände und andere Organisationen angeschlossen haben. Darüber hinaus hat der NABU am 1.6.2018 auf die GAP-Pläne in einer eigenen *Stellungnahme* und mit einer Briefaktion reagiert: Unter dem Motto *Neue Agrarpolitik jetzt!* sollen die Absender/innen von ihren EU-Abgeordneten verlangen, sich gegen eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft zu wenden und künftige Agrarsubventionen verstärkt für naturverträgliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Insekten- und Vogelsterbens einzusetzen. Eine entsprechend ökologisch orientierte und zudem sozial gerecht angelegte Agrarwende hatte WeMove.EU bereits in dem Appell *Gutes Essen, gute Landwirtschaft – Jetzt!* angemahnt.

Seit September 2018 verbreitet *Pro Asyl* den an die EU und deutsche Regierung gerichteten Aufruf *#Nicht meine Lager. Gegen die Entrechtung schutzsuchender Menschen!*, in der beide Adressaten dazu aufgefordert werden, „die Politik der Inhaftierung und Festsetzung als Maßnahmen zur Abschreckung und Abwehr von Flüchtlingen zu beenden“ sowie den „Zugang zu Schutz und das Recht auf Asyl“ zu sichern. Viele Absender/innen dieses Appell verleihen diesen Forderungen durch persönliche Botschaften und Stellungnahmen Nachdruck.

Im gleichen Monat führt die EU-Kommission eine Wasserkonferenz zur Zukunft europäischer Flüsse, Seen und des Grundwassers durch und eröffnet eine offizielle Online-Bürgerbefragung zur Zukunft des europäischen Wasserschutzes. Daraufhin leitet der *BUND* im Oktober 2018 eine E-Mail-Aktion unter dem Motto *„Rette unser Wasser“* in die Wege, die sich an

²² Zur Würdigung und Kritik dieser Strategie – vgl. bspw. Umwelt Bundesamt, *Die EU-Plastikstrategie – guter Ansatz, aber noch zu unkonkret*

die Kommission und das deutsche Umweltministerium wendet und davor warnt, dass Lobbyisten aus der industriellen Landwirtschaft und mehrere Mitgliedsstaaten die Qualitätsstandards der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu senken versuchen (vgl. S.36). Gleichzeitig bilden 100 europäische Naturschutz- und Umweltorganisationen ein breites Bündnis, um diese Befragung zu erleichtern. Zu diesem Zweck verbreiten sie die Petition *#Protect Water*, die von mehr als 375.000 Menschen unterstützt wird und deren Laufzeit inzwischen beendet ist.

Ebenso an die EU-Kommission wendet sich die *DUH* mit der bei Change.org verbreiteten Petition *„Regenwald aus dem Tank!“* und ersucht sie darum, an ihrem Beschluss festzuhalten, aus der *Beimischung von Palmöl in Benzin* auszusteigen und die dazu am 14.6. 2018 vereinbarte *Richtlinie*, die einen Ausstieg bis 2030 vorsieht, gegen den Widerstand von Industrie-Lobbyisten und der Palmöl-produzierenden Länder durchzusetzen.²³

Anlässlich der im Oktober 2018 durchgeführten EU-Verhandlungen zur Festlegung neuer Fangquoten in der Ostsee initiiert die *DUH* gemeinsam mit der europäischen Initiative *Our Fish* die E-Mail-Aktion *#Stoppt Überfischung und Rückwürfe*, die sich an die deutsche Landwirtschaftsministerin wendet und von rund 100.000 Menschen sowie prominenten Schauspieler/innen unterstützt wird. Die Aktion richtet sich gegen die Entscheidung der EU-Landwirtschaftsminister, die Fangquoten für die Ost- und Nordsee ab 2019 oberhalb der wissenschaftlich empfohlenen Grenzwerte festzulegen, und setzt sich für eine wirksame Unterbindung illegaler Rückwürfe ein.²⁴

Inzwischen nimmt auch die bundesweite Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt* europapolitischen Einfluss: In der Briefaktion *Europa ohne Atom* fordert sie die Bundesregierung auf, dazu beizutragen, dass der mehr als 60 Jahre alte *Euratom-Vertrag* zur Förderung neuer Atomkraftwerke in Europa in einen *Atomausstiegs-Vertrag* umgewandelt wird. Diese von nur rund 7.600 Menschen unterstützte Aktion hat bislang wenig Beachtung gefunden. Flankiert wird sie jedoch von der bei Change.org verbreiteten Petition *[Br]Exit #EURATOM Vertrag* der Aktivistin *Ute Schlumpberger* und der Bürgerinitiative *Cattenom Non Merci*. Ein größerer Bekanntheitsgrad beider Kampagnen könnte derzeit aufkeimenden Wunschkinderungen zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken entgegenwirken, in denen diese als Brückentechnologie für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung empfohlen werden.²⁵

Seit Januar 2019 hat die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation *Oxfam* zu den Europawahlen eine Briefaktion durchgeführt, in der zwölf deutsche Spitzenkandidat/innen dazu aufgefordert wurden, *6 Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit* – u.a. die Trockenlegung von Steueroasen und Einführung von Mindeststeuersätzen für Konzerne sowie eine EU-Digitalsteuer für Facebook & Co. – einzuhalten. Sechs Kandidaten haben daraufhin zugesichert, ihr künftiges politisches Handeln an diesen Versprechen ausrichten zu wollen.

²³ Zum weiteren Werdegang dieser Richtlinie bzw. Gesetzesvorschlag der EU-Kommission vgl. S.26 und Fußnote auf S.70.

²⁴ Zur aktuellen Fischereipolitik der EU siehe auch die *Bestandsaufnahme vom WWF*.

²⁵ Vgl. Helmut Steuer, *Thunberg löst Atomkraft-Debatte aus*, *.ausgestrahlt*, *Strahlende Verführung* und den Beitrag *Warum die Atomkraft keine Option für den Klimaschutz ist* des Energieexperten Bernward Janzing

An die Spitzenkandidat/inn/en zur Europawahl wendet sich ebenfalls der von *Lobby Control* am 25.3.2019 verbreitete Appell *Europa nicht den Konzernen überlassen!*, der u.a. darauf abzielt, den einseitigen Einfluss von mehr als 25.000 Lobbyisten auf die EU-Politik, der zu meist im Interesse von Konzernen und mächtigen Wirtschaftsverbänden ausgeübt wird, zu beschränken und sich stattdessen an den auf das *Gemeinwohl-* und *Vorsorgeprinzip* bezogenen Interessen der europäischen Zivilgesellschaft zu orientieren.

Anfang Februar werden gleich drei Initiativen zur aktuellen Freihandelspolitik der EU ergriffen: *foodwatch* startet zusammen mit 150 Organisationen eine Briefkampagne zum Schwerpunkt *Konzernklagen stoppen*, die wenige Tage später durch den Appell *Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen* konkretisiert wird.²⁶ Den an EU-Parlament, Kommission, Mitgliedsstaaten und Rat gerichteten Aufruf verbreiten in doppelter Ausgabe u.a. das *Netzwerk gerechter Welthandel* und *WeMove.EU*.²⁷ Konkreter Anlass dafür war die am 12.2.2019 stattgefundene Abstimmung im EU-Parlament über ein Investitions- und Handelsabkommen mit Singapur, dem wichtigsten Handelspartner der EU in Südostasien. Der inzwischen von mehr als einer halben Million Bürger/inne/n unterstützte Appell fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, sich aus allen Handels- und Investitionsabkommen zurückzuziehen, die Sonderklagerechte enthalten, und künftig solche Abkommen nicht mehr abzuschließen.²⁸

Im Zusammenhang der EU-Handelspolitik hat sich das *Netzwerk gerechter Welthandel* besonders durch *offene Briefe* profiliert, die von der NGO gezielt an Parteien und Politiker/innen gesendet werden – zuletzt im Mai 2019 *an Bündnis 90 / Die Grünen* mit der *Aufforderung, das CETA-Abkommen im Bundesrat zu stoppen*. In dem Schreiben wird auf den jüngsten Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hingewiesen. Dieser würde „bestätigen, dass Handelsverträge wie CETA die Demokratie zerstören und die staatliche Regulierungsfähigkeit massiv einschränken“. Außerdem wird die Klimakrise in dem Bericht „als das größte ‚Marktversagen‘ der Geschichte“ eingestuft, dem man nur durch starke staatliche Regulierungen und Rücknahme der bisherigen Freihandels- und Investitionsabkommen beikommen könne.

Darüber hinaus setzt sich *foodwatch* seit Anfang März 2019 unter dem Motto *Coca-Cola sponsert die EU?!* kritisch mit den Geldzuwendungen von Coca-Cola als offiziellem Partner der rumänischen Ratspräsidentschaft auseinander und wirft dem Unternehmen u.a. vor,

²⁶ aktion@foodwatch.de, Keine Sonderrechte für Konzerne, E-Mail vom 4.2.2019. Newsletter des Netzwerks Gerechter Welthandel vom 7.2.2019, Jörg Rohwedder, Nö, ne? Nicht schon wieder, E-Mail vom 7.2.2019.

²⁷ Bemerkenswert ist, dass NGOs wie z.B. *Lobby Control* genau zu diesem Schwerpunkt auch eigene Expertisen erstellen. Vgl. z.B. *Gekaperte Gesetzgebung: Wenn Konzerne politische Prozesse dominieren und unsere Rechte bedrohen* Alter-EU, Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation. 2018

²⁸ In einem am 30.4.2019 veröffentlichten Gutachten hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) die im Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA) vorgesehenen Sonderklagerechte für Investoren mit dem EU-Recht für vereinbar erklärt. Das *Netzwerk Gerechter Welthandel* kritisiert am gleichen Tag in einer *Presseerklärung* diese Entscheidung mit folgenden Argumenten: „Die Sonderklagerechte für Konzerne sind nicht kompatibel mit der Demokratie, dem Klimaschutz sowie Sozial- und Arbeitsrechten. Das Urteil des EuGH macht den Weg frei für eine Paralleljustiz für Konzerne in Freihandelsabkommen. Kanadische Konzerne können nach Ratifizierung des Abkommens EU-Staaten auf Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe verklagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze zum Schutz der VerbraucherInnen oder der Umwelt gefährdet sehen. Umgekehrt gilt das auch für europäische Konzerne in Kanada.“ Zum juristischen Aspekt dieser Kampagne – siehe auch S.28.

durch gezielte Lobbyarbeit eine etwaige Besteuerung stark zuckerhaltiger Getränke verhindern zu wollen. In einer an Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, und an Viorica Dăncilă, Vorsitzende des Rates der EU, gerichteten Petition wird verlangt, „das Sponsoring mit Coca-Cola und anderen privaten Unternehmen für die rumänische Präsidentschaft zu beenden und für die zukünftigen Präsidentschaften eine Politik mit klaren Regeln einzuführen, die sicherstellt, dass solche unerwünschten Sponsoring-Partnerschaften nicht wieder vorkommen.“

Am 6.4.2019 verbreitet das *Forum Ziviler Friedensdienst e.V.* den Aufruf *Rettet das Friedensprojekt Europa*, der an das Europaparlament gerichtet ist und von 110 Organisationen aus ganz Europa und 15.000 Einzelpersonen unterstützt wird. Die Parlamentarier/innen sollen sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die EU

- „bedingungslos für Frieden und Menschenrechte eintritt“,
- „am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird“,
- nicht „zur Abwehr von Flüchtlingen und Migranten Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen“,
- ihre „Mittel zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte verstärkt“.

Konkreter Anlass sind die diesjährigen Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Rat der EU über den Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027. In dem Appell wird ein Europäischer Verteidigungsfonds als Bestandteil des Gemeinschaftshaushalts der EU abgelehnt²⁹, weil der Vertrag von Lissabon dies, die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem gemeinsamen Etat, verbiete.³⁰ In der Begründung der vier Forderungen heißt es u.a.:

„Ab 2021 sind neue Milliardenausgaben für gemeinsame Rüstungsprojekte, mehr gemeinsame Militäreinsätze und der Ausbau der Grenzsicherung geplant (...) Der Europäische Verteidigungsfonds soll mit 13 Milliarden Euro für Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme ausgestattet werden. Darüber hinaus sollen 6,5 Milliarden Euro für militärische Mobilität, vor allem für schnelle Truppenverlegungen in Europa, zur Verfügung gestellt werden (...) Es ist zu befürchten, dass die milliardenschwere Subventionierung der europäischen Rüstungsindustrie aus dem Fonds zu noch mehr Waffenexporten führen wird (...).

Dieser Einsatz von Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt für den Verteidigungsfonds würde den endgültigen Abschied von der Europäischen Union als ziviles Friedensprojekt bedeuten (...). Im zukünftigen Gemeinschaftshaushalt würde mehr als zehnmal mehr in Rüstungsförderung investiert als in Friedensförderung.“ Es „sind nur 1 Milliarde Euro statt bislang 2,3-Milliarden Euro für gewaltfreie Konfliktbearbeitung vorgesehen (...)

Aus dem Gemeinschaftshaushalt (...) sollen gemeinsame Militäreinsätze der EU und die

²⁹ Damit wird in dieser Kampagne eine Position geteilt, die WeMove.EU bereits 2016 in der Petition *EU: Investiere nicht in Waffen* vertreten hatte.

³⁰ Vgl. Markus Becker, *Rüstungsprojekte. Juristen halten EU-Verteidigungsfonds für illegal*. SPIEGEL ONLINE 10.12.2018

Ausrüstung von Armeen in Kriegs- und Krisengebieten unterstützt werden, zum Beispiel zur Migrationsabwehr. Damit würden die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten de facto ihre eigenen Regeln für Rüstungsexporte unterlaufen.

Die Europäische Union ist eine der wichtigsten finanziellen Unterstützerinnen von gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Menschenrechten weltweit. Viele zivilgesellschaftliche Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sind mehr denn je auf diese Unterstützung angewiesen (...). Die Europäische Union sollte sich nicht an der globalen Aufrüstungsspirale beteiligen, sondern ihr wichtigstes Ziel verfolgen: ‚den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.‘ –

Seit dem 26.4.2019 fordern unter [www. atombomber-nein-danke.de](http://www.atombomber-nein-danke.de) die Friedensinitiativen ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges) und *Büchel ist überall! Atomwaffenfrei jetzt!* die Bundestagsabgeordneten dazu auf, die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge als Ersatz für die bisherigen Tornado-Kampffjets abzulehnen. Die dazu von der Friedensaktivistin Xanthe Hall verbreitete Mail-Aktion weist darauf hin, dass der neue Fliegertyp (Eurofighter oder F/A 18 von Boeing) bis 2025 mit „effizient“ einsetzbaren Atombomben bestückt werden soll und damit das seit Langem angestrebte Ziel, Deutschland atomwaffenfrei zu machen, in weite Ferne rücken würde.

Am 16.5.2019 startet das Netzwerk Friedenskooperative die Petition *Kein Krieg im Iran – Verhandeln statt eskalieren!*, die sich gegen die Aufkündigung des Nuklearabkommen mit der iranischen Regierung (JCPOA: Joint Comprehensive Plan of Action) durch den US-Präsidenten wendet, vor der sich zuspitzenden Lage zwischen den USA und dem Iran warnt und die Bundesregierung sowie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu einer wirksamen europäischen Friedensinitiative auffordert:

"Es besteht die Gefahr, dass die Spannungen zu einer folgeschweren Eskalation bis hin zu einem Krieg mit unabsehbaren globalen Folgen führen. Statt Kriegsdrohungen braucht es dringend Gespräche, um den Konflikt zu lösen (...) Setzen Sie sich dafür ein, insbesondere mit Hilfe der europäischen Partner, dass das Nuklearabkommen mit Iran erhalten bleibt und wieder von allen Seiten anerkannt und weitergeführt wird. Dafür muss das Angebot der Beendigung der Sanktionen gegen Iran gemacht werden. Notfalls muss das Abkommen auch ohne die USA fortgesetzt werden. Das Nuklearabkommen (JCPOA) mit Iran muss Bestand haben."

Schließlich hat sich am 30.5.2019 die Umweltorganisation Greenpeace mit der Kampagne *Keine Geschäfte mit dem Jemen Krieg!* friedenspolitisch exponiert: Die Bundesregierung soll dafür Sorge tragen, dass deutsche Rüstungskonzerne weder auf direktem noch indirektem Weg Waffen an die von Saudi-Arabien im Jemen-Krieg angeführte Koalition liefern und darüber hinaus alle Waffenexporte in Konfliktregionen und Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden (wie etwa in Mexiko, in der Türkei oder in Myanmar), eingestellt werden.³¹

³¹ Vgl. zu den dokumentierten Friedenskampagnen die synoptische Übersicht auf S.33, die Antworten der politischen Parteien auf eine Befragung zu Abrüstung und Entspannungspolitik der Organisation IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges) sowie das Friedensgutachten 2019 von vier deutschen Friedensinstituten, das am 4.6.2019 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Europäische Bürgerinitiative

Als zentraler Hebel für *europaweit* angelegte Kampagnen wird auch die *Europäische Bürgerinitiative* (EBI) genutzt – ein direktdemokratisches Instrument, das 2007 im Vertrag von Lissabon beschlossen wurde. Mit Hilfe der EBI können Unionsbürger/innen die Europäische Kommission dazu veranlassen, sich mit strittigen, in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Themen auseinanderzusetzen, wenn sie dazu das vorgeschriebene Quorum von einer Million gültigen Unterschriften innerhalb von 12 Monaten in einem Viertel aller EU-Mitgliedsstaaten erreichen. Die EBI erweitert damit das seit dem Vertrag von Maastricht bestehende Petitionsrecht beim *europäischen Parlament* und Beschwerderecht beim *Bürgerbeauftragten der EU*, der seit 1995 in Straßburg Einsprüche von Bürgern entgegennimmt.

Allerdings gelang es seit 2012 nur vier EBIs, das geforderte Quorum zu erfüllen, während dreißig daran scheiterten. Die 2012 initiierte Petition *Wasser ist Menschenrecht*, die sich damals gegen die *europaweit* von der EU-Kommission geplante *Wasserprivatisierung* richtete, war die erste Initiative, die 1.8 Millionen Unterschriften in 28 EU-Ländern sammelte und damit das Quorum bei Weitem überwand. Den bislang höchsten Zustimmungswert erhielt jedoch 2016 mit 3.263.920 Unterschriften die *Initiative gegen die Investitionsschutzabkommen TTIP und CETA*, die jedoch von der EU-Kommission nicht zugelassen wurde (vgl. auch S.31). Dies war ebenso bei „*my voice against nuclear power*“, einer der frühesten Initiativen der Fall, die einen europäischen Atomausstieg zu erreichen suchte.³²

Im Dezember 2018 haben sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission auf eine neu überarbeitete Verordnung zur Durchführung von EBIs geeinigt. Demnach soll eine EBI als „Rechtspersönlichkeit“ gelten, womit die persönliche Haftung der Initiatoren begrenzt wird. Zugleich wird diesen von der Kommission ein zentrales Online-Sammelsystem kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem ist eine Trennung von Registrierung und Sammelzeitraum vorgesehen, womit den Organisatoren sechs Monate mehr Zeit bei der Planung und Vorbereitung von Unterschriftensammlungen nach Erhalt der Registrierung eingeräumt wird.

Ein Rückschlag für die künftigen Nutzer/innen besteht jedoch darin, dass eigenständige Online-Sammelsysteme künftig verboten sind und der Rat bei den Trilog-Verhandlungen diese Maßnahme gegen Parlament und Kommission durchsetzen konnte. Sven Giegold, Berichterstatter des EU-Parlaments für Transparenz und Integrität in den EU-Institutionen, hat offen gelegt, weshalb dieses Verbot eine „partizipative europäische Demokratie“ gefährden könnte:

„Ebenso dürfen E-Mail-Adressen über das verpflichtende zentrale System bald nach dem Ende von EBIs nicht weiter verwendet werden. NGOs hatten solche individuellen Systeme geschaffen, um Unterstützung für EBIs und gleichzeitig Kontakte zur Schaffung einer wachsenden europäischen Öffentlichkeit zu gewinnen. (...) In die technische Grundlage dafür, ein individuelles Sammelsystem, hatten mehrere NGOs rund 50.000 Euro investiert. Mitgliedsstaaten hatten das System zertifiziert. Gemäß der Einigung müssen NGOs stattdessen ab 2023 ein von der Kommission bereitgestelltes zentrales Online-Sammelsystem nutzen (...) Das Verbot weiterer Kontakte zwischen NGOs und EBI-Unterstützern (...) ist eine verpasste

³² Vgl. Wikipedia, *Europäische Bürgerinitiative* sowie Ruth Reichenstein, Die Europäische Union. Die 101 wichtigsten Fragen, München 2016, S.79 f.

Gelegenheit für eine stärkere europäische Öffentlichkeit.“³³

Aus diesen Gründen startete WeMove.EU Anfang März einen Appell zur *Verteidigung der Europäischen Bürgerinitiative*. Am 12.3.2019 stimmte jedoch das Europäische Parlament der neuen EBI-Verordnung zu und am 17.4. erfolgte eine Einigung mit dem Europäischen Rat. Deshalb ist fraglich, ob und inwieweit das Instrument der EBI *nach* 2023 noch von NGOs genutzt wird, zumal die EU-Kommission in besonderen Fällen willkürlich verfuhr und ihre Entscheidungen nicht im Einklang mit der EU-Rechtsprechung standen – vgl. S. 28.

Bislang jedoch wird dieses Instrument für direktdemokratische Einflussnahmen rege in Anspruch genommen, wie aus verschiedenen Pressemitteilungen der EU-Kommission und einer bei Wikipedia erschienenen *Liste über EBIs jüngerer Datums* hervorgeht. Demnach sind 2018 u.a. die EBIs *Dauerhafte Unionsbürgerschaft* und *Den Hunger aus der Welt schaffen, der 8 Prozent der europäischen Bevölkerung betrifft* sowie die EBI *End The Cage* zugelassen worden, die sich für eine europaweite Beendigung der Käfighaltung von Tieren einsetzt.

Unter demokratiethoretischen Vorzeichen scheint die EBI *Dauerhafte Unionsbürgerschaft* vielversprechend zu sein, die infolge des Brexits durchzusetzen versucht, dass jede/r EU-Bürger/in eine *personalisierte* Unionsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte für sich beanspruchen kann. Von einer Umsetzung dieser Forderung erhofft sich etwa die Politologin *Ulrike Guérot* nachhaltige Impulse zur Demokratisierung der EU:

„Dies wäre eine entscheidende Wegmarke, um das politische System in Europa von einer ‚Staatenunion‘, die im Wesentlichen über einen nur indirekt legitimierten EU-Rat regiert wird, in eine wirkliche europäische Demokratie zu überführen. In ihr muss gelten: Die Bürger sind der Souverän, vor dem Recht sind alle gleich, das Parlament entscheidet, und es herrscht Gewaltenteilung.“³⁴

2019 sind sechs neue EBIs an den Start gegangen, die sich auf zentrale Forderungen zur ökologisch-sozialen Verbesserung der Lebensverhältnisse in der EU konzentrieren:

- Am 18.3.2019 wird die EBI *Housing for all* registriert, mit der die Kommission dazu veranlasst werden soll, bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für ein bezahlbares Wohnen zu schaffen. Die EU wird dazu aufgefordert, „Wohnen in Europa für alle zu ermöglichen. Dies umfasst die Erleichterung des Zugangs für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau, keine Anwendung der *Maastricht-Kriterien* auf öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnbau, besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger, soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen sowie die statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa.“³⁵

³³ Sven Giegold, *Europäische Bürgerinitiative: Einigung von Parlament und Rat bringt partizipative europäische Demokratie in Gefahr*, Newsletter vom 21.12.2018

³⁴ Ulrike Guérot, *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Berlin 2017, S.79

³⁵ In Deutschland haben der DGB und Mieterbund dazu aufgerufen, diese EBI zu unterstützen. Vgl. Pressemitteilung des DGB vom 9.04.2019: *Europäische Bürgerinitiative gegründet* und zu diesem Schwerpunkt auch: Sven Giegold, *Grüner Plan für gutes und bezahlbares Wohnen in Europa*. Bei der EBI *Housing for all* und dem *Grünen Plan* müsste wahrscheinlich die ökologische Maxime, die da lautet „*Nicht so viel neu bauen*“, noch stärker berücksichtigt werden. Denn auch Zement gilt als „Klimakiller“: Die weltweite Zementproduktion verursacht CO₂-Emissionen, die um das Vierfache diejenigen des globalen Luftverkehrs übersteigen.

- Seit dem 6. Mai sammelt die EBI *Klimawandel schnell, wirksam und fair stoppen* Unterschriften und beabsichtigt mit ihrem Vorhaben, „einen stetig steigenden Preis für fossile Brennstoffe“ einzuführen, der es ermöglicht, die Umweltverschmutzung zu verringern und die Einnahmen „monatlich als Dividende an die Bürger“ weiterzugeben.
- Ein Tag später wird die EBI *Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen* registriert, die den Regionen „einen gleichberechtigten Zugang zum Strukturfonds und zu allen anderen EU-Fonds, Ressourcen und Programmen sichern“ möchte, damit „deren kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.“
- Am 8.5. ist die EBI zur *europaweiten Ampel-Kennzeichnung von Lebensmitteln* ins amtliche Register eingetragen worden, die erheblich mehr Transparenz bei der Nährwertkennzeichnung und bei allen Angaben zu gesundheitsschädlichen Zusatzstoffen anstrebt.³⁶
- Zwei Tage später wird ebenso die Initiative zur *Besteuerung von Flugbenzin* registriert, die eine steuerliche Gleichstellung zwischen dem Bahn- und Flugverkehr durch die Abschaffung des Kerosin-Steuervorteils erreichen will.
- Schließlich beginnen im Juni 2019 die Unterschriftensammlungen der am 15.5.2019 zugelassenen EBI *Rettet die Bienen*, die das bayrische *Volksbegehren Artenvielfalt* zur Durchsetzung eines wirksamen Naturschutzgesetzes auf europäische Verhältnisse zu übertragen sucht. Sie verlangt von der EU-Kommission, „Rechtsvorschriften zu erlassen, um Lebensräume für Insekten als Indikatoren einer intakten Umwelt zu erhalten und zu verbessern“. Außerdem soll die EU verbindliche Ziele vereinbaren, um „die Förderung der Biodiversität“ als „übergeordnetes Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ zu exponieren, den „Pestizideinsatz drastisch zu reduzieren“ sowie „gefährliche Pestizide ausnahmslos zu verbieten“.³⁷

1.3 Mediale Merkmale

Wie aus einigen oben aufgeführten Beispielen hervorgeht, sind bei manchen Kampagnen nicht nur die *Übermittlungs- und Einflussformen*, sondern auch die damit verbundenen *Zielsetzungen* und *Funktionen* erweitert worden. Ähnliches trifft auf die unterschiedlichen *Zeiträume* zu, in denen diese durchgeführt werden.

Geht es um eine Gruppe *mehrerer* Entscheidungsträger oder um eine Institution wie die Europäische Kommission, so wird häufig die Form des *Appells* oder *offenen Briefs* bevorzugt, richten sich diese jedoch gezielt an *einzelne* Personen, die an Entscheidungsprozessen

³⁶ Die EBI zur Ampelkennzeichnung reagiert offenbar auch auf den Sachverhalt, dass nach Artikel 169 des Lissabon-Vertrags „der Verbraucherschutz im Rahmen der Vollendung des Binnenmarktes verwirklicht“ wird. Thilo Bode, Internationaler Direktor von Foodwatch und ehemaliger Geschäftsführer von Greenpeace, stellte dazu in einem *TAZ-Interview vom 25./26.5.2019* klar: „Das heißt, dass der Verbraucherschutz dem Binnenmarkt untergeordnet wird. Dazu ein konkretes Beispiel: die Lebensmittelampel, die vorne auf den Verpackungen die Nährstoffzusammensetzung der Produkte anzeigen soll. Es ist – unglaublich, aber wahr – verboten, dass Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene eine für alle Anbieter gesetzlich vorgeschriebene Ampel einführen.“

³⁷ Diese EBI ist inzwischen durch die *EBI Save bees and farmers* ersetzt worden, die am 31.7.2019 bei der EU-Kommission eingereicht wurde und deren Unterschriftensammlungen Ende Oktober beginnen – siehe <https://wesavebees.eu/> und Abschnitt *Dokumentation neuer Kampagnen seit Juli 2019* auf S.f.76

maßgeblich beteiligt sind oder diese beeinflussen können, so werden die Unterstützer/innen dazu aufgefordert, sich ausgehend von vorformulierten Briefformen persönlich an diese in *E-Mail-Aktionen* zu wenden. Bei der ersten, bislang am häufigsten praktizierten Variante werden die jeweiligen Anliegen und erzielten Resultate der Zustimmung in der Regel *persönlich* an die Entscheidungsträger (oder ihre Stellvertreter) übermittelt. Diese Übergaben sind häufig mit kleinen *demonstrativen Auftritten* verbunden, in denen die jeweiligen Forderungen auf Plakaten, Transparenten u.a.m. nun nicht mehr nur online, sondern *offline* sichtbar gemacht und dokumentiert werden. Damit will man erreichen, dass die Einsprüche nicht umgehend in den „Ablagen“ zuständiger Referenten und Pressesprecher verschwinden, sondern die eigentlichen Empfänger und die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt werden.

Ferner werden viele Petitionen je nach Reichweite der Anliegen oder Fortdauer von Missständen mit verschiedenen – kurz- oder längerfristigen – *Laufzeiten* versehen oder nach ihrer Beendigung aus aktuellen Anlässen unter neuen Vorzeichen wieder aufgelegt. Dies kann auch in Form einer *Eilpetition* geschehen, mit der einer Willensbekundung *ad hoc* Nachdruck verliehen wird – wie etwa bei der von Sven Giegold im vergangenen Jahr an die Bundeskanzlerin und den Finanzminister gerichteten Eilpetition *Keine Blockade in Brüssel! Steuertransparenz jetzt!*, die aufgrund der anhaltenden Blockadehaltung der Bundesregierung gegenüber einer länderbezogenen Berichterstattung nach wie vor aktuell ist (vgl. S.14).³⁸

Eine Neuausrichtung bisheriger Praktiken lässt sich vor allem bei den derzeitigen Einflussnahmen auf den Fortgang der *EU-Handelspolitik* erkennen. So wurden z.B. im Dezember 2018 die deutschen EU-Parlamentarier/innen anlässlich der Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Japan (JEFTA) im EU-Parlament in E-Mail-Aktionen nochmals mit zentralen Einwänden konfrontiert. Nach der Abstimmung wurde deren Zustimmung oder Ablehnung des Abkommens anerkennend bzw. kritisch kommentiert.³⁹

Aus diesem und weiteren Beispielen wird außerdem ersichtlich, dass sich die *Funktionen* und *Zielsetzungen* des „Beschwerdewesens“ erweitert haben und sich dieses durch eine besondere „Polyfunktionalität“ auszeichnet:

- Manche Kampagnen beschränken sich nicht nur auf ihre bisherige *Initial- und Willensbildungsfunktion*, die darin besteht, gegen Missstände *erstmalig* mit einer organisierten Willensbekundung vorzugehen, sondern übernehmen darüber hinaus auch eine *Kontrollfunktion*. Diese macht sich bemerkbar, wenn in Eilpetitionen oder zusätzlichen Briefaktionen die Wachsamkeit gegenüber Beschlussfassungen oder besonderen Fahrlässigkeiten *nochmals* hervorgehoben wird und die Ergebnisse ggf. im Nachhinein ablehnend kommentiert werden. Als herausragendes Beispiel kann hierfür die Kampagne *Bewahrt Kresna Gorge!* von WeMove.EU angeführt werden, bei der es um den illegalen Autobahnbau durch ein wertvolles Naturschutzgebiet, die Kresna-Schlucht in *Bulgarien*, geht, das bislang als „Natura 2000-Gebiet“ im Rahmen der *Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie* der EU geschützt werden sollte. Nachdem die bulgarische Regierung die ersten Zuwegungen zum Bau der Verbindungsstrecke zwischen Deutschland und Griechenland durchführen

³⁸ Vgl. hierzu auch die *Stellungnahme von Sven Giegold am 27.3.2019 im Europaparlament*.

³⁹ So geschehen in den E-Mails von *Marianne Grimmenstein* vom 9.12.2018 und der Online-Jugendinitiative-GREENTEAM Schwabenpower vom 16.12.2018.

ließ, ignorierte Frans Timmermans, seinerzeit Erster Vizepräsident der EU-Kommission, die Einsprüche von WeMove.EU und Alternativvorschläge zum Streckenverlauf. Daraufhin wurden ihm seit dem 28.3.2019 Videoaufnahmen von den Bauarbeiten zugeleitet, die WeMove.EU mit einer eigens finanzierten Drohne aufzeichnen ließ. Zugleich wurde Timmermans mit der E-Mail-Aktion „Bitte handeln Sie und retten die Kresna-Schlucht“ aufgefordert, während seiner restlichen Amtszeit gegen den illegalen Streckenbau vorzugehen.

- Ferner zeichnen sich einige Aktionen auch durch eine *Lenkungs*funktion aus, die sich daran erkennen lässt, dass bei anstehenden Entscheidungsprozessen *richtungsweisen*de Impulse gesetzt werden oder ggf. mit mehr als einer Kampagne versucht wird, potenziellen Mehrheiten im EU-Parlament zum Durchbruch zu verhelfen. Dies war etwa bei der Petition *Lobbyismus transparent machen, schnelle Seitenwechsel verhindern!* der Fall sowie dem im Januar 2019 an die Abgeordneten des Europaparlaments gerichteten Appell *Lobby Transparenz jetzt* von WeMove.EU. Ebenso wird bei grundsätzlich bereits akzeptierten Gesetzesentwürfen, die jedoch noch auffällige Gesetzeslücken aufweisen, versucht, Einfluss zu nehmen und auf die Beseitigung der Defizite hinzuwirken.
- Mit diesem Ansatz, überzeugende Ergebnisse bei anstehenden Entscheidungen durchzusetzen, ist zugleich eine *Korrekturfunktion* verbunden, die Kampagnen nicht nur gegenüber den jeweiligen Entscheidungsträgern, sondern bei gleichen oder ähnlichen Themen auch *untereinander* ausüben können. Dafür gibt es inzwischen ein auffälliges Beispiel: Im Januar 2019 beurteilte die DUH, die ebenso wie WeMove.EU und andere Initiativen eine Kampagne gegen die Beimischung *Palmöl* in Kraftstoffe durchgeführt hatte, den hierzu inzwischen von der EU-Kommission vorgelegten *Gesetzesentwurf* wesentlich kritischer als WeMove.EU. Die DUH setzte deshalb ihre bisherige Briefaktion im Rahmen der öffentlichen Konsultationsfrist für EU-Bürger/innen bis zum 8.3.2019 mit Forderungen fort, die sich u.a. auch auf ein *zusätzliches Verbot der Beimischung von Sojaöl* beziehen.⁴⁰
- Schließlich enthalten viele Kampagnen auch alarmierende Hinweise auf bedrohliche Entwicklungen. Diese *Warnfunktion* bzw. *Voraussicht* fällt dann besonders auf, wenn man die Häufung von Aufrufen und Petitionen zu brisanten Themengebieten beachtet – wie etwa zur *deutsch-europäischen Rüstungs- und Sicherheitspolitik* oder zur *Zerstörung von Naturschutzgebieten in Osteuropa* (vgl. Übersichten S.33 und S. 87).

1.4 Zustimmungswerte und Erfolgsaussichten

Aus den im Anhang auf S.67 und 71 wiedergegebenen Übersichten geht hervor, dass im November 2018 die *Höhe der Zustimmungswerte* zu den aufgeführten Kampagnen von rund 55.000 bis rund 2 Millionen Unterschriften gereicht haben (Stand: 7.11.2018). Sieht man von dem Aktionsradius ab, der vom eigenen Land bis hin zu mehreren EU-Mitgliedsstaaten reichen kann, so scheinen für die Höhe der Zustimmung und daran gebundenen Erfolgsaussichten vor allem vier Faktoren ausschlaggebend zu sein:

⁴⁰ DUH, Newsletter vom 22.1.2019, Unsere aktuellen Themen: *Ein (hoffentlich) letztes Mal (...)* Vgl. auch Fußnote 136 im Anhang auf S. 70 und WeMove.EU, *Unsere Verpflichtung zur Genauigkeit*

1. *Bekanntheitsgrad*: Dieser Gesichtspunkt spielt eine Rolle, wenn „große Themen“ wie z.B. die *Problematik der EU-Freihandelsverträge*, insbesondere des *Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP)* als mobilisierender Aufhänger in bereits politisch profilierten Milieus wie der Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung verankert sind.

2. *Anziehungskraft und Beliebtheit*: Solche Aspekte machen sich bemerkbar, wenn Konfliktthemen wie die *Urheberrechtsreform* der EU unmittelbare Betroffenheit auslösen – in diesem Fall u.a. bei der „internetaffinen“ Generation der 20 bis 40 Jährigen – vgl. hierzu die Kampagne *Stoppt die Zensurmaschine – rettet das Internet!*

3. *Direkte Erfahrbarkeit naheliegender Themen*: Als Beispiel bietet sich hierfür die bei Change.org verbreitete und von mehr als 1,4 Mill. Menschen unterstützte Kampagne gegen die Lebensmittelverschwendung in der EU an: *EU: Verpflichtet Supermärkte, ihr unverkauftes Essen zu spenden.*

4. *Komplexität bestimmter Problemfelder*: Unter diesem Gesichtspunkt fällt auf, dass Petitionen, die sich auf weniger leicht nachvollziehbare Sachverhalte beziehen, es schwerer haben, auf breitere Zustimmung zu stoßen. Dies ist z.B. bei der Anfang August 2018 begonnenen Kampagne *JEFTA + Co. In Den Haag Stoppen* der Fall, deren Unterstützung sich bislang nur auf 81.431 Unterschriften beschränkt (Stand: 2.3.2019), obgleich in dieser zentrale Forderungen aus der Stop-TTIP-Kampagne aufgegriffen und weitergeführt werden. Und ebenso hat erstaunlicherweise der WeMoveEU-Appell *Für einen fairen und demokratischen Euro!* bislang nur die Zustimmung von rund 56.000 Unterstützer/innen gefunden, obgleich dieser sich auf ein ökonomisches Schlüsselproblem der EU bezieht (vgl. S.46).

Andere Kampagnen wie etwa die Petition *Flüchtlingspolitik in Europa: Erst stirbt das Recht, dann der Mensch*, die etwas erfolgreicher verlaufen sind und Zustimmungswerte von 100.000 bis 300.000 Unterschriften erreicht haben, scheinen auf dem Zuspruch aus *relativ konstanten* Unterstützerkreisen (vermutlich aus den o.g. politisch bereits profilierten Milieus) zu basieren, reichen indes bei Weitem nicht an eine Massenmobilisierung wie bei der Stop-TTIP oder Save the Internet-Kampagne heran.

Die hiermit angesprochene Relation zwischen der Höhe der Zustimmungswerte und den jeweiligen Erfolgsaussichten ergibt jedoch nur ein einseitiges Bild. Denn der Erfolg von Kampagnen lässt sich nicht allein an der jeweils mobilisierten Unterstützung messen. Von einem *realpolitischen* Erfolg kann erst dann gesprochen werden, wenn sich konkrete Eingaben auf die jeweils anstehenden politischen Beschlusslagen auswirken. Dieser Aspekt wird auf den Seiten 37f. näher untersucht und auf S.70 dokumentiert.

1.5 Anwendung von Rechtsmitteln als Ultima Ratio-Prinzip

Zum „Arsenal“ groß angelegter Kampagnen gehört auch die Anwendung von Rechtsmitteln, die bis zur Klage vor dem *Europäischen Gericht (EuG)* und *Europäischen Gerichtshof (EuGH)* reichen können.

So beurteilte der EuGH am 10.5.2017 die Entscheidung der EU-Kommission gegen die Zulassung der EBI zum Investitionsschutzabkommen TTIP und CETA im Nachhinein als rechtswidrig, nachdem dagegen *Campact* und mehreren andere NGOs geklagt hatten. Damit stell-

te der EuGH fest, dass internationale Handelsverträge durchaus Gegenstand einer EBI sein dürfen.⁴¹

In diesem Zusammenhang hat sich der EuGH auch mit der Frage befasst, ob das seit September 2017 zu großen Teilen bereits in Kraft getretene Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA) und die dort vorgesehenen Investor-Staat-Schiedsgerichte mit dem EU-Recht vereinbar sind.⁴² Ausgelöst wurde die juristische Prüfung des Abkommens im Herbst 2016 von der belgischen Region Wallonien, die dem CETA-Abkommen nur unter der Bedingung zustimmen wollte, dass zuvor der EuGH eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Abkommens trifft. Diese ist inzwischen mit dem zustimmenden Urteil vom 30.4.2019 geschehen, damit jedoch die rechtliche Überprüfung des Abkommens noch nicht abgeschlossen. Auch das deutsche Bundesverfassungsgericht befasst sich mit einer Verfassungsbeschwerde zu CETA, die *Marianne Grimmerstein*, unterstützt vom Rechtswissenschaftler *Andreas Fisahn*, 2014 in Karlsruhe eingereicht hatte und die von der auf Change.org veröffentlichten Petition **Bürgerklage gegen CETA** beworben wird, der sich mittlerweile über 300.000 Menschen angeschlossen haben.

Um die Autorisierung einer rechtsverbindlichen Instanz (wie bei der EBI zu TTIP und CETA) geht es auch bei einer anvisierten Klage der grünen Fraktion des Europaparlaments vor dem EuGH: die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit der *Beendigung qualvoller Tiertransporte in der EU* befassen soll. Eine große Mehrheit des Europaparlaments hatte am 14.2.2019 die Umsetzung der Tiertransporte-Richtlinie von 2005 als ungenügend bewertet und eine Beseitigung der schlimmsten Formen der Tierquälerei bei Transporten sowie deren EU-weite Sanktionierung gefordert. Sie konnte sich jedoch nicht zu einem stärkeren Rückbau der Transporte und zur Begrenzung der Transportzeit auf maximal 8 Stunden durchringen, wie dies in einer Parlamentsresolution von 2012 noch vorgesehen war. Weil der dazu vom Parlament verabschiedete Bericht unzureichend war, forderten mehr als 200 Abgeordneten die Einberufung eines Untersuchungsausschusses, die von den konservativen, sozialdemokratischen und liberalen Fraktionsvorsitzenden zurückgewiesen wurde. Notfalls soll nun der EuGH angerufen werden. Auf dieses Vorhaben machte zusätzlich die bei Change.org verbreitete Eilpetition **Illegale Tierquälerei auf Europas Straßen beenden** aufmerksam.⁴³

Darüber hinaus versuchen inzwischen weltweit Aktivisten Klimaschutzziele gerichtlich zu erzwingen.⁴⁴ Hierzu gehört vor allem die *Klage von zehn Familien aus Europa, Afrika und den Fidschi-Inseln* vor dem EuG, deren Anliegen von WeMove.EU in der Solidaritätsaktion **Klimaklage gegen die EU** unterstützt wird. Die Klage wurde am 23.05.2018 eingereicht, vom EU-Parlament abgelehnt und vom EuG mit Beschluss vom 08.05.2019 für unzulässig erklärt. In

⁴¹ Umweltinstitut München, *Aktuelle Meldungen*, 10.5.2017

⁴² Vor solchen Schiedsgerichten können kanadische Firmen Schadensersatzklagen gegen EU-Mitgliedstaaten erheben, wenn deren gesetzliche Vorschriften ihre Investitionsvorhaben und Gewinne schmälern.

⁴³ Sven Giegold, *Newsletter* vom 14.2.2019

⁴⁴ Philip Bethge, *In der Badewanne. Erderwärmung (...) Lässt sich Ehrgeiz im Kampf gegen die Hitzezeit gerichtlich erzwingen?* DER SPIEGEL Nr. 44 / 27.10.2018

der Pressemitteilung der Initiative People's Climate Case vom 22.5.2019 wird dazu wie folgt Stellung genommen:

„Die Kläger kritisieren in ihrer Klage das bestehende Klimaziel der EU, die innereuropäischen Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 40% zu senken, als nicht ausreichend. Das Ziel sei zu niedrig, um die Klimakrise einzudämmen und ihre Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Beruf und Eigentum zu schützen (...)

Professor Gerd Winter (Bremen), einer der Rechtsvertreter der klagenden Familien, kommentiert die Gerichtsentscheidung: „Das Europäische Gericht erkennt an, dass jeder Einzelne auf die eine oder andere Weise vom Klimawandel betroffen ist und durch die angegriffenen EU-Rechtsakte in seinen Grundrechten verletzt sein kann – was den Vortrag der Kläger bestätigt. Die logische Folge, dann auch den Zugang zur gerichtlichen Überprüfung zu ermöglichen, zieht das Gericht aber nicht. Es weist vielmehr die Klage aufgrund einer engen Auslegung der Klagebefugnis, insbesondere des Kriteriums ‚unmittelbare und individuelle Betroffenheit‘, ab. Diese Entscheidung ist nicht überraschend, denn sie bewegt sich auf eingefahrenen Gleisen. Dennoch ist sie enttäuschend, weil sie sich nicht auf die ausführlichen Argumente der Kläger für eine Öffnung der Klagebefugnis einlässt.“

Die KlägerInnen prüfen nun eine Rechtsmitteleinlegung vor dem EuGH, mit der vorrangig geklärt werden soll, ob sie überhaupt die Möglichkeit erhalten, ihr Anliegen vor Gericht vorzutragen zu können. –

Wie bereits erwähnt, kann auch das *Bundesverfassungsgericht* eine der angerufenen Instanzen der Rechtsprechung sein. Dort haben u.a. Campact, foodwatch und Mehr Demokratie eine Verfassungsbeschwerde gegen das Handelsabkommen mit Singapur eingelegt, das unlängst vom EU-Parlament beschlossen wurde und das wie alle anderen „EU-only“-Freihandelsabkommen die nationalen Parlamente aus Entscheidungsprozessen ausschließt.⁴⁵

Juristische Vorstöße können darüber hinaus durch Versuche gekennzeichnet sein, *andere Akteure dazu zu veranlassen, Rechtsmittel einzulegen* bzw. dringliche Fragen auf dem Rechtsweg klären zu lassen. So hat 2017 die Aktivistin Marianne Grimmerstein bei Change.org eine weitere Petition zur EU-Handelspolitik unter dem Motto „*JEFTA + Co. in Den Haag STOPPEN!*“ verbreitet. In dieser werden die UN-Hilfsorganisationen ILO (Internationale Arbeitsorganisation), WHO (Weltgesundheitsorganisation), das Kinderhilfswerk UNICEF, die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) u.a. dazu aufgefordert, beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein Rechtsgutachten zu beantragen, in dem die Vereinbarkeit von Vertragswerken der EU mit der UN-Charta überprüft werden soll. Mit Hilfe dieses Gutachtens ist zu klären, ob und inwieweit Staaten Verträge eingehen dürfen, die gegen die UN-Charta verstoßen. Die Pointe dieser bislang noch zu wenig beachteten Petition besteht somit darin, dass auf dem Rechtsweg *sämtliche* bislang abgeschlossenen und künftig geplanten Handelsabkommen der EU einer Prüfung nach UN-Kriterien unterzogen werden sollen.

Aus den geschilderten Beispielen geht hervor, dass die Ankündigung, Rechtsmittel einzulegen, auch als konsequente Anwendung des *Ultima Ratio-Prinzips* verstanden werden kann.

⁴⁵ Campact, *EU will uns abschütteln*, E-Mail vom 6.2.2019. Anja Krüger, *EU-Parlament paukt Pakt mit Singapur durch*, TAZ 12.2.2019

Ganz in Übereinstimmung mit diesem Prinzip ist auch das *Umweltinstitut München* gegen die weitere Umsetzung des CETA-Handelsabkommens durch die EU-Kommission vorgegangen: Es hat beim EuG Klage zur Herausgabe der bislang geheim gehaltenen Sitzungsprotokolle erhoben, in denen ohne jegliche parlamentarische Kontrolle zusätzliche Vereinbarungen zur **regulatorischen Kooperation** getroffen werden.⁴⁶

1.6 Öffentliche Breitenwirkung

Ein Großteil europapolitischer Kampagnen, die bislang durchgeführt wurden, fristet im Internet ein *halböffentliches Schattendasein* und gerät nur in Ausnahmefällen ans Tageslicht der Öffentlichkeit, wie dies bei der bereits erwähnten **Stop TTIP-Kampagne** der Fall war, die von knapp 3,3 Millionen Menschen unterstützt wurde und einen Höhepunkt erreichte, als am 17. September 2016 mehr als 320.000 Menschen auf sieben Demonstrationen gegen die un-demokratischen Handelsabkommen TTIP und CETA protestierten.

Dieser Hypothese liegen u.a. persönliche Erfahrungen mit einer stichprobenartigen Befragung von 15 Teilnehmer/innen der **Seebrücke-Demonstration** zugrunde, die am 12.8.2018 in Bremen stattfand und an der bis zu 2000 Menschen teilnahmen. Dabei stellte sich heraus, dass niemand die Petition **„Erst stirbt das Recht, dann der Mensch!“** kannte, die zur Thematik der Kundgebung in einer auffällig engen Beziehung stand. Alle von mir angesprochenen Personen, denen ich Ausdrucke von der Online-Version aushändigte, stimmten mit mir darin überein, dass solche Petitionen auch „offline“ verbreitet und unterstützt werden sollten.

Eine öffentliche Aufmerksamkeit wie bei der *Stop TTIP-* oder *Save the Internet-Kampagne* ist den hier und im Anhang dokumentierten Aufrufen und Petitionen nicht oder nur in Ausnahmefällen beschieden, obwohl vielen von diesen eine mindestens ebenso große Bedeutung wie den Anti-TTIP-Protesten zukommen sollte. Deshalb versucht man viele Kampagnen auch über *Facebook*, *Twitter* oder *WhatsApp* an größere Adressatenkreise weiterzuleiten. Bislang gibt es jedoch zu diesem Procedere noch keine empirischen Untersuchungen, und der Eingabepaxis fehlt insgesamt eine kritisch-konstruktive Begleitung, die zur inhaltlichen Qualifizierung und Verbesserung ihrer Breitenwirkung beitragen könnte (vgl. S.33 ff.).

Solche „Supervision“ müsste nicht zuletzt der Frage nachgehen, ob bei der künftigen Kampagnen-Verbreitung „soziale Netzwerke“ wie *Facebook* weiterhin genutzt oder sukzessive durch den Gebrauch unverdächtigster Onlinedienste ersetzt werden sollten. Denn angesichts Expansionsdrangs von Facebook – der größten privaten Datenbank der Welt, die das digitale Profil von fast einem Drittel der Weltbevölkerung erfasst und neuerdings eine eigene Digitalwährung einführen will – könnte sich die gängige Weiterleitungspraxis via Facebook et al. trotz dadurch erhoffter Vorteile schnell als fahrlässig erweisen und in Misskredit geraten.⁴⁷

Zu einer kompetenten wissenschaftlichen Begleitung gehören ebenso Untersuchungen über die Resonanz der Kampagnen-Praxis in den herkömmlichen Massenmedien. Um jedoch deren *tatsächliche* Breitenwirkung genauer abzuschätzen zu können, müssten darüber hinaus

⁴⁶ E-Mail von Marianne Grimmerstein vom 2.12.2018, Eric Bonse, **Schon wieder Geheimnisse**, TAZ 8.12.2018

⁴⁷ Vgl. die Wikipedia-Dokumentation **Kritik an Facebook** und den von der *Bürgerbewegung Finanzwende* am 23.7.2019 veröffentlichten Appell **No Libra – Facebooks Währung stoppen!**, der sich an die Europäische Kommission und Zentralbank wendet. Siehe dazu *Dokumentation neuer Kampagnen...* S.76 im Anhang.

bei öffentlichen Veranstaltungen stichprobenartige *Recherchen zum Bekanntheitsgrad* einzelner Aufrufe und Petitionen durchgeführt werden, die sich direkt auf die jeweiligen Veranstaltungsthemen beziehen lassen.

2 Fünf Übersichten zur bisherigen Kampagnen-Praxis

Mehrere deskriptive Aussagen in dieser Studie werden im *Anhang* (vgl. S.66ff.) mit Hilfe von Übersichten genauer nachgewiesen. Zu den dargestellten Anfängen des Kampagnen-Aktivismus liegen zwei *chronologische* Übersichten vor: ein Überblick über die wohl bedeutendsten europapolitischen Deklarationen der vergangenen sechs Jahre sowie ein Rückblick von WeMove.EU auf die eigenen, seit 2015 durchgeführten Kampagnen. Außerdem kann auf den Seiten 65f. und S.69 Einblick in das vielfältige Kampagnen-Spektrum von WeMove.EU und Change.org genommen werden. Dabei lassen sich die in der zweiten, dritten und fünften Tabelle angegebenen Zustimmungswerte in mehreren Fällen mit den tagesaktuellen vergleichen.

Diese drei Übersichten sind mit schriftlichen Zusätzen und Überschriften versehen. Auf diese Weise soll demonstriert werden, dass zusätzliche *Strukturierungshilfen* den Zugang zur heutigen Fülle unterschiedlichster Initiativen erleichtern und dazu beitragen können, den Zustand der *Unübersichtlichkeit* zu überwinden. Gleichwohl ermöglichen derartige Auflistungen noch keine Vergleiche bezüglich *inhaltlicher Ergänzungen* und *Querverbindungen* zwischen all jenen Aufrufen, Petitionen und E-Mail-Aktionen, die sich ähnlichen oder gleichen Themen mit europapolitischer Reichweite widmen.⁴⁸

Wie aus der Bestandsaufnahme hervorgeht, setzen solche Vergleiche zunächst inhaltliche Zusammenfassungen und ggf. zusätzliche Recherchen voraus. In einem weiteren Schritt sind hierfür jedoch auch *synoptische, nach Politikfeldern gegliederte Übersichten* erforderlich, mit denen sich die *isolierte Präsentation* von Petitionen auf den Plattformen beseitigen lässt. Hierzu folgendes Beispiel zum Schwerpunkt *Militär- und Rüstungspolitik der EU*:

WeMove.EU	We Act	NGOs
EU: Investiere nicht in Waffen	Stoppt Waffenexporte! ⁴⁹	Rettet das Friedensprojekt Europa
	Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa	Atombomber? Nein Danke!
	#Geheimpapier: Stoppt den deutsch-französischen Rüstungsdeal	Kein Krieg im Iran – verhandeln statt eskalieren!
		Keine Geschäfte mit dem Jemen Krieg!

⁴⁸ Dies gilt erst recht für solche, die zu entsprechenden Themen auf *nationalstaatlicher* Ebene durchgeführt werden: So haben parallel zur oben dokumentierten Klimaklage vor dem EuG drei Bauernfamilien und Greenpeace beim Verwaltungsgericht Berlin eine *Klage* erhoben, die inzwischen von 213 *beigeladenen Personen* unterstützt wird, und eine *Klageschrift zur Einhaltung des Klimaschutzziels für das Jahr 2020* eingereicht. Ebenso parallel ist die vom Schauspieler *Hannes Jaenicke* und der DUH bei Change.org initiierte Protestaktion *Unsere Ozeane sind keine Müllkippe! Schluss mit unnötigen Einwegverpackungen!* zur WeMove-Kampagne *Stoppt Plastikmüll jetzt!* verlaufen (vgl. S.15f.).

⁴⁹ Diese Petition wurde von *terre des hommes* gestartet und kann insofern ebenso der Spalte „NGOs“ zugeordnet werden.

In dieser Tabelle sind sämtliche im vorherigen Abschnitt und im Anhang dokumentierten Petitionen zur Militär- und Rüstungspolitik der EU zusammengeführt worden.

Solche thematischen Zusammenstellungen können insbesondere für *künftige* Forschungsvorhaben und Handreichungen zum Kampagnen-Aktivismus hilfreich sein, weil sie gezieltere Zugänge zu *Brennpunkthemen* und der dazu bereits existierenden Kampagnen-Praxis eröffnen. Außerdem erleichtern sie den Zugriff auf diverse Forderungen und Programmpunkte, die für *aktuelle Agenden* – wie im gegebenen Fall für eine Agenda zu einer friedensstiftenden Außen- und Sicherheitspolitik der EU – relevant sein könnten.

Schließlich lässt sich so auch der Blick für potenzielle *Synergieeffekte* zwischen einzelnen Petitionen und Aufrufen schärfen: Bei näherem Hinsehen ergänzen sich z.B. die beiden im vergangenen Jahr bei WeMove.EU und WeAct veröffentlichten Petitionen *Wohlstand ist möglich ohne gieriges Wachstum* und *Recht auf Reparatur!* sehr schlüssig – die eine, indem hier die Problematik grenzenlosen Wirtschaftswachstums im Allgemeinen thematisiert wird, und die andere, in der die deutsche Regierung dazu aufgefordert wurde, sich für EU-weite Reparaturstandards bei der Festlegung der Ökodesign-Richtlinie einzusetzen, also im Produktionssektor das Wirtschaftswachstum durch eine spezielle Maßnahme zu begrenzen.

Um solche Vergleiche auf Dauer sicherzustellen, sollten *alle* Kampagnenplattformen Archive anbieten, die in *sämtliche* durchgeführten Kampagnen und deren Laufzeiten genaue Einblicke gewähren.⁵⁰ Besonders hilfreich wäre es, wenn man diese bereits in thematisch strukturierter Form wie in der *fünften Übersicht* dokumentieren würde.

Insofern enthält diese Studie bereits Vorschläge für eine transparentere Übermittlung der bisherigen Kampagnen-Praxis, hinterlässt aber auch *Leerstellen*: So wurde auf weitere Übersichten zu den WeAct- und NGO-Kampagnen verzichtet, weil diese in der Bestandsaufnahme im Unterschied zu mehreren WeMove-Initiativen bereits ausführlich beschrieben wurden.⁵¹ Zudem haben wir uns hier mit einem einzigen Beispiel für eine thematisch gebundene Wiedergabeform begnügt, obgleich diese als probates Mittel für künftige Recherchen besonders empfohlen wird.⁵²

Die vorliegende Untersuchung ist somit bewusst nicht auf „Perfektion“ angelegt, sondern soll zu weiterführenden Vorhaben anregen, mit denen dem bisherigen Kampagnen-Aktivismus unter die Arme gegriffen werden kann. Die genaueren Gründe dafür sind dem folgenden Kapitel zu entnehmen.

⁵⁰ Vgl. hierzu den Abschnitt *Auffällige Unterschiede zwischen den WeMove-Übersichten der Jahre 2018 und 2019* im Anhang auf Seite 68.

⁵¹ Außerdem lassen sich die erste Übersicht zu den europapolitischen Deklarationen auf S.66 und die auf S.72f. angegebenen Kontaktdaten zu diversen Instituten, NGOs und Plattformen noch um weitere Angaben ergänzen – ebenso wie die Literaturhinweise auf S.96, die auf die Studie zugeschnitten sind und insofern nur begrenzte Einsichten in die derzeit relevante Fachliteratur bieten.

⁵² Ein *zweites* Beispiel ist jedoch nach Beendigung der Studie entstanden: eine Aufstellung *klima- und umweltpolitisch* relevanter Kampagnen anlässlich des von Fridays for Future am 20.September 2019 anberaumten „Klimastreiks“. Siehe Anhang S. und zur Begründung dieses zusätzlichen Beispiels S.56f.

3 Defizite und Entwicklungschancen netzbasierter Einflussnahmen

Lässt man die in Teil 1 und im Anhang präsentierten Kampagnen Revue passieren, so kann der Eindruck entstehen, dass mittlerweile in der zivilgesellschaftlichen Sphäre europapolitischen Denkens und Handelns eine *irritierende Unübersichtlichkeit* entstanden ist. Manche Beobachter sprechen sogar von einer „*Overkill-Situation*“ und weisen damit auf die Kontraproduktivität einer „Kampagnen-Schwemme“ hin, die uns zu „überfluten“ bzw. alle Grenzen des Zumutbaren zu überschreiten droht.⁵³ Diese Kritik scheint um so berechtigter, wenn man sich nicht nur die Fülle europapolitischer Interventionen, sondern die gesamte Bandbreite des heutigen „Beschwerdewesens“ vergegenwärtigt.

Insofern verwundert es nicht, dass bei manchen Mitstreiter/innen, die sich bislang gegenüber diesem Ansatz politischer Willensbildung aufgeschlossen zeigten, der Kampagnen-Aktivismus in Verruf gerät oder zumindest das Unbehagen daran zunimmt. Denn aus der *Nutzerperspektive* lassen sich folgende vier Defizite kaum noch bestreiten.

1. *Klick-Aktionismus*: Die extreme Häufung von Unterschriftensammlungen verleitet zu einem gleichgültigen Umgang mit den jeweiligen Anliegen, bei dem die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Inhalten und Intentionen ins Hintertreffen zu geraten droht. Wer sich davon überfordert fühlt, kann sich zur Entscheidung gedrängt sehen, „alles oder nichts“ zu unterstützen oder aber nur noch nach Gutdünken zu verfahren. Zugleich entsteht häufig der Eindruck, dass die eigenen Unterschriften kaum noch etwas wert sind und die ständige Aufforderung zur aktiven Beteiligung sich *abzunutzen* beginnt.

2. *Überbeanspruchung*: Wenn sich nach geleisteter Unterstützung die Mailboxen postwendend mit Aufforderungen zur Weiterleitung von Petitionen (auch via Facebook und Twitter), Bitten um Geldspenden sowie mit weiteren Updates füllen und dies bei mehreren Kampagnen gleichzeitig geschieht, liegt es nahe, dass mancher von alledem genervt ist. Im Übrigen werden durch diese Überbeanspruchung trotz einiger Erleichterungen – wie z.B. der Vorformulierung von Briefformen bei E-Mail-Aktionen oder automatischen Angaben von Personendaten bei der Registrierung von Unterschriften – all jene Personenkreise ausgeschlossen, denen dafür nicht die nötige Zeit zur Verfügung steht.

3. *Intransparenz und Anonymität*: Aufgrund des Wettbewerbs der o.g. Plattformen um erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung besteht zugleich die Gefahr, dass sich deren einzelne Initiativen in ihrer Wirksamkeit schwächen. Wie oben gezeigt, bleibt im Falle inhaltlicher Gemeinsamkeiten häufig unklar, welche spezifische Anliegen eine bestimmte Kampagne im Vergleich zu einer anderen, ähnlich gelagerten verfolgt.⁵⁴ Oder es fehlen Auskünfte darüber, warum sich bestimmte Kampagnen unnötig häufen und andere nicht weiterverfolgt werden.⁵⁵

⁵³ ... so etwa der Sozialwissenschaftler *Steffen Lehdorff*, einer der beiden Initiatoren der Plattform *Europa neu begründen*, der auf ein Plädoyer des Verfassers zur Unterstützung europapolitischer Kampagnen in einer E-Mail vom 21.8.2018 mit Zustimmung reagierte, aber auch darauf hinwies, dass das Problem bei den „www.Unterschriftensammlungen“ ihr „overkill“ sei, weshalb man sich häufig nur noch spontan oder sporadisch zur Unterstützung von Initiativen entscheiden würde.

⁵⁴ Vgl. das auf S.33 gegebene Beispiel.

⁵⁵ Vgl. die auf S.17 beschriebene Kumulation zum Schwerpunkt *Konzernklagen stoppen* und den Abschnitt „Aufällige Unterschiede zwischen den WeMove-Übersichten der Jahre 2018 und 2019“, S. 68.

Erschwerend kommt hinzu, dass vielen Online-Aktionen auch die persönliche Ansprache fehlt – eine Face-to-Face Kommunikation, wie sie bei öffentlichen Unterschriftensammlungen noch üblich ist.

4. *Wirkungslosigkeit*: Schließlich verbindet sich mit alledem häufig ein starkes Misstrauen gegenüber den Erfolgsaussichten vieler Interventionen – so vor allem die Befürchtung, die Kampagnen würden in der Regel ihre Adressaten nicht erreichen oder von diesen nicht zur Kenntnis genommen. Dem entspricht, dass der Erfolg vieler Petitionen häufig an der Quantität geleisteter Unterschriften gemessen wird und noch zu wenig an den tatsächlich stattgefundenen Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse. Hier lässt die Rechenschaftspflicht der Akteure noch zu wünschen übrig, und es besteht manchmal die Gefahr, dass sie durch allzu überschwängliche Erfolgsstorys vernachlässigt wird.

Wer trotz dieser erheblichen Schwächen den europapolitischen Kampagnen-Aktivismus weiterhin für unverzichtbar hält, muss zunächst klären, ob die strukturellen Defizite nicht auch etwas mit der Sache selbst, der konfliktreichen europäischen Thematik, zu tun haben. Ferner ist der Frage nachzugehen, ob sich die beschriebenen Schwachstellen durch verschiedene organisatorische Maßnahmen verringern lassen und welche Entwicklungschancen sich daraus ergeben könnten. Und schließlich wird man auf den generellen Stellenwert des Kampagnen-Aktivismus im Kontext anderweitiger politischer Einflussmöglichkeiten genauer eingehen müssen. Hierzu entlang der vier Kritikpunkte folgende Überlegungen und Argumente:

Ad 1: Die mit dem „Klick-Aktionismus“ einhergehende Inflation von Geltungsansprüchen und Aufforderungen zur Solidarität kommt nicht aus heiterem Himmel. Sie ist dem *objektiven* Sachverhalt einer *überaus hohen Komplexität* geschuldet, die aus der Vielzahl *europapolitischer Herausforderungen* resultiert: Mit dem Bekanntwerden unzähliger Missstände und ungelöster Probleme in verschiedensten Politikfeldern der EU haben sich zwangsläufig auch die Anlässe für direkte Interventionen aus der Zivilgesellschaft vermehrt. Damit vervielfachen und beschleunigen sich zugleich die Erwartungen der Campaigner und Initiator/inn/en an ein solidarisches Mitmachen. Um diesem Prozess folgen und ihn weiterentwickeln zu können, bedarf es einer hartnäckigen politischen Aufklärung über die *Vielschichtigkeit* europapolitischer „Zumutungen“ und in diesem Zusammenhang jeweils darüber, welchen *spezifischen* Wert die gegebenen Unterschriften erlangen können und in welchen Fällen sie bedeutungslos bleiben. Diese Aufklärung müsste allerdings sehr breit und ausdauernd angelegt sein, wenn damit auch neue Zielgruppen erreicht und für eine Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Initiativen motiviert werden sollen. Insofern besteht weiterhin ein großer Bedarf an *regelmäßiger* Information zur Funktionsweise sowie zu den besonderen Vorzügen, aber auch Systemmängeln der EU, die auch Bürger/innen erreicht, denen die EU immer noch viel zu abstrakt und entfernt erscheint.

Ad 2: Solche Bewusstmachung schließt die Erkenntnis mit ein, dass sich das Risiko mentaler Überbeanspruchungen nicht vermeiden lässt. Jedoch sind Vorkehrungen zu einer *intermediären Vernetzung* denkbar, mit denen sich in Zukunft aktive Beteiligungen erleichtern und deren Breitenwirkung verbessern lassen. Dies erfordert allerdings eine Bereitschaft der o.g. Plattformen zur Zusammenarbeit, bei der die bisherigen und künftigen Vorhaben genauer aufeinander abgestimmt werden.

So könnte etwa ein von Expertenkreisen ins Leben gerufenes, auf die *Verbreitung europapolitischer Kampagnen spezialisiertes Forum* dabei helfen, mehr Übersichtlichkeit herzustellen, und weniger zeitaufwendige Beteiligungen ermöglichen. An diesem Vorhaben, einen *Kampagnenpool* einzurichten, sollten von vornherein bezahlte Fachkräfte von den o.g. Plattformen, Angehörige politikwissenschaftlicher Institute und Studiengänge sowie europapolitisch engagierte Initiativen mitwirken. Damit könnten sich auch die Chancen erhöhen, dass darüber in den Medien berichtet wird und Printmedien sich dazu bereit erklären, in bestimmten Zeitabständen ihre Leser/innen *unter einer speziellen Rubrik* über europapolitisch aktuelle Kampagnen zu informieren.⁵⁶

Ferner wäre es geboten, dass sich die o.g. Plattformen und NGO's ein Konzept erarbeiten, das mit bestimmten „Grenzwerten“ *öffentlicher Aufmerksamkeit* besser abgestimmt ist. Erste Schritte könnten dazu sein, sich gegenseitig über die Initiierung neuer Kampagnen zu informieren und dabei darauf zu achten, dass es zu keiner unnötigen Häufung von Aktionen kommt. Ein rücksichtsvoller Umgang mit „Aufmerksamkeitsressourcen“ könnte außerdem bedeuten, zeitweise auf *automatisch* erfolgende Bitten um Weiterleitung und Spenden sowie auf manche überflüssigen Updates zu verzichten.

Ad 3: Eine Sammelstelle, die online etwa unter dem Suchwort *Europapolitische Kampagnen* schnell aufzufinden ist und bei der sämtliche Aktionen nach inhaltlichen Kriterien übersichtlich präsentiert, mit kurzen Erläuterungen versehen und über *Links* direkt erreichbar sind, hätte den Vorteil, dass *neue* Teilnehmer/innen sich nicht nur einen Überblick, sondern auch sofortigen Zugriff verschaffen können. Damit wäre zugleich die Intransparenz beendet, die zwischen den o.g. Plattformen und ihren konkurrierenden Vorhaben entstanden ist.

Ebenso lässt sich auf diese Weise deren *halböffentliches Eigenleben* im Internet leichter überwinden. Hier wäre jedoch dringend ein *kommunikatives Handeln* – bei Vorträgen, Kongressen, Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Kundgebungen – vonnöten, das den Kampagnen-Aktivismus ins öffentliche Leben zurückübersetzt: Wo immer es um Alternativen und solidarische Zielsetzungen zur Flüchtlings-, Klima-, Umwelt-, Handels- und Wirtschaftspolitik geht, könnte es zur *Gepflogenheit* werden, auf entsprechende Aktionen hinzuweisen und um deren Unterstützung zu bitten. Und ebenso könnte aus solchen Anlässen heraus die Idee erwachsen, Unterschriftensammlungen wieder vermehrt *offline* durchzuführen und als Ergänzung zu den netzbasierten auf breiterer Basis zu realisieren.

Ad 4: Doch auch den hier geäußerten Verbesserungsvorschlägen schlägt der Argwohn entgegen, dass all dies nichts nützen würde und der Online-Aktivismus insgesamt weitgehend wirkungslos und vergeblich sei. Dieses Misstrauen ist zwar in manchen Fällen nicht unbegründet, müsste sich dann aber konsequenterweise ebenso auf die relative *Einflusslosigkeit kritisch-konstruktiver Diskurse* zum Thema „Europa“ sowie auf den Sinn und Zweck unzähliger Veranstaltungen, Analysen, Essays und theoretischer Schriften erstrecken.⁵⁷ Bei nähe-

⁵⁶ Vgl. hierzu die Rubrik *Petition der Woche* in der TAZ vom 1.12.2018

⁵⁷ Bislang scheinen in der Fachöffentlichkeit „Visionen“ zur Erneuerung Europas aus dem Mitte-Links-Spektrum häufig in Gegenwart eines vorwiegend akademisch gebildeten Publikums diskutiert zu werden, ohne dass es dabei zu einem genaueren „Abgleich“ zwischen den Zukunftsmodellen verschiedener politischer „Lager“ kommt (vgl. „Europapolitische Deklarationen ...“ auf S.66 und Publikationen im Literaturverzeichnis S.96 f.).

rem Hinsehen handelt es sich also um einen *Generalverdacht* gegenüber *allen* politischen Bemühungen: theoretischen Entwürfen ebenso wie praktischen Umsetzungsversuchen zu einer solidarischen Europapolitik.

Davon setzt sich die Kampagnen-Praxis mit ihrer Maxime ab, sich nicht nur auf die Stichhaltigkeit vernünftiger Argumente zu verlassen, sondern auch den eigenen Standpunkten Nachdruck zu verleihen und im Hinblick auf die gezielte Übermittlung von Lösungsvorschlägen und ihren Begründungen nichts unversucht zu lassen. Ihre Akteure sind davon überzeugt, dass sich die realpolitischen Einflussmöglichkeiten, über die eine kritisch-sachkundige Zivilgesellschaft verfügt, ohne die regelmäßige Nutzung von Interventionsmedien erheblich verringern würden. Aus dieser Sicht lässt sich die Wirksamkeit von kritischen Kommentaren und Diskursen, Kundgebungen und demonstrativen Auftritten erst verstärken, wenn die dort geäußerten Ansprüche und Forderungen in Kampagnen umgesetzt und so einer breiteren Willensbildung zugänglich gemacht werden. Denn auf diese Weise kann erst für einzelne wie auch programmatische Veränderungsvorschläge mehr Schubkraft entstehen.

Das *Vergeblichkeitsargument* lässt jedoch auch mit dem Hinweis auf Kampagnen entkräften, die tatsächlich etwas bewirkt haben und deren Erfolge nicht nur an Zustimmungswerten gemessen werden. Hierzu folgende Beispiele:

- Die Kampagne „*Rette unser Wasser*“ des BUND, die gegen die Bestrebungen mehrerer Mitgliedsländer gerichtet ist, die Qualitätsstandards des europäischen Wasserschutzes zu senken, hat dazu geführt, dass Deutschland bei der Abstimmung durch Enthaltung einen diesbezüglichen Beschluss verhindert hat.⁵⁸ Wie aus einer *Hintergrundinformation* des WWF zum derzeitigen Fitness-Check der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie hervorgeht, ist damit jedoch deren endgültige Durchsetzung und Einhaltung noch nicht gewährleistet.
- Ferner veranlasste die 2017 ins Leben gerufene *EBI gegen Glyphosat* das EU-Parlament zu einer Debatte über die öffentliche Zugänglichkeit aller Pestizid-Studien. Nach dem Zulassungsverfahren für Pestizide, gentechnisch veränderte Organismen und Futtermittelzusatzstoffe, das vom Europaparlament, den EU-Mitgliedsländern und der EU-Kommission am 11.2.2019 neu beschlossen wurde, sollen fortan *alle* für die Zulassung relevanten Studien bei der zuständigen *EU-Aufsichtsbehörde EFSA* registriert werden. Unliebsame Ergebnisse können nun von der Pestizid-Industrie nicht mehr verheimlicht, sondern von unabhängigen Expert/inn/en überprüft werden. Darüber hinaus hat der EuGH am 7.3.2019 einer Klage von vier Europaabgeordneten der Grünen auf die Veröffentlichung aller Studien zum Krebsrisiko durch Glyphosat stattgegeben.⁵⁹
- Ebenso können inzwischen die WeMove-Kampagnen *Stoppt die Auslieferung von Whistleblower Hervé Falciani* und *Whistleblower schützen* einen beachtlichen Erfolg vorweisen: Diese setzten bei der bisherigen Strafverfolgung von Whistleblowern wie Antoine Deltour, Hervé Falciani und Howard Wilkenson an, durch deren Hinweise die europäische Öffentlichkeit erst Näheres über kriminelle Geldwäsche-, Steuerhinterziehungs- und

⁵⁸ Jasmina Matera, BUND, E-Mail vom 5.12.2019.

⁵⁹ Sven Giegold, *Newsletter vom 12.2.2019* und vom 7.3.2019

Steuervermeidungspraktiken (wie etwa beim „Lux-Leaks“-Skandal) u.a.m. erfuhr. In den am 12.3.2019 beendeten Trilog-Verhandlungen wurde nun ein wirksamer Whistleblower-Schutz vereinbart: Die neue EU-Richtlinie enthält nicht mehr die von der deutschen und französischen Regierung bevorzugte Regelung, wonach Hinweisgeber zunächst firmen- oder behördeninterne Meldewege einhalten müssen, sondern garantiert stattdessen Whistleblowern rechtlichen Schutz, wenn sie sich direkt an die Aufsichtsbehörden wenden oder „nach wenigen Monaten Reaktionsfrist für die Aufseher oder bei Anzeichen für Verdunkelungsgefahr“ die Presse informieren.⁶⁰

- In manchen Fällen scheint auch die Einsicht „gut Ding will Weil haben“ zuzutreffen. So etwa beim Thema *Lobbyismus*, den Sven Giegold vor mehr als zwei Jahren in seiner bei Change.org veröffentlichten, in fünf weitere Sprachen übersetzten und an das EU-Parlament gerichteten Petition *Lobbyismus transparent machen, schnelle Seitenwechsel verhindern!* anprangerte. Zuvor verbreitete WeMove.EU anlässlich der 2015 anstehenden Reform der EBI die ebenfalls an die Parlamentarier adressierte Petition *Für direkte Demokratie in Europa* und kündigte in ihr Mobilisierungen „gegen ein Europa der Finanzmärkte und Lobbyisten“ an. Diese Ankündigung wurde im Januar 2019 mit dem ebenfalls an die Parlamentarier adressierten Eilappell *Lobby Transparenz jetzt* erstmals zielgenau umgesetzt. Kurz danach beschloss das Europaparlament eine neue Geschäftsordnung zur wirksameren Kontrolle des Lobbyismus, die Abgeordnete mit exponierten Aufgaben dazu verpflichtet, alle Lobbyisten-Treffen, die der Vorbereitung von EU-Gesetzen dienen, in einem öffentlichen Transparenzregister einzutragen.⁶¹

Dass mit dieser Entscheidung allerdings der massive Einfluss von Wirtschafts-Lobbyisten und Großunternehmen auf die EU noch lange nicht gebändigt ist, verdeutlichte Giegold wenige Tage später mit folgendem Hinweis: Auch der Rat und ein Großteil der ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten müssten ihre bislang geheim gehaltenen Kontakte zu Wirtschaftsvertretern offenlegen.⁶²

Deshalb dürfen die hier und im Anhang dokumentierten Erfolgsmeldungen (vgl. S.70) nicht dazu verleiten, die Unterstützerkreise über die jeweils *noch nicht* erreichten Ziele in Unkenntnis zu lassen. Und dies müsste ebenso für alle nicht weiter verfolgten oder abgebrochenen Kampagnen gelten. Die Gründe dafür noch konsequenter als bisher offenzulegen, würde dem Ansehen des Kampagnen-Aktivismus sicherlich nicht schaden. –

Zudem sollten die hier aufgeführten (Teil)Erfolge nicht überbewertet werden. Sie allein auf die Wirksamkeit der o.g. Kampagnen zurückzuführen, wäre kurzsichtig. Denn häufig wirken daran auch andere NGO's mit eigenen Eingaben oder ihrer Expertise und Aufklärungsarbeit mit. Ferner verfolgen manche EU-Parlamentarier/innen und partiell auch Angehörige der EU-Kommission in Teilbereichen ähnliche Politikansätze wie der Kampagnen-Aktivismus und nutzen dafür ihre persönlichen Einflussmöglichkeiten und kollegialen Kontakte. Als prominen-

⁶⁰ Sven Giegold, *Newsletter vom 15.3.2019*

⁶¹ Eric Bonse, *EU-Parlament transparent*. TAZ 1.2.2019. Vgl. hierzu auch die Kampagnen von Lobby Control und Foodwatch auf S.17 f.

⁶² Sven Giegold, *Newsletter vom 6.2.2019*. Vgl. auch Lobby Control, *EU-Lobbyreport 2019*

tes Beispiel sei hier die ehemalige Wettbewerbskommissarin *Margrethe Vestager* genannt, die mehrfach mit hohen Geldstrafen gegen Internetkonzerne wegen Steuerhinterziehungen und Ausnutzung ihrer Marktmacht vorgegangen ist. Allerdings hat Vestager auch die unselige Fusion zwischen dem Chemiekonzern Bayer und Agrarkonzern Monsanto zugelassen und zeitweise die Umsetzung fairer Außenhandelsverträge verhindert.⁶³ –

Darüber hinaus sind sich viele Aktivist/inn/en der *begrenzten Reichweiten* ihrer Online-Initiativen sehr wohl bewusst. Deshalb machen mehrere der o.g. Plattformen, Beteiligungsforen und NGO's bei geeigneten Anlässen ihre Unterstützerkreise auch auf Protestaktionen und deren Treffpunkte aufmerksam – immer verbunden mit der Hoffnung, dass möglichst viele Menschen vor Ort präsent sein werden. Ebenso beteiligen sich manche von ihnen an der Vorbereitung von Demonstrationen und treten als Mitveranstalter in Erscheinung. Dass man Kernaussagen von Kampagnen, wo immer möglich, auch *offline* zu verbreiten versucht, ging nicht zuletzt aus der Aufforderung des Campact-Vorstands zu einer möglichst großen Beteiligung an den eine Woche vor den Europawahlen unter dem Motto *Ein Europa für Alle* durchgeführten Demonstrationen hervor (vgl. S.12 f.)

⁶³ Eric Bonse / Ulrich Schulte, *Die Glorreiche – als eine von sieben*. TAZ 22.3.2019

4 „Solidarische Minuten“ als kontinuierliche Bürgerbeteiligung

Ausgehend von dieser Hinwendung zu Praktiken *öffentlicher* Einflussnahme stellt sich weiterführend die Frage, wie es in *umgekehrter Richtung* bei einigen derzeit tonangebenden europapolitischen Gruppierungen mit der allgemeinen Akzeptanz *netzbasierter* Einflussnahmen bestellt ist. Aus der hier eingenommenen Sicht ist schwer zu erkennen, ob und inwieweit diese willens und bereit sind, den Kampagnen-Aktivismus tatkräftiger zu unterstützen.⁶⁴ Bis zu den Europawahlen sind bspw. die Bürgerinitiative *Pulse of Europe* (PoE) und das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* – um zwei Beispiele zu nennen, die sich in ihren Orientierungen diametral voneinander unterscheiden – auffällig andere Wege gegangen: PoE strebte im vergangenen Jahr vor allem eine Bürgerbeteiligung bei Debatten über die europäische Zukunft an (vgl. S.52ff.) und führte an den letzten vier Sonntagen vor den Europawahlen wieder regelmäßig Kundgebungen in verschiedenen Städten durch. Attac hingegen veranstaltete im Oktober 2018 in Kassel einen *Europa-Kongress*, aus dem die Publikation *Ein anderes Europa ist möglich* hervorging, und kündigte dort u.a. an, „dem Druck zu Sozialabbau und Austerität“ mit „grenzübergreifenden Druck von unten“ entgegenzutreten.⁶⁵ Diese Ankündigung wurde von Attac in zwei *Aufrufen zur Teilnahme am europaweit veranstalteten Aktionstag Ein Europa für Alle* konkretisiert und durch die Beteiligung des Netzwerks an dessen *Trägerkreis* und am Aktionstag selbst in die Tat umgesetzt.⁶⁶

Bei all diesen Aktivitäten scheint jedoch bislang der im ersten Teil dokumentierten Kampagnen-Praxis keine größere *konstitutive* Bedeutung beigemessen zu werden. Ob dies auch auf die hin und wieder saloppe oder überschwängliche Ausdrucksweise in manchen Kampagnen zurückzuführen ist, bleibt dahin gestellt. Als tiefer liegende Ursache sollte jedoch der bislang kaum beachtete Hinweis ernst genommen werden, dass „die große euphorische Begeisterung für Europa“ bislang vorrangig „eine Angelegenheit von *Intellektuellen*“ geblieben ist, wie der Soziologe und Journalist *Mathias Greffrath* angemerkt hat.⁶⁷

Folgt man dieser Einschätzung und ergänzt sie um den Hinweis, dass auch die von PoE mobilisierten „bildungsbürgerlichen“ Milieus diese Begeisterung teilen, dann würde es nahe liegen, nicht nur die zurzeit tonangebenden europapolitischen Zukunftsvisionen im Hinblick auf ihre *Praxistauglichkeit* zu befragen, sondern auch unsere eigene Bereitschaft, dazu mit geeigneten Mitteln beizutragen. Zur Frage, was eigentlich getan werden müsste, gibt Matthias Greffrath ebenfalls wesentliche Denkanstöße: Unter dem Motto „*Solidarische Stunden*“ kommentierte er in einem Diskussionsbeitrag die im vergangenen Jahr in Berlin durchgeführte Demonstration *Unteilbar* – eine der größten Massenkundgebungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, an der 242.000 Menschen teilnahmen – mit folgenden Sätzen:

⁶⁴ Sowohl bei manchen Anhänger/innen von PoE als auch von Attac stellte ich persönlich in Gesprächen und E-Mail-Kontakten eine deutliche Distanz gegenüber dieser Praxis fest.

⁶⁵ Vgl. Hannes Koch, *Küchentische zu Hausparlamenten (...) Pulse of Europe startet eine neue Form der Bürgerbeteiligung*. TAZ 9.6.2018 sowie Abschlussbericht zum *Attac-Europa-Kongress*.

⁶⁶ Weitere europapolitische Projekte von Attac gehen aus dem Bericht *Für ein solidarisches Europa!* hervor.

⁶⁷ So lautet das von Greffrath am 27.5.2018 zu seinem „*Europäischen Handgepäck*“ geäußerte Fazit, Reiseberichten über Aufenthalte in sechs EU-Mitgliedsstaaten. Dazu gehört auch sein Befund, dass auf der „Ebene der Politik und (...) Massensteinungen im Grunde die Nation nach wie vor die bestimmende Größe“ sei.

„In der Demonstration (...) zeigte sich in volkstümlicher Heiterkeit der ganze Reichtum an Energien für eine Übergangsgesellschaft. Aber all diesen Initiativen fehlt (noch) eine politische Speerspitze, die Aufbruchenergien politisch konzentriert, Vorstöße durch Gesetze absichert und ein Fundament für eine postkapitalistische Gesellschaft legt.“⁶⁸

In Anbetracht der bislang zu registrierenden Folgelosigkeit zentraler Einsichten zum Klimawandel, zu Migration, Ungleichheit und Unrecht, so Geffrath weiter, würden „uns Demonstrationen für ein paar solidarische Stunden (...) von Resignation befreien“, gleichzeitig aber auch Ausdruck dieser Resignation sein: Man müsse sich eingestehen, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die angestrebten Ziele zur Rettung der Atmosphäre und Durchsetzung globaler Gerechtigkeit nicht realisiert werden könnten. Aufgrund der hierzu noch fehlenden Bündelung von Veränderungsimpulsen seien für „ein Durchbrechen der Mauer zwischen Bürgerwillen und seinen Repräsentanten“ weit mehr als die in Berlin erlebten „solidarischen Stunden“ vonnöten. Geffrath erwartet deshalb von Initiativen wie „Unteilbar“ und „Aufstehen“ Appelle zu einem „langen Marsch durch die Parteien und Institutionen“ – dem offenbar einzig möglichen Weg, Perspektiven für eine nachhaltigere Zukunft durchzusetzen, die Undurchlässigkeit zwischen Bürgerwillen und Parlament aufzubrechen und bis zu den Funktionseliten vorzudringen. Zugleich räumt er ein, dass dazu nicht ausreichend viele Bürger/innen bereit seien, da deren Lebenszeit in den Institutionen und Parteien unbarmherzig in Beschlag genommen würde.

Geffrath legt mit seinem Hinweis, dass das kollektive Erlebnis „solidarischer Stunden“ unzureichend sei, eine weit verbreitete *Aporie* bzw. Ratlosigkeit über das spürbare Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit offen, die viele politisch denkende Menschen umtreibt – die Widersprüchlichkeit zwischen all dem, was heute auf höheren politischen Entscheidungsebenen eigentlich geschehen müsste, und unserer vergleichsweise geringen Bereitschaft, *hierzu von unten her auf breiterer Basis durch hartnäckigere Einflussnahmen beizutragen*.

Geffraths Aufforderung, aufgeklärten Bürgerwillen in ein engagiertes *parteiliches* Handeln umzusetzen, das sich gezielt gegen neoliberale Irreführungen und den überhand nehmenden Rechtspopulismus im europäischen Parteiengefüge wendet, scheint vor diesem Hintergrund durchaus schlüssig zu sein.⁶⁹ Der erneute Beginn eines solchen „langen Marsches durch die Institutionen“ würde allerdings neben dem dazu erforderlichen Mentalitätswandel eine umfassende Strategie und einen breiten *parteiübergreifenden* Konsens darüber voraussetzen, um welchen „Systemwechsel“ es hierbei gehen soll und wie dieser gegenüber dem Drohpotenzial der Rechten und den auf verschiedenen Ebenen wirksamen „Systemzwängen“ gelingen könnte. An diesem Punkt scheiden sich offenbar die Geister: Geffrath lässt nämlich die zentrale Frage unbeantwortet, ob nicht die Funktionseliten bei uns und anderswo unmittelbar, d.h. *sofort* – und nicht erst in fünf oder zehn Jahren – von *engagierten Minderheiten* erreicht und mit zentralen Forderungen konfrontiert werden müssten, um weite-

⁶⁸ Mathias Geffrath, *Solidarische Stunden (...) Es fehlt nicht an Ideen für eine Übergangsgesellschaft – sondern an deren politischer Konzentration*, Die Tageszeitung, 17.10.2018

⁶⁹ Diese Aufforderung hätte jedoch der Autor heutzutage angesichts des drohenden Zerfalls der beiden „Volksparteien“ und breitenwirksamer Massenproteste von *Fridays For Future* wahrscheinlich noch eingehender erläutert und unter zusätzlichen Gesichtspunkten begründet.

ren Fehlentwicklungen rechtzeitig vorzubeugen. Genau diesem Impuls sind mittlerweile die seit dem 7.12.2018 einsetzenden *Schülerstreiks von Fridays for Future* gefolgt.

Als skeptischer Beobachter einer allzu hochgestochenen oder vordergründigen „Europa-Verbundenheit“ hat Greffrath offenbar all jene übersehen, die eigentlich in seinem Sinne bereits handeln: Menschen, die schon vor Fridays for Future die Kluft zwischen Bürgerwillen und politischen Repräsentanten zu überwinden suchten und die weiterhin beharrlich das Ziel verfolgen, mit den o.g. Interventionsmedien *hier und jetzt* auf Entscheidungsprozesse in der EU Einfluss zu nehmen.

Man mag aus besagten Gründen und nicht zuletzt aus akademisch „distinguierter“ Sicht einen solchen Aktivismus für zu „hemdsärmelig“ und für wenig aussichtsreich halten oder diesem gegenüber gleichgültig eingestellt sein, eines kann man ihm jedoch nicht absprechen: dass er sich nicht auf die „*Mühen der Ebene*“ einlässt. Die EU neu zu gründen, bedeutet hier klipp und klar, sie *schon heute* schrittweise verbessern und umgestalten zu wollen. Zugleich bekommt damit die weit verbreitete Leitidee einer „Neugründung“ einen konkreten Sinn: Bei näherem Hinsehen handelt es sich hierbei um einen schwierigen und langwierigen Prozess, einen *tiefgreifenden Umbau, der bei mehreren „Baustellen“ gleichzeitig beginnen muss* und an dem sich so viele Bürger/innen wie möglich ausdauernd beteiligen sollten.

Insofern lässt sich in Anlehnung an Greffraths kritische Reflexion „solidarischer Stunden“ auch die These aufstellen, dass z.B. eine *dreißigminütige Unterstützung des Kampagnen-Aktivismus pro Woche* bereits als *aktive Form der Bürgerbeteiligung* anzusehen ist. Denn auf diese Weise kann die Teilnahme an Großereignissen mitsamt der dabei kollektiv erlebten „Leidenschaftlichkeit“ durchaus produktiv erweitert werden, wenn sich *in Zwischenzeiten* so viel politisch interessierte Menschen wie möglich an direkten Einflussversuchen beteiligen.

Darüber hinaus liegt aber auch folgende Konditionalität nahe: Je mehr europapolitisch interessierte Bürger/innen die Kampagnenpraxis unterstützen, desto mehr wächst die Chance, dass wegweisende Petitionen auch die *Millionengrenze* an Unterschriften erreichen und darüber in den Medien berichtet wird. Dieses Etappenziel scheint inzwischen gar nicht mehr so abwegig und eigentlich weniger anspruchsvoll als die Forderung nach gehäuften Parteieintritten zu sein. Dazu müsste aber die Kampagnen-Praxis als wirkungsvolle *Form einer „parallelen“ politischen Teilhabe* noch viel stärker als bisher ins breite, öffentliche Bewusstsein gerückt und verdeutlicht werden, worum es bei ihr im Kern geht.

Hierzu abschließend folgende Aspekte: Das Kampagnenkonzept steht und fällt mit der Entscheidung *jedes Einzelnen*, Aufrufe, Petitionen oder Protestschreiben zu unterstützen oder dies sein zu lassen. Damit wird dem *subjektiven Faktor* in der politischen Konfliktaustragung, der Sachkenntnis und dem Urteilsvermögen jeder Person, eine Schlüsselrolle auch bei komplexeren Problemstellungen zugewiesen. Denn erst aus jeder einzelnen Zustimmung *organisiert* der Kampagnen-Aktivismus ein fiktives „Wir“ und tritt damit dem weit verbreiteten Lebensgefühl entgegen, allein nichts bewirken zu können.

Solche Relationen zwischen Einzelperson und fiktiver Community scheinen mittlerweile einen *relativ* zuverlässigen Bezugsrahmen zu bilden. Diese *Verlässlichkeit* fällt besonders auf, wenn man die Kampagnen-Praxis mit jenen „aufflackernden Protesten“ in den vergangenen

Jahren vergleicht, die spontan über soziale Netzwerke einberufen wurden, und dem damit häufig verbundenen Unvermögen, aus dem eigenen Aufbegehren ein „Wir und stabile Organisationen zu bilden“. Die hierzu und zu künftigen Aufständen von dem TAZ-Journalisten *Stefan Reinecke* zum Jahreswechsel 2018/19 veröffentlichte Betrachtung endet mit folgendem Schussgedanken:

„Der akademische Nachwuchs in den Metropolen sucht sein ‚Glück in Familie und Beruf‘, weil die Welt keine fundamentalen ‚Alternativen‘ mehr bietet. Die Nachwuchselite hat aufgehört zu sein, was sie früher einmal war – ‚ein Ferment produktiver Unruhe‘. So sieht es 2018 aus. Doch das Zitat stammt vom linksliberalen Soziologen Ludwig von Friedeburg, der erforschte, wie die bundesdeutschen Studierenden ticken. Und zwar 1965. Es kam anders, entgegen allen fundierten, wohlbegründeten Prognosen.“⁷⁰

Dieser Hinweis auf die *Unvorhersehbarkeit* „kommender Aufstände“ hat sich als hellsichtig erwiesen: Wenige Monate später gelang es der Klimastreikbewegung Fridays for Future, einen Stimmungsumschwung herbeizuführen, der, wie nicht zuletzt aus den Europawahlergebnissen hervorgeht, über die deutsche Öffentlichkeit hinausreicht und dazu geführt hat, dass bei den Europawahlen auch über die Dringlichkeit der Klimaproblematik entschieden wurde. Aufgrund dieser enormen Breitenwirkung stellt sich aktuell die Frage, ob Reinickes Beobachtungen zur „Flüchtigkeit von Revolten“ und zum subjektiven Unvermögen, „ein Wir zu formen und stabile Organisationen zu bilden“ auf die jüngste Entwicklung noch zutreffen. Immerhin belegt das Beispiel Fridays for Future eindrücklich einen kausalen Zusammenhang zwischen dem engagierten Handeln einer eigenwilligen Einzelperson und dem kollektiven „Wir“ der streikenden Schüler/innen.

In analoger Weise ist im *europapolitischen Diskurs* die maßgebliche Bedeutung des handelnden „Ichs“ als Teil einer großen, Einfluss nehmenden Kraft hervorgehoben worden, und zwar hauptsächlich in der Rolle des aufgeklärten Wahlbürgers.⁷¹ Auf zahlreichen Veranstaltungen wurde immer wieder für eine größtmögliche Wahlbeteiligung geworben, um das weitere Vordringen rückwärtsgewandter Kräfte zu verhindern. Einen Höhepunkt bildeten hierbei die am 19.5.2019 in mehr als 50 europäischen Großstädten durchgeführten Demonstrationen unter dem Motto „*Ein Europa für Alle. Deine Stimme gegen Nationalismus*“.

Darüber hinaus wurde im September des vergangenen Jahres in einem *französisch-deutschen Manifest* von einer Expertengruppe aus sechs EU-Mitgliedsstaaten die Option nahe gelegt, dass europäisch gesinnte Bürger ihre Stimme erheben und sich der „binären Logik“ zwischen „totaler Zurückweisung“ und „blinder Unterstützung der europäischen Institutionen“, zwischen „Euro-Nihilismus“ und „Euro-Gläubigkeit“ widersetzen sollten.⁷²

⁷⁰ Vgl. Stefan Reinecke, *Die kommenden Aufstände. Die Revolten der Zukunft werden spontan, faszinierend und flüchtig sein – wie Feuerwerke*, TAZ 29./30.12.2018

⁷¹ Genau darauf spielte auch die von WeMove.EU am 24.4.2019 verbreitete Selbstverpflichtung *Ich verspreche, wählen zu gehen* an.

⁷² Vgl. französisch-deutsches Manifest *Die EU muss neu gegründet werden* von 17 Wissenschaftlern u.a. aus Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 23.9.2018

Wenn in solchen Kontexten von *handelnden Subjekten* die Rede ist, dann in der Regel eher im *unverbindlichen Plural* und zwangsläufig nicht mit einer persönlichen Anrede, wie sie bei der Kampagnen-Praxis üblich ist. So plädiert etwa *Ulrike Guérot* für „eine Lernerfahrung, in der europäische Bürger sich als gemeinsamen politischen Körper verstehen lernen“ und bringt diese Empfehlung auf die Kurzformel: „Wir schaffen kein demokratisches Europa, ohne zu üben.“⁷³ Warum Guérot hierbei die Kampagnen-Praxis nicht als ein *sehr nahe liegendes Übungsfeld* erwähnt hat, darüber lässt sich spekulieren. Vielleicht mag dafür die oben beschriebene Unzulänglichkeit dieses Betätigungsfeldes, vielleicht aber auch der bisherige Mangel an dessen theoretischer Legitimation ausschlaggebend gewesen sein.

⁷³ Ulrike Guérot, *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Berlin 2017, S.79, 78.

5 Ausblicke auf die künftige Positionierung von Einflussnahmen

Aus den geschilderten Defiziten und Entwicklungschancen des Kampagnen-Aktivismus wird ersichtlich, dass diesem noch eine klarere öffentliche *Profilierung* durch geeignete organisatorische, kommunikative und publizistische Maßnahmen fehlt, die dessen Breitenwirkung erhöhen könnten. Über diese partielle Steigerung der „Selbstwirksamkeit“ hinaus sind jedoch die Tragweite und Dringlichkeit zivilgesellschaftlicher Einflussnahmen auch von übergeordneten Handlungsperspektiven abhängig wie nicht zuletzt von der neuen Kräftekonstellation im EU-Parlament nach den Europawahlen. Dessen bisherige Rolle, als Korrektiv gegenüber neoliberal wie nationalstaatlich orientierten Mehrheiten zeitweise wirksam zu sein, wurde durch die Wahlergebnisse nicht außer Kraft gesetzt. Vielmehr lassen sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch im neuen Parlament in den kommenden fünf Jahren progressive Politikansätze weiterverfolgen und dafür Mehrheiten gewinnen.⁷⁴

Vor diesem Hintergrund soll nunmehr die bisherige Kampagnen-Praxis zunächst politisch-programmatisch genauer verortet werden, um daran anschließend Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen ihr und den Handlungsfeldern anderer Akteure genauer aufzeigen zu können.

5.1 Plädoyers für einen grundlegenden sozialökonomischen Strukturwandel

Bei der Frage nach einer künftigen Positionierung ist also zunächst zu klären, zu welchen *Schlüsselproblemen* der EU der Kampagnen-Aktivismus bereits Stellung bezogen hat. Diese reichen von der gemeinsamen Bewältigung der Klima- und Flüchtlingskrise über die Weiterentwicklung des Währungsraums und Durchsetzung einer gemeinsamen Steuerpolitik bis hin zur demokratischen Neubegründung und Entwicklung einer konsistenten Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik in einer multipolar sich verändernden Welt. Während zur Notwendigkeit eines ökologisch-sozialen Strukturwandels, einer solidarischen Flüchtlings-, Steuer-, Handels- und Agrarpolitik sowie inzwischen auch zur Sicherheits- und Friedenspolitik der EU unter verschiedenen Vorzeichen bereits relativ deutlich Stellung genommen wurde (vgl. Anhang S.67ff.), hat es bislang noch keine *gezielten* und breit angelegten Kampagnen zu folgenden Themen gegeben: *Korruptionsanfälligkeit und Vetternwirtschaft*⁷⁵ sowie *ein gemeinsames Programm für die Armutsbekämpfung in den EU-Staaten*⁷⁶, Durchsetzung einer nachhaltigen und global verträglichen *Rohstoffstrategie* (siehe auch: *Konfliktmineralien*)⁷⁷, Wegmarken für eine konsistente *Entspannungspolitik* gegenüber Russland, vollständige legislative Befugnisse des Europäischen Parlaments und Beschneidung der Machtfülle des *Europäischen Rats*, Überführung der *Euro-Gruppe* und des *Europäischen Stabilitätsmechanismus* (ESM) in de-

⁷⁴ Vgl. Ingo Arzt, *Von der Straße ins Parlament*, TAZ 28.5.2019 und: Joachim Bischoff, Klaus Busch, Hinrich Kuhls, Björn Radtke, *Die Wahlen zum Europäischen Parlament und in Bremen*, Sozialismus.de aktuell, 28.5.2018

⁷⁵ Gegen diesen Missstand versucht immerhin bereits eine EBI – die Initiative *Stop Fraud – Stop Corruption with EU Funds* anzugehen. Zu den Ausmaßen dieser Problematik vgl. Martin Zülch, *Investitionen ohne wirksame öffentliche Kontrollen. Ein offener Brief zur Wachstumsstrategie von restart Europe now!* 30.4.2018

⁷⁶ Vgl. Martin Höpner, *Eine Strategie für das „soziale Europa“*, Makroskop, 29.4.2019

⁷⁷ Vgl. hierzu bspw. die Forderungen des WWF vom 27.5.2019 unter: *Was die EU bei den mineralischen Rohstoffen tun muss*

mokratisch kontrollierte Institutionen⁷⁸, Verbreitung verlässlicher Tarifbindungen und existenzsichernder Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedsstaaten, einer europäischen Arbeitslosenversicherung und gezielten Einkommensgarantie zur Überbrückung von Arbeitsplatzverlusten bei industrie- und umweltpolitisch dringend erforderlichen Umstrukturierungen.⁷⁹

Wie man sieht, diese Liste ist lang und könnte um weitere Beispiele ergänzt werden.

Ausgehend von einer insofern durchaus *lückenhaften* Praxis soll hier zunächst der Frage nachgegangen werden, inwieweit der Kampagnen-Aktivismus bereits auf das *zentrale Schlüsselproblem* einer Neugestaltung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion reagiert hat.⁸⁰

Dazu hob *Jürgen Habermas* im Dezember 2018 beziehend auf das „politische Versprechen einer Angleichung der Lebensverhältnisse“, die mit der Einführung des Euro erreicht werden sollte, hervor, dass sich die politischen Geister im proeuropäischen Spektrum nicht etwa an der generellen Frage nach „einer europäischen Einigung überhaupt“ scheiden, sondern an der besonders brisanten nach der künftigen Neugestaltung des Währungsraums:

„Unter dem Label (...) eines Für und Wider bleibt innerhalb des Lagers der angeblichen Europa-Freunde eine differenziertere Frage unausgesprochen: nämlich die Frage, ob denn die unter suboptimalen Bedingungen operierende Währungsgemeinschaft auf längere Sicht bloß gegen die Gefahr von weiteren Spekulationen ‚wetterfest‘ gemacht werden soll oder ob wir an dem gebrochenen Versprechen der gemeinsamen Währung auf eine konvergente wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum festhalten und die Währungsgemeinschaft zu einer handlungsfähigen politischen Euro-Union ausbauen wollen.“⁸¹

Im konservativen Parteienspektrum sowie in all jenen Expertenkreisen, die unbeirrt an einer vorwiegend an unternehmerischer Angebotsoptimierung orientierten Wirtschaftspolitik festhalten, gibt es darauf kaum andere Antworten als die Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum wiederherzustellen, an den starren Regeln der Haushaltskonsolidierung in den Eurozonenländern festzuhalten und insofern auch am Wettbewerbsföderalismus als *einzigem* Erfolgsrezept und Leitbild für die Weiterentwicklung der Eurozone.

Ganz anders sieht es beim Kampagnen-Aktivismus aus: Dessen *Anfänge* gehen maßgeblich auf Stellungnahmen zurück, in denen die monetäre Fehlkonstruktion der Währungsunion und sozialökonomischen Disparitäten in der EU offengelegt werden:

⁷⁸ Vgl. hierzu den Beitrag des investigativen Journalisten Harald Schumann 2019: *Gesetzgebung in der Blackbox. Wie demokratisch ist die EU?* Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1

⁷⁹ Eine solche strikt an das Gemeinwohl-Prinzip gebundene Garantie könnte als *Ultima-Ratio*-Maßnahme etwa den Ausstieg aus der Kohleindustrie erleichtern und die Energiewende beschleunigen. Hierbei geht es um eine *befristete* Kompensation von Arbeitsplatzverlusten, solange keine neuen Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden sind.

⁸⁰ Dass es sich hierbei um ein *zentrales* Schlüsselproblem handelt, geht u.a. aus der grundlegenden Untersuchung des österreichischen Ökonomen Stephan Schulmeister hervor, die 2018 unter dem Titel *Der Weg zur Prosperität* erschienen ist, sowie aus dem bereits 2014 veröffentlichten Band *Euro stabilisieren – EU demokratisieren* von Rudolf Hickel und Johann-Günther König.

⁸¹ Jürgen Habermas, *Wo bleibt die proeuropäische Linke?* Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2018, S.44

„Schon vor Ausbruch der Krise (gemeint ist die Finanzkrise von 2008, M.Z.) wurden die Weichen falsch gestellt: durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion. Forciert wurde die Krise durch neoliberale Deregulierungspolitik und gewissenlose Gier der Finanzeliten, die gegen Krisenländer spekulieren und eine finanzmarktkonforme Politik erzwingen wollen. Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei.“

Mit dieser kritischen Diagnose beginnt der 2012 von den Gewerkschaftern *Annelie Buntенbach* (DGB), *Frank Bsirske* (Ver.di) und *Hans-Jürgen Urban* (IG Metall) sowie von dem Ökonomen *Rudolf Hickel* und Sozialwissenschaftler *Steffen Lehn-dorff* veröffentlichte Aufruf **Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!**⁸² Daran anknüpfend werden folgende wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Lösung der Krise im europäischen Währungsraum vorgeschlagen:

„Finanztransaktionen müssen drastisch besteuert werden. Die Finanzmarktakteure müssen als Krisenverursacher zur Finanzierung der Krisenlösung wirksam herangezogen, die Finanzmärkte reguliert sowie der Bankensektor neu geordnet werden.

Für Staatsanleihen muss die Eurozone gemeinsam bürgen und die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden.

Die europäische Geldpolitik ist neben dem Ziel der Geldwertstabilität auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele zu verpflichten (...)

Um eine Kooperation unterschiedlich produktiver Wirtschaften unter dem gemeinsamen Euro-Dach zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass sich die EU zu einer Transferunion weiterentwickelt. Ausgleichszahlungen helfen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums abzubauen. Dabei müssen Pflichten und Rechte von Geber- und Nehmerstaaten gemeinsam vereinbart werden. Den Staaten mit hohen Schulden müssen durch Hilfen neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden.“

Diese programmatischen Aussagen sind bislang nur partiell in wirksamere Petitionen umgesetzt worden.⁸³ Zugleich aber ließen sich einige von ihnen etwa im Hinblick auf den Aspekt „wachstums- und beschäftigungspolitischer Ziele“ inhaltlich präzisieren.

So wurden in dem vor zwei Jahren an die Staats- und Regierungschefs der EU gerichteten WeMoveEU-Appell **Für einen fairen und demokratischen Euro!** Forderungen nach Einrichtung „eines ambitionierten Haushalts für die Eurozone“ und nach staatlichen Investitionen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und Bekämpfung der Klimakrise erhoben. Diese finden

⁸² Dieser Aufruf bildet den Auftakt und Ausgangspunkt des Portals *Europa neu begründen*, der von Steffen Lehn-dorff und Hans-Jürgen Urban seit 2012 ins Netz gestellt wird und auf dem u.a. profilierte europapolitische Aufrufe und Diskussionsbeiträge dokumentiert sind.

⁸³ Konkretisiert wurden diese nach 2012 vor allem in Vorschlägen zur Lösung der Griechenlandkrise – vgl. u.a. den 2015 auf dem Webblog *Europa neu begründen* veröffentlichten Aufruf *Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa* und die 2017 von WeMove.EU verbreitete Kampagne *Solidarität in der Krise, Gerechtigkeit für Griechenland*.

sich auch in dem Anfang Mai 2017 verbreiteten Aufruf *Frankreich und Deutschland: Europa gemeinsam voranbringen!* wieder, hier Bezug nehmend auf die Reformideen von *Emmanuel Macron*. Daran anschließend werden dort Vorschläge zum Umbau des ESM in einen demokratisch kontrollierten Währungsfonds, zur Einführung eines europäischen Mindestsatzes bei der Körperschaftssteuer und zu gemeinsamen Mindeststandards bei der sozialen Absicherung präsentiert.

In diesem Aufruf ist außerdem von einer „Allianz der Parlamente zur Demokratisierung der Eurozone“ die Rede – eine Idee, die inzwischen in dem Anfang Dezember 2018 erschienenen *Manifest für die Demokratisierung Europas* weitergeführt wird. Diese Deklaration, die unter der Federführung des renommierten Ökonomen und Kapitalismuskritikers *Thomas Piketty* entstanden ist, sieht eine europäische Versammlung vor, in der sich mehrheitlich Abgeordnete nationaler Parlamente aus den Euroländern und zu einem geringeren Anteil Abgeordnete aus dem EU-Parlament zusammenschließen. Die Versammlung soll bevollmächtigt werden, für die in ihr vertretenen Mitgliedsländer Steuern und einen eigenen Haushalt zu beschließen. Für dieses Procedere werden in dem Manifest „ein Projekt für einen Demokratisierungsvertrag und ein Projekt für einen europäischen Haushalt“ vorgeschlagen, „die von Ländern, die dies wünschen, ohne Änderungen angenommen und angewendet werden können, ohne dass die Länder, die in dieser Weise vorangehen möchten, von einzelnen Mitgliedsstaaten daran gehindert werden können.“

Das eigene Budget soll aus "vier großen europäischen Steuerquellen" finanziert werden: Abgaben, die auf die Gewinne großer Unternehmen, die höchsten Privateinkommen und -vermögen sowie auf Kohlendioxidemissionen erhoben werden. Der so entstandene zusätzliche Haushalt soll nun vorerst nicht der Schaffung einer Transferunion zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Ländern dienen, wie anfangs noch im Aufruf „*Europa neu begründen ...*“ gefordert, und auch keiner Wiederbelebung des Wettbewerbsföderalismus, sondern einer "Verringerung der Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder" sowie „*Investitionen in die Zukunft aller Europäerinnen und Europäer*“ vorbehalten sein.⁸⁴

Nach einer inoffiziellen Verbreitung durch WeMove.EU Mitte Dezember des vergangenen Jahres hat die Kampagnenplattform das Manifest inzwischen auch seinen eigenen Zielgruppen zugeleitet und mit folgendem Kommentar versehen:

„Es soll endlich fairer zugehen. Zu Zehntausenden gehen Menschen seit Wochen in gelben Schutzwesten mit genau dieser Forderung auf die Straße. Während Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen einen immer größeren Teil der Steuerlast tragen müssen, kommen Konzerne viel zu billig davon (...) Es (das Manifest, M.Z.) formuliert konkrete und wirksame Vorschläge, wie die reichsten Konzerne und Personen besteuert werden sollten, damit es in Europa gerecht zugeht. Die Idee dabei: Wenn nur zwei europäische Regierungen das Manifest unterstützen, würde es einen radikalen Wandel zu mehr Steuergerechtigkeit in Gang bringen. Das Manifest erregt überall in Europa Aufsehen (...) Durch die Gelbwesten-Proteste ist die Forderung nach fairer Besteuerung auf der Tagesordnung oben.“⁸⁵

⁸⁴ Am 10.12.2018 erschien der Text in der Zeitung DIE WELT. Vgl. auch www.tdem.eu und <http://tdem.eu/de/221-2>

⁸⁵ Jörg Rohwedder in einer E-Mail vom 8.1.2018 Vgl. auch Dieter Rucht, *Die Gelbwestenbewegung. Stand und Perspektiven*. ipb-Working Paper 1/2019

Vorerst scheint diese Initiative den Höhepunkt von Beiträgen zu bilden, die ein Umdenken in Richtung eines europäischen *Kooperationsföderalismus*, einer *konvergenten* Entwicklung im Euroraum und Durchsetzung *sozialer Mindeststandards* bei der Lohnentwicklung und Sicherung der Lebensunterhalte in der EU in Gang zu setzen versuchen.

Allerdings kommt der im Manifest vorgeschlagene Demokratisierungsvertrag manchen Beobachtern unrealistisch vor, obwohl dieser längst überfällig wäre.⁸⁶ So scheint das Konzept bei Parlamentariern unterschiedlicher Couleur auf wenig Gegenliebe zu stoßen – ausgerechnet bei jenen Akteuren, die für dessen Umsetzung zuständig wären. Ein Indiz dafür ist, dass unter den Erstunterzeichner/innen kaum Abgeordnete aus dem EU-Parlament und den nationalen Vertretungen vorzufinden sind, sondern vorwiegend Wissenschaftler/innen und Intellektuelle aus dem französisch-deutschsprachigen Raum. Ferner stellt sich bei der juristischen Konstruktion einer zu selbstständigen Entscheidungen bevollmächtigten Institution die Frage, ob sie einer genaueren Prüfung standhält. Darüber hinaus wird bezweifelt, dass eine zusätzliche Versammlung, quasi wie von selbst, fortschrittliche Mehrheiten generieren könne.⁸⁷

Bei all diesen Einwänden sollte jedoch nicht der *neuartige* Ansatz übersehen werden, der in dem Manifest angelegt ist: Erstmals werden hier *realpolitisch handelnde* Einflusssträger direkt in die Pflicht genommen, ausgehend von einer *Minderheitenposition* um neue politische Mehrheiten zu ringen. Insofern könnte der Piketty-Vorstoß auch den Horizont für die künftige Kampagnen-Praxis erweitern. Denn wenn sich gleich oder ähnlich gesinnte Parlamentarier/innen in Eigenregie dazu durchringen würden, in *regelmäßigen Zeitabständen* und *deutlich vernehmbarer Form* ihre Forderungen zur Reform der Eurozone u.a.m. in die europäische Öffentlichkeit zu tragen, dann wäre damit zugleich ein Anreiz gegeben, dass sich auch andere Akteursgruppen in ähnlicher Weise engagieren könnten.

Wie es sich mit solch möglichen Synergiebildungen zwischen öffentlich wirkenden Akteuren in Verbindung mit der Kampagnen-Praxis verhält, dieser Frage soll nun abschließend nachgegangen werden.

5.2 Gewerkschaften und andere Akteure als potenzielle Bündnispartner

Neben den politischen Parteien könnten *Gewerkschaften*, *Kirchen*⁸⁸, *Kultureinrichtungen*, *Sozial-, Wohlfahrts- und Sportverbände* nicht nur für sich genommen ihre Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in der EU wahrnehmen, sondern darüber hinaus auch *Aktionsbündnisse* gegen alle weiteren rückwärtsgewandten Tendenzen in Europa bilden. Dazu aber müssten sich manche der angesprochenen Organisationen ein eigenes „Mandat“ zulegen und ggf. auch zu einer kollektiven Gegenwehr zusammen mit anderen Verbänden entschließen. Auch wenn die Europawahlen glimpflich ausgegangen sind und zu keiner rechtpo-

⁸⁶ Vgl. Thomas Sauer, *Demokratisierung der Eurozone: T-dem – eine parlamentarische Versammlung eröffnet neue Horizonte*. 2018.

⁸⁷ Diesen Einwand äußerte z.B. der EU-Parlamentarier *Joachim Schuster* (SPD) in einer an den Autor gerichteten E-Mail vom 18.12.2018. Schuster engagiert sich für eine solidarische Europapolitik und gehört zu den wenigen Abgeordneten, die im EU-Parlament gegen die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Japan (JEFTA) gestimmt haben. Aus den Europawahlen ist er als einziger Bremer EU-Abgeordneter hervorgegangen.

⁸⁸ Zu einem wirksameren Engagement der EKD vgl. die von Sven Giegold u.a. ergriffene Initiative *Schicken wir ein Schiff!* auf S.17.

pulistischen Blockade der Handlungsmöglichkeiten geführt hat, dürfte eine solche „Selbstermächtigung zur Mitverantwortung“ angesichts der bevorstehenden Herausforderungen (vgl. S.6) dringend erforderlich sein.

Dieser Notwendigkeit könnten sich insbesondere die *Führungskräfte in den deutschen Gewerkschaften* stellen. Schließlich verfügen diese bereits über einen breiten Fundus an Vorschlägen und Einflussmöglichkeiten zur Europapolitik:

- Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) äußert sich regelmäßig mit eigenen Expertisen und kritischen Stellungnahmen zur Deregulierung europäischer Arbeitsmärkte, zu sozio-ökonomischen Fehlentwicklungen in der EU u.a.m. In diesen lehnt der DGB die Fortsetzung einer sozial schädlichen *Austeritätspolitik* ab, spricht sich für eine europäische Steuerpolitik aus, mit der die *Steuerflucht und -vermeidung* international agierender Konzerne unterbunden wird, und plädiert für durchgreifende Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte wie etwa für die Einführung einer europaweiten *Finanztransaktionssteuer* auf sämtliche Arten von Finanzmarktgeschäften.⁸⁹
- Zudem hat der DGB bereits vor sieben Jahren einen *Marshallplan für Europa* vorgelegt: ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm, das auf zehn Jahre ausgerichtet ist und Investitionen in den ökologischen Umbau (Energiewende), in Breitband- und Bahnnetze sowie in soziale Dienstleistungen, Bildung und Ausbildung vorsieht.
- Außerdem wären die Gewerkschaften mit ihren zahlreichen Untergliederungen und internationalen Kontakten ein idealer Einfluss nehmender Akteur: In diesem Sinne könnten sie über ihre betrieblichen Kontakte, Fortbildungen und Publikationsorgane noch stärker als bisher darauf hinwirken, dass ihre Mitglieder europapolitisch fortschrittliche Ideen in der Bevölkerung verbreiten. Anlässlich der Europawahlen bildeten hierzu der DGB-Aufruf zum 1.Mai 2019 sowie die damit einhergehenden Kundgebungen und die Plakataktion *Europa. Jetzt aber richtig!* einen wirkungsvollen Auftakt.
- Letztlich verfügt der DGB mit seinen *Mai-Kundgebungen* bereits über ein bewährtes Veranstaltungskonzept, das sich für künftige europapolitische Einflussnahmen besonders eignet und noch ausbauen lässt: in Form von *Massenkundgebungen* in verschiedenen Städten und Gemeinden, die *gleichzeitig* oder *reihum* in einem bestimmten Turnus stattfinden und dabei die Möglichkeit zur *publikumswirksamen Verabschiedung von Resolutionen, Petitionen* und *offenen Briefen* eröffnen, in denen die Umsetzung aktueller europapolitischer Forderungen angemahnt wird.

Weiterführend ist hier auch die Empfehlung aus einer vergleichenden Studie zu den gewerkschaftlichen Handlungsspielräumen in den EU-Mitgliedsstaaten zu beachten, derzufolge sich die europäischen Gewerkschaften zu „autonomen Akteuren“ weiterentwickeln und sowohl im nationalen wie auch europaweiten Kontext eine stärkere Verknüpfung zwischen ihren Mitgliederinteressen und den gesellschaftlichen Allgemeinwohlinteressen anstreben sollten.⁹⁰

⁸⁹ Vgl. z.B. die DGB Stellungnahmen zur *Reform der Währungsunion: Mehr Marktdisziplin wird Euro schwächen!* sowie *20 Jahre Euro: Es bleiben viele Baustellen!* DGB klartexte Nr. 44/2018 und Nr.1/2019.

⁹⁰ Steffen Lehdorff, Heiner Dribbusch, Thorsten Schulten: *In schwerer See. Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten*, IAQ-Forschung 5/2018, Duisburg / Essen 2018, S.47 ff. und S.54.

Mögliche Bündnispartner/innen zur Stärkung der Kampagnenpraxis finden sich auch in jenen *Parteien*, die zusammen genommen *eine „linke Mitte“* bilden: der SPD sowie den Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Denn allen dreien gehören europapolitisch versierte Expert/inn/en an, die in den vergangenen Jahren *über Parteigrenzen hinweg* nicht nur weitreichende Vorschläge zur Umgestaltung und Neugründung der EU erarbeitet, sondern sich auch an Kampagnen wie etwa zur Durchsetzung einer humanitären Flüchtlingspolitik beteiligt haben.⁹¹

Aus den vorherigen Überlegungen lässt sich schlussfolgern, dass die künftige Tragfähigkeit der Kampagnen-Praxis vom Verhalten anderer einflussreicher Akteure abhängig ist. Deren Reichweite korreliert mit der jeweiligen Bereitschaft, unter *strategisch-pragmatischen Vorzeichen* europapolitisch Verantwortung zu übernehmen. Im Umkehrschluss könnte dies bedeuten, dass sich die Aktivistenszene künftig auch an die o.g. Akteursgruppen wendet und diese als zusätzliche Multiplikatoren in ihre weiteren Projekte einzubinden oder zur Durchführung eigener Kampagnen anzuregen versucht.

5.3 Proeuropäische „Agenten des Wandels“ als mögliche Verbündete

Dies gilt ebenso für Personenkreise aus jener „Gegenbewegung“, die sich nach den Beobachtungen von *Claus Leggewie* „an der europäischen Basis“ herangebildet hat und die der Politologe mit dem verheißungsvollen Titel „Agenten des Wandels“ versieht: „ein gutes Dutzend exemplarischer Praxis-Initiativen, die überwiegend national oder regional ausgelegt sind, sich aber zu einem Netzwerk (...) zusammenfügen können, womit Einzelanstößen erst die nötige Wucht verliehen wird.“⁹²

Zur Frage, ob auch bei diesen Akteursgruppen potenzielle Bündnispartner vorzufinden sind, die der Kampagnen-Praxis mehr Rückhalt verleihen könnten, liegen keine empirischen Befunde vor. Deshalb kann sich die Antwort nur auf einzelne Anhaltspunkte beziehen wie etwa auf das politische Selbstverständnis proeuropäischer Initiativen und deren mögliche Fähigkeit, gemeinsam mit anderen politischen Kräften eine Bewegung zu bilden. Exemplarisch sei hier auf das Konzept der Initiative *Pulse of Europe* (PoE) eingegangen, die im Vergleich zu anderen europapolitischen Verbänden viel von sich reden gemacht hat und sich medienwirksam in Szene zu setzen vermochte.

Ausgerechnet einem „politisch weitgehend unerfahrenen Personal“⁹³ ist im Zeitraum vom November 2016 bis Februar 2018 eine Massenmobilisierung gelungen, die ihresgleichen sucht:

⁹¹ Hervorzuheben sind hier vor allem die 2016 erschienene *Streitschrift „Europa geht auch solidarisch!“*, der im gleichen Jahr veröffentlichte Aufruf *Das Flüchtlingsdrama: Ein Appell zum Umsteuern. In Europa und Deutschland* sowie die 2017 veröffentlichte *Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa*. der Initiative *restart Europe now!*

⁹² Vgl. Claus Leggewie, *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*, Berlin 2017, vgl. Klappentext und S.197ff. Dort werden neben der Union Europäischer Föderalisten, Europa-Union Deutschland, Pulse of Europe, We Move.EU, campact! und DiEM 25 auch weniger allgemein bekannte Initiativen vorgestellt: European Youth Convention, Eyes on Europe, Momentum, Spinelli Group, Stand up for Europe, My Country? Europe, Young Initiative Association, Ukraine Stop Fake.org, Making Europe Again, European Liberal Youth sowie Restart Europe Now!

⁹³ Dieter Rucht, *Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Sammlungsbewegung*, Institut für Protest und Bewegungsforschung, working paper 2/2018, S.11

Tausende von scheinbar unpolitischen Menschen haben sich auf öffentlichen Plätzen versammelt und anfangs sogar jeden Sonntag für das „Unthema Europa“ demonstriert. Dabei sei, wie Leggewie anmerkt, eine politisch „leere“ Mitte entstanden, „in der sich Europafreunde aus allen Lagern treffen und ausdrücken“ konnten, und ein Anfang gesetzt, aus dem „etwas Größeres“ erwachsen könne.⁹⁴

Diese durch PoE erzeugte „leere“ Mitte geriet jedoch bald zum Stein des Anstoßes. Der Initiative wurde in erster Linie vorgehalten, keine eigene Reformagenda entwickelt zu haben und sich stattdessen mit zehn Leitsätzen u.a. zu den Themen Frieden, Grundrechte, wirtschaftliche Freiheit, Vielfalt, europäische Identität zu begnügen, die kaum über einen Minimumkonsens über die Vorzüge und den Erhalt der EU hinausreichen.⁹⁵ Außerdem inszenierte sich PoE mit einer Vielzahl an proeuropäischen Bekenntnissen und Zeremonien als „Dafür-Bewegung“. Angetrieben wurde PoE zu diesem *think positiv!* von einem tiefen Unbehagen gegenüber allen nationalstaatlichen und rückwärtsgewandten Fliehkräften in der EU. Infolgedessen entstand häufiger der Eindruck, dass eine allzu tiefgreifende Kritik an den Systemmängeln der EU auf den Kundgebungen unerwünscht war.

Trotz dieser Bedenken wuchs mit den Mobilisierungserfolgen von PoE die Erwartung, dass die Initiative imstande sei, eine breitere „Bürgerbewegung“ ins Leben rufen. Vor zwei Jahren noch vertrat die Politologin Ulrike Guérot die These, PoE sei „der sichtbare Ausdruck einer bürgerliche Sammlungsbewegung“.⁹⁶ Nachdem jedoch im vergangenen Jahr die „europäischen Sonntagsdemonstrationen“ weitgehend ausgeblieben und durch die Einberufung so genannter *Hausparlamente* ersetzt worden sind, scheinen sich die von Guérot geäußerten Hoffnungen nicht mehr zu erfüllen. Die PoE-Initiativen mobilisierten zwar vor den Europawahlen wieder an vier Sonntagen ihre Anhängerschaft – ähnlich wie dies anfangs bei ihren Auftritten der Fall war und mehrfach anlässlich der Parlamentswahlen in verschiedenen Mitgliedsstaaten geschah. Sie konnten sich aber aufgrund des vorläufigen Ausbleibens solcher Anlässe aus der Öffentlichkeit zurückziehen und fortan damit begnügen, mit dem derzeit bevorzugten Modell der Hausparlamente eine Fortsetzung ihrer Bestrebungen zu ermöglichen.

Bei diesen Zusammenkünften von bis zu sieben Personen wurden bislang alternative Lösungsvorschläge zur künftigen Weiterentwicklung der EU debattiert und darüber Abstimmungen durchgeführt, deren Ergebnisse ausgewählten Einflussträgern zugeleitet wurden, um mit diesen über die Beschlüsse ins Gespräch zu kommen. In einer ersten Runde (Juli/August 2018), an der rund 200 Hausparlamente bzw. 1.000 Personen beteiligt waren, geschah dies bereits zu einigen Grundsatzfragen zur künftigen EU-Außenpolitik. Die Ergebnisse wurden am 31.10.2018 mit Michael Roth, dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, diskutiert.⁹⁷

⁹⁴ Claus Leggewie, a.a.o. S.20

⁹⁵ Vgl. Patricia Hecht, „Was machen wir jetzt damit?“ Interview mit der Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung Ulrike Guérot. TAZ 10.4.17

⁹⁶ Vgl. Ulrike Guérot, a.a.o. S.71

⁹⁷ Auswärtiges Amt, 31.10.2018 „Europa darf sich nicht spalten lassen“. Staatsminister Michael Roth diskutiert mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern zur Außenpolitik der EU. Lernende Demokratie, *Ergebnisvorstellung 1.Runde*, 30.10.2018, Berlin

In einer zweiten Runde, die vom 1. März bis zum 14. April andauerte, diskutierten 1.500 Bürger/innen bundesweit in 260 Hausparlamenten aktuelle Themen zum Stichwort „Ein Europa, das schützt“. Dabei sprach sich eine große Mehrheit für die Einführung eines Arbeitslosen-Fonds und einer CO2-Steuer in der EU aus. In dem **Ergebnisbericht von PoE** heißt es dazu u.a.: „Mit 68% bzw. 79% machten die Parlamentarier damit sehr deutlich, dass sie sich eine engere Union bei diesen Themen wünschen. Mehr als der Hälfte der Teilnehmer ging der Vorschlag einer CO2-Steuer dabei sogar noch nicht weit genug. Deutlich kontroverser gestaltete sich die Debatte um eine Stärkung der Grenzschutzagentur FRONTEX. Mit 131 zustimmenden Voten stimmte eine denkbar knappe Mehrheit der 260 HausParlamente für den Vorschlag.“

Wie aus diesem Beteiligungsformat jedoch in absehbarer Zeit eine breitere „Bewegung“ erwachsen soll, dafür gibt es bislang keine Anhaltspunkte. Insofern fehlt Deutungen, die PoE vorschnell als „Antipoden von Pegida“ oder gar „Nukleus eines europäischen Vormärz“ (Guérot) exponierten, bislang jegliche valide Grundlage.⁹⁸ Realistischer scheint die Einschätzung des Bewegungsforschers *Dieter Rucht* zu sein, dass PoE inzwischen, wie andere Initiativen auch, nach einer „Phase der Euphorie“ bei den „Mühen der Ebenen“ angelangt sei.⁹⁹

Aus alledem lässt sich immerhin schließen, dass insbesondere das publikumswirksam gestaltete Kundgebungskonzept von PoE Anregungen für künftige Mobilisierungen und damit auch für die Weiterentwicklung der Kampagnen-Praxis enthält. Zugleich ließ der *überparteiliche* Anspruch, mit dem PoE an die Öffentlichkeit trat, auf den Kundgebungen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – unzensierte Redebeiträge und Meinungsäußerungen aus verschiedenen politischen Lagern zu. Dieses Selbstverständnis hat jedoch eine auffällige Kehrseite: Denn strikte Überparteilichkeit bedeutet zwangsläufig, die pragmatische Maxime zu missachten, wonach „niemand in einer Demokratie über den Parteien stehen“ könne.¹⁰⁰ Wie helllichtig dieses Statement von *Jürgen Habermas* war, stellte sich spätestens im November 2017 heraus, als das Frankfurter Leitungsteam in einer Presseerklärung mit „Entsetzen“ auf den Abbruch der Sondierungsgespräche zur Bildung einer Jamaika-Koalition reagierte, während es später das Zustandekommen der Großen Koalition unkommentiert ließ.¹⁰¹

Darüber hinaus weicht der affirmative Habitus von PoE von der ursprünglichen Definition von **Bürgerinitiativen** ab, wonach deren Angehörige sich *persönlich* dafür einsetzen, dass bestimmte Missstände angeprangert und bekämpft werden. PoE hingegen hat sich bislang solch *unliebsamer* Kritik weitgehend enthalten und diese mehreren seiner Gastredner/innen überlassen. Insoweit ist zu vermuten, dass sich die Initiative auch künftig nicht mit hartnäckigen Verfechtern des Status quo in der EU anlegen und wegschauen wird, wenn es bspw. erneut zu einer Fortsetzung der schädlichen Austeritätspolitik in der EU kommen sollte.

Vergleicht man diesen „Schwebezustand von PoE über der Parteipolitik“ mit dem Vorgehen des Kampagnen-Aktivismus, so zeigt sich, dass dieser wesentlich „handfester“ agiert: Bei

⁹⁸ Vgl. Ulrike Guérot, a.a.o., S.71

⁹⁹ Dieter Rucht, a.a.o., S.17

¹⁰⁰ *Europa neu denken. Eine Diskussion zwischen Jürgen Habermas, Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron*, Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017, S.41

¹⁰¹ **PoE, Gescheiterte Sondierungsgespräche. 20.11.2017**

bestimmten Forderungen muss er sich zwangsläufig mit konträren Auffassungen in den Parteien anlegen oder ggf. *zwischen* diesen positionieren. Und in machen Fällen überlässt er die „Feldzüge“ sogar einzelnen europapolitisch besonders exponierten Persönlichkeiten. –

Was die Frage nach „etwas Größerem“ betrifft – einem höheren „Organisationsgrad von Akteuren (...), die zunächst ressourcenschwach“ sind, „sich aber *vereint* einer bestehenden Machtkonzentration entgegensetzen“ können¹⁰² –, so gibt es darauf bisher keine vorwärts weisenden Antworten. Zwar sind einige maßgebliche Aktionsformen und Werkzeuge für die Entwicklung einer *kritisch-konstruktiven* Sammlungsbewegung bereits vorhanden: mehrere programmatische Aufrufe und wegweisende Kampagnen als inhaltliche Anknüpfungspunkte, ein relativ breites Angebot an europapolitischen Foren und Informationsveranstaltungen sowie nicht zuletzt das von PoE entwickelte Kundgebungskonzept. Doch scheint bislang kein einflussreicher Akteur in Sicht zu sein, der dieses „Instrumentarium“ mit Verantwortungs- und Fingerspitzengefühl anwenden und weiterentwickeln könnte. Stattdessen sprechen einige Anzeichen dafür, dass sich das proeuropäische Kräftespektrum immer noch in einem Zustand der *Zersplitterung* befindet – eine Situation, die deutlicher zutage tritt, sobald diesem auch Gruppierungen hinzugerechnet werden, die sich im Umfeld der Initiativen *Europa neu begründen*, *Restart europe now!*, *Institut Solidarische Moderne*, *Attac* oder *Democracy in Europe Movement* (DiEM25)¹⁰³ gebildet haben.

Vor diesem Hintergrund kann auf die Frage, ob sich für den Kampagnen-Aktivismus bei den zahlreichen proeuropäischen Verbänden und „Graswurzelinitiativen“ *neue* Bündnispartner erschließen lassen, vorerst keine zufriedenstellende Antwort gegeben werden. Sie würde gewiss eindeutiger ausfallen, wenn eine progressive *transnationale* Bewegung in Sichtweite wäre, die aus einem breiten Aktionsbündnis zwischen linken, linksliberal und sozial-ökologisch orientierten Kräften erwächst, bis weit in die „bürgerliche Mitte“ hineinreicht und über eine eigene Expertise bzw. breit gefächerte Programmatik zur Neugestaltung der EU verfügt. Bislang handelt es sich dabei jedoch nur um ein *Idealbild*: dass sich zunehmend mehr Menschen, zunächst vorrangig in den reichen EU-Kernstaaten, an *kontinuierlichen* Willensbildungsprozessen zu einem solidarischen Kurswechsel in Europa beteiligen und hierbei die Fähigkeit ausbilden, mit Interventionsmedien öffentlichen Einfluss auszuüben.

Um einer Umsetzung solcher Wunschvorstellungen näher zu kommen, mag es angeraten sein, viel stärker als bisher „über den eigenen Tellerrand zu schauen“ und sich auf jene „Suchbewegungen“ nach stärkerer demokratischer Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit einzulassen, die vor kurzem noch als „tastend, irrend, mal hässlich“, aber „immer fragil“ gekennzeichnet wurden.¹⁰⁴ Hierzu gehört zurzeit vor allem die Klimaprotestbewegung *Fridays for Future*, die unlängst aufgrund ihrer breiten öffentlichen Resonanz sogar mit der 68er Bewegung und früheren APO verglichen wurde. Auch wenn es sich dabei

¹⁰² Claus Leggewie, *Europa zuerst!* S.196 f.

¹⁰³ Vgl. zu den Kampagnen, die DiEM25 durchgeführt hat, die bei Change.org an den Europäischen Rat gerichtete Petition von Yanis Varoufakis *#Green New Deal für Europa: 500 Milliarden Euro für Klimaschutz!* sowie die 2016 bei WeMove.EU veröffentlichte Petition *Transparenz in Europa, jetzt!*

¹⁰⁴ Stefan Reinecke: *Protest? Protest! In Frankreich und Ungarn rebellieren Bewegungen gegen die Mixtur aus Neoliberalismus und autoritären Posen – und spiegeln die Herrschenden*. TAZ 19.12.2019

womöglich um einen vorschnellen Vergleich handelt¹⁰⁵, kommentierte z.B. Campact den Ausgang der Europawahlen mit einem ähnlich weitreichenden Hinweis auf jene Bewegungsmilieus, von denen die Klimaproteste maßgeblich ausgingen:

„Die Europawahl wird zur Klimawahl (...). Die vielfältigen Proteste am Hambacher Wald, die mutigen Streiks der Schüler*innen und zuletzt das Youtube-Video von Rezo mit seinen 12 Millionen Views haben das Thema Klimaschutz in die Mitte der Gesellschaft getragen und die Wahl entschieden.“

5.4 Rückenwind für den Kampagnen-Aktivismus durch „neue Imperative“?

Im Zusammenhang mit dieser möglichen Trendwende stellt sich die Frage, ob die schriftliche Interventionspraxis als orientierender und stabilisierender Faktor daran mitwirken könnte, die neu entstandene Aufmerksamkeit für den Klimaschutz in konkrete Willensbildungsprozesse zu überführen. Oder anders gefragt: Könnte diese durch die Klimaprotestbewegung, zu der auch das Aktionsbündnis *Ende Gelände* und die im Oktober 2018 in London gegründete Initiative *Extinction Rebellion* gehören, neuen Auftrieb erhalten?

Einen Anknüpfungspunkt für eine vorläufige Antwort bietet der anfangs vorgestellte Leitgedanke, dass das „Unionsprojekt“ gegenwärtigen sowie künftigen Generationen in Europa und anderen Teilen der Welt eine lebenswerte sowie nachhaltige Zukunft eröffnen soll.

Eine vergleichbare Leitidee von einer tragfähigen Zukunft verfolgt die von der 16-jährigen Schwedin *Greta Thunberg* gegründete Schülerbewegung *#FridaysForFuture* (FFF), die sich in erstaunlich kurzer Zeit international verbreitet hat, und mit der sich weltweit 23.000 Klimawissenschaftler/innen solidarisiert haben. Neben ihren wöchentlichen Streiks führten die Schüler/innen bereits zwei internationale Aktionen durch: Am 15.3.2019 veranstalteten sie Massendemonstrationen, an denen sich weltweit mehr als eineinhalb Millionen Menschen beteiligt haben, sowie am 24.5.2019 in 126 Ländern Massenkundgebungen, an denen in Deutschland nach Angaben der Veranstalter mehr als 300.000 Menschen teilnahmen.¹⁰⁶ Darüber hinaus versammelten sich am 25.5.2019 Schüler/innen und Student/innen von FFF anlässlich der Europawahlen vor dem Europaparlament in Brüssel, wo sie bereits im Februar eine Protestaktion mit 7.500 jungen Teilnehmer/innen durchgeführt hatten – mit direktem Bezug zu einer Veranstaltung des Wirtschafts- und Sozialausschusses, zu der Greta Thunberg eingeladen war.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Vgl. SPIEGEL-Titelthema *Revoluzzer. Die neue APO: Wie die Generation YouTube die deutsche Politik aufmischt*. DER SPIEGEL Nr.23/1.6.2019 sowie die am 19.8.2019 erschienene empirische Studie zu FFF:

Moritz Sommer / Dieter Rucht / Sebastian Haunss / Sabrina Zajak, *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*. ipb Working paper 2/2019

¹⁰⁶ Vgl. Wikipedia, *Fridays for Future* und M.Kreutzfeld / E.Peter, *Klimastreik in 126 Ländern*. TAZ 25./26.5.2019

¹⁰⁷ Der damit verbundene Personenkult um Thunberg hat sich inzwischen etwas relativiert, nachdem andere Aktivist/innen von FFF – wie z.B. die Studentinnen Luisa Neubauer und Klara Reemtsma – in mehreren Talk-Shows das Publikum auf die Zielsetzungen von FFF aufmerksam gemacht haben – ganz nach dem Motto „Medien brauchen Gesichter für einen Protest“. Vgl. Hannes Soltau, *Bei ihr sieht es anders aus*. Zeit Online, 29.3.2019

Schaut man auf die *programmatischen Inhalte* von FFF, so bestehen zwischen den *zentralen Forderungen*, umgehend das Pariser Klimaabkommen einzulösen und auf eine Erderwärmung auf 1,5 Grad hinzuwirken sowie den Klimaschutz in der EU am Ziel einer *Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2030 um mindestens 80 Prozent* zu orientieren, und der im vergangenen Jahr erhobenen *Klimaklage gegen die EU* deutliche Übereinstimmungen in der Argumentation, obgleich die zehn klagenden Familien von der EU bislang nur ein Minderungsziel um 50 bis 60 Prozent verlangen. Außerdem haben die Klimaproteste nach den Beobachtungen von *Malte Kreuzfeld*, des Parlamentskorrespondenten der TAZ, dazu geführt, dass inzwischen auf breiter Basis und sogar in der Bundesregierung über die *Einführung einer CO₂-Steuer* debattiert wird, was vor einem Jahr noch undenkbar gewesen wäre.¹⁰⁸ Gleichzeitig sind im Mai 2019 drei klimapolitisch relevante EBIs an den Start gegangen: die EBI *Klimawandel schnell, wirksam und fair stoppen*, die eine europaweite CO₂-Besteuerung fossiler Brennstoffe anstrebt, die EBI *Besteuerung von Flugbenzin* sowie die EBI *Rettet die Bienen*.

Bei alledem zeigt sich die *europapolitische* Bedeutung der Schülerstreiks. Diese könnte indes noch zunehmen, wenn sich die Organisator/inn/en, Ortsgruppen und Unterstützerkreise von FFF auf die hier dokumentierten Kampagnen verstärkt einlassen und auf europäischer Ebene den neu gegründeten EBIs zur Bekämpfung der Klimakrise anschließen würden.

Ebenso könnte dies für Kampagnen mit *internationaler Reichweite* gelten, wie etwa die von *Greenpeace* verbreitete *Petition zur Rettung des Amazonas-Regenwaldes*, in der die brasilianische Regierung zum Schutz des Waldes und seiner Ureinwohner mit folgendem Appell aufgefordert wird: „Wir müssen den Kahlschlag verhindern, sonst verlieren wir unseren wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise.“ Zu diesen gehören auch all jene Petitionen, die von der NGO *Rettet den Regenwald e.V.* verbreitet werden. Dabei handelt es sich um Eingaben, die *weltweit* die Rettung der Regenwälder und anderer Biotope (z.B. Korallenriffe) anstreben und diverse Fehlentwicklungen – verursacht u.a. durch den Bau von Luxuswohnungen, die Expansion der Kreuzfahrtindustrie, die Schwermetallgewinnung – anprangern, durch die in verschiedenen Teilen der Welt die menschlichen Lebensgrundlagen sowie die heimische Flora und Fauna zerstört werden.

Angesichts des *internationalen* Aktionsradius von FFF könnten solche Kampagnen auf ein noch viel größeres Interesse stoßen. Darüber hinaus begünstigen sie in den Bildungseinrichtungen ein *handlungsorientiertes Lernen*, das sich, ausgehend vom eigenen Umweltverhalten, mit der Verbreitung und Umsetzung ökologisch verträglicher Lebensstile befasst.¹⁰⁹

Voraussetzungen für solche Horizonterweiterungen sind bereits gegeben: Auch Angehörige von FFF nehmen mit Petitionen Einfluss, deren Zustimmungswerte jedoch gemessen am öffentlichen Zuspruch noch sehr niedrig ausfallen.¹¹⁰ Anders verhält es sich mit der Kampagne *#No Fracking: Keine neuen Terminals für Klimakiller-Gas*, die von zwei FFF-Aktivist*innen gemeinsam mit der DUH initiiert wurde und sich gegen den Import von Fracking-Gas aus den

¹⁰⁸ Malte Kreuzfeld, *Kein Allheilmittel fürs Klima*. TAZ, 17.5.2019. Vgl. zur Begründung dieser Maßnahme auch die ausführlichen *Informationen auf der Plattform CO₂-Abgabe e.V.*

¹⁰⁹ Vgl. hierzu die Vorschläge von Bernhard Pötter, *Future for Fridays*, TAZ vom 23./ 24.2.2019

¹¹⁰ Vgl. bei Change.org die Petitionen *Friday's For Future: Für den Klimaschutz!* und *School for future: Schule für Zukunft – Fridays for Future unterstützen*

USA wendet. Die von mehr als 102.000 Menschen unterstützte Eingabe wird indes vorläufig nichts ausrichten können, da der Bundesrat am 7.6.2019 den Bau von Flüssiggas-Terminals für Gaseinfuhren genehmigt hat.¹¹¹ Dessen Entscheidung ist von Umweltverbänden heftig kritisiert und u.a. als „Dolchstoß gegen die beschlossenen Klimaziele“ bezeichnet worden. Die DHU strebt daher eine Klage gegen den Bau des ersten Terminals in Brunsbüttel an.¹¹²

Darüber hinaus kann diese Weichenstellung auch als *Affront gegen FFF* verstanden werden: Das rücksichtslose Handeln der Bundesregierung und die Bundesratsentscheidung stehen im krassen Widerspruch zu den vielen Sympathiebekundungen gegenüber der Klimaprotestbewegung und ihrem Selbstverständnis, „die letzte Generation“ zu sein, „die einen katastrophalen Klimawandel noch aufhalten kann“.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang so resolute Aussagen wie „Ich will, dass ihr handelt, als würde euer Haus brennen“ oder „Es gibt keine Grauzonen, wenn es ums Überleben geht“ (Greta Thunberg), so erinnern diese an die *Unbedingtheit* jenes ökologisch-ethischen Imperativs, den der deutsch-amerikanische Gelehrte *Hans Jonas* Ende der 1970er Jahre in die öffentliche Diskussion einbrachte. Jonas hatte die fortgeschrittene technologische Zivilisation bzw. das menschliche Unvermögen im Blick, mit neuen technischen Errungenschaften (wie z.B. der Atomkraft) adäquat umzugehen. Jonas' Imperativ war damals schon vorrangig an die „*öffentliche Politik*“ gerichtet,¹¹³ wenn er formulierte: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ oder „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen nicht zerstörerisch sind für die künftigen Möglichkeiten dieses Lebens“. Verblüffend daran ist, wie im Aufbegehren der FFF-Bewegung ganz ähnliche Handlungserwartungen zum Vorschein gelangen, wie sie Jonas bereits im vollen Bewusstsein einer „vorausgedachten Gefahr“ *verantwortungsethisch* begründet hat.¹¹⁴

Fragt man nun weiter, woher zusätzlich Rückenwind für Kampagnen-Praxis entstehen könnte, so stößt man zwangsläufig auch auf die *Save the Internet-Initiative*, die von selbst er-

¹¹¹ Vgl. Pressemitteilung der DUH vom 27.3.2019 und welt.de, *Bundesrat gibt grünes Licht für Förderung des Baus von Flüssiggas-Terminals*, 7.6.2019

¹¹² In einem an die Fördermitglieder der DUH gerichteten Schreiben vom 10.6.2019 heißt es hierzu u.a.:

„Der Startschuss für die Terminals soll noch in diesem Sommer fallen. Beim Bau einer Infrastruktur für das schmutzige Fracking-Gas kann es plötzlich nicht schnell genug gehen. *Was steckt dahinter? Mit den Fracking-Terminals will sich Deutschland freikaufen von Trumps Strafzöllen auf deutsche Auto-Importe und hofft den transatlantischen Handelsstreit mit den USA zu beenden.* Allein aus Deutschland wurden zuletzt fast eine halbe Million Pkw in die USA exportiert (...) Fracking-Gas ist genauso schädlich wie Kohle und dazu noch extrem gefährlich. Beim Fracking *brechen gigantische Anlagen die tiefen Erdschichten mit einem Chemiecocktail auf, damit sie das Erdgas freigeben. Dieser Raubbau zerstört sensible Landschaften, verseucht Grundwasser und verursacht sogar Erdbeben.*“

¹¹³ Vorbild für dieses Postulat war der dreihundert Jahren zuvor von *Immanuel Kant* formulierte *kategorische Imperativ*, die Maximen menschlicher Willensbildung und menschlichen Handelns danach auszurichten, dass sie jederzeit zum „Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung“ werden könnten. Im Unterschied zu Jonas beschränkte Kant diese Handlungsanweisung auf Einzelpersonen unabhängig von deren gesellschaftlicher Stellung und Machtposition.

¹¹⁴ Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a. Main 1984, S.35 ff., S.63

nannten „Vorkämpfern der Freiheit im Internet“ ins Leben gerufen wurde. Ebenso wie FFF sind diese zu Hunderttausenden gegen die EU-Urheberrechtsreform auf die Straße gegangen und haben zudem eine sehr erfolgreiche Petition auf den Weg gebracht (vgl. S.14). Ohne die Notwendigkeit und Berechtigung ihrer Proteste bestreiten zu wollen¹¹⁵, stellt sich doch die Frage, ob das Vorhaben dieser Bewegung, die vorliegende Version der EU-Urheberrechtsreform zu Fall zu bringen, mit den *substanzielleren* Intentionen des europapolitischen Kampagnen-Aktivismus zu vereinbaren ist. Denn einerseits haben die Proteste – ganz im Gegensatz zur Behauptung vieler Protagonisten, sie seien erfolglos geblieben – durchaus etwas bewirkt: Auf die vielen Einsprüche hin wurde eine zentrale Regelung in der ursprünglichen Richtlinie abgeändert: Während diese zunächst die Einführung von Uploadfiltern vorsah, bevor Plattformen Lizenzen erwerben, wurde in der jetzt gültigen Regelung das genaue Gegenteil beschlossen. Andererseits suggeriert die Kampagne *Stoppt die Zensurmaschine – rettet das Internet*, dass „das Internet ein Hort der Meinungsfreiheit“ sei, und übersieht damit die Abhängigkeit ihrer im Netz geführten Debatte „von der digitalen Infrastruktur der Konzerne, über die debattiert wird“ und deren potenziellen Fähigkeit zur „Totalüberwachung“.¹¹⁶

Ferner ist auffällig, dass die Netzaktivisten einem eher *unpolitischen* Zensurverständnis aufgesessen sind, das stark den *spezifischen* Interessenlagen vieler „Netzwerker“ mit ihren internetaffinen Geschäftsmodellen entspricht. Dieses einseitige Begriffsverständnis kritisiert der für Klima und Kapitalismus zuständige Fachredakteur der taz *Ingo Arzt* mit folgendem Argument: „Sollten die Filter zu viel sperren, wäre das ein technischer Defekt, keine Zensur. Zensur herrscht, wenn Menschen für mutige Sätze gegen die Mächtigen Berufsverbot bekommen oder in den Knast wandern.“¹¹⁷

Darüber hinaus fehlt den „Online-Kämpfern“ offenbar die nötige Weitsicht für brisante Widersprüche, die sich schon jetzt zwischen der voranschreitenden Digitalisierung und der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems auftun. Stichworte wie „*Stromhunger*“¹¹⁸ oder „*Rebound-Effekt*“ sind wahrscheinlich für viele User noch Fremdwörter, sonst hätten sie ihr Freiheitsbegehren viel tiefgreifender und selbstkritischer begründet. Bislang scheint hier ein Bewusstsein für die gravierenden Folgewirkungen weiteren expansiven Wirtschaftswachstums im Zuge der so genannten „*vierten industriellen Revolution*“ kaum entwickelt zu sein.

Für die damit auf uns zukommenden Herausforderungen könnten sich hingegen FFF und Extinction Rebellion zuständig fühlen, insofern beide Initiativen über ihre derzeitige Phase des Aufbegehrens und eindringlichen Appellierens hinauswachsen. FFF fordert bereits einen *Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs* im Rahmen einer *Verkehrswende* und scheint damit auch die inzwischen zutage getretenen *Schattenseiten der Elektromobilität*¹¹⁹

¹¹⁵ Vgl. hierzu bspw. die *ablehnende Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion* im EU-Parlament zur Reform der Urheberrechtslinie

¹¹⁶ Ingo Arzt, *You Tuber sind keine Freiheitskämpfer*. TAZ 30/31.3.2019

¹¹⁷ Ingo Arzt, ebd.

¹¹⁸ Vgl. *Digitalisierung: „Der Stromhunger wächst“. Wir bewegen immer größere Datenmengen*. Der Ökonom Tilman Santarius erläutert in einem von Christiane Grefe durchgeführten Interview die damit verbundenen Umweltfolgen. Zeit Online 29.1.2018

zur Kenntnis zu nehmen sowie der Nutzung gefährlicher und kontraproduktiver „Brückentechnologien“ (Atomkraft, Fracking-Gas etc.) zu misstrauen.¹²⁰

Wer also *generell* zuverlässige Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft einfordert, muss seinen Blick über die gegenwärtig geführte Debatte der schnellst möglichen Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen hinaus erheblich erweitern.¹²¹ Dies gilt jedoch nicht nur für FFF, sondern ebenso für andere Akteure wie die *Gewerkschaften* und damit auch den *Europäischen Gewerkschaftsbund*: Aus Sicht etwa des Politologen *Ulrich Brand* sollten sich deren Führungskräfte und Mitgliedschaften aus den Fallstricken des kapitalistischen Wachstumsparadigmas lösen und der „Jahrhundertaufgabe einer sozial-ökologischen Transformation“ zuwenden. Die Gewerkschaften seien durch die Klimaprotestbewegung dazu herausgefordert, sich in den kommenden Jahren als „*Trades Unions for Future*“ neu zu positionieren.¹²² Solcher Sinneswandel könnte auch von manchen der hier dokumentierten Petitionen gefördert werden – sowohl im Hinblick auf programmatische Neuorientierungen als auch wirksame Aktionen und Aktionsbündnisse.¹²³ –

Der Kampagnen-Aktivismus ist allerdings auch einem politischen Gegenwind ausgesetzt, der von der Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur *Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Attac-Netzwerks* ausgelöst wurde: Konservative Politiker/innen der CDU/CSU wollen dies ebenso gegenüber der Aktionsplattform Campact, der Deutschen Umwelthilfe und anderen unbequemen NGOs durchsetzen.¹²⁴

¹¹⁹ Zum Thema Verkehrswende: Bernhard Knierim / Winfried Wolf, *Die Schiene leben! In Zeiten der Klimakrise ist eine nachhaltige, effiziente und gern genutzte Deutsche Bahn wichtiger denn je. 10 Vorschläge für eine Reform*. TAZ 15.10.2019 und zur Kritik an der Elektromobilität: siehe Wikipedia, *Elektromobilität* und Winfried Wolf, *Elektromobilität – eine ernüchternde Bilanz*, lunapark 21, 24.5.2019

¹²⁰ Vgl. hierzu die kritische Zwischenbilanz auf S. 88 ff. im Anhang.

¹²¹ Zur Horizonterweiterung könnten etwa Auseinandersetzungen mit klimapolitisch untauglichen Antworten aus der Wirtschaftswissenschaft sowie den Thesen der Postwachstumsökonomie anregen. Vgl. Reinhard Loske, *Mehr Gemeinsinn wagen*. TAZ 25.6.2019 und Nico Paech: *Wirtschaftswachstum: Der zerstörerische Traum vom Fortschritt*. Zeit-Online 3.1.2017. Darüber hinaus sollten jedoch von den Klima-Aktivist/inn/en auch die neuesten Befunde zur sicherheitspolitischen Weltlage und militärischen Gefährdung menschlicher Lebensgrundlagen beachtet werden – vgl. Oliver Thränert, *Rüstung außer Kontrolle: Die neue atomare Bedrohung*. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/19 und Walter Listl, *Militär und Krieg als Klimakiller Nummer eins*, isw/sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München 2019

¹²² Ulrich Brand, *In der Wachstumsfalle. Die Gewerkschaften und der Klimawandel*. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2019 sowie die Replik von Norbert Reuter, *Die Gewerkschaften gegen die Klimakrise* in Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2019

¹²³ Zum zweiten Aspekt folgendes Beispiel: Die Verbreitung der Greenpeace-Petition zur *Rettung des Amazonas-Regenwaldes* könnte mit Kundgebungen und Mahnwachen vor der brasilianischen Botschaft in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten verbunden werden. Damit würde diese Kampagne wahrscheinlich eine viel größere internationale Beachtung finden.

¹²⁴ Vgl. Malte Kreutzfeldt, *Campact-Spenden nicht mehr steuerbegünstigt*. TAZ 18.3.2019.

Am 20.10.2019 teilte Felix Kolb vom geschäftsführenden Campact-Vorstand mit, dass das Berliner Finanzamt für Körperschaften nun auch Campact die Gemeinnützigkeit entzogen habe. Vgl. hierzu die am 21.10. von Sven Giegold veröffentlichte Stellungnahme *Campact verliert Gemeinnützigkeit: Bundesregierung muss endlich Rechtssicherheit für Zivilgesellschaft schaffen*, die von Campact verbreitete Petition *Zivilgesellschaft ist gemeinnützig!* sowie die bei openPetition von der *Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung* initiierte Eingabe *Zivilgesellschaft nützt der Gemeinschaft*, die sich an alle Bundestagsabgeordneten wendet.

Welche Gefahren damit verbunden sind, haben u.a. Campact und Sven Giegold, einer der Mitbegründer von Attac, in Stellungnahmen verdeutlicht:

*„Viele gemeinnützige Organisationen werden es sich künftig zweimal überlegen, ob sie etwa zu Handelsabkommen wie TTIP arbeiten. Denn: Äußern sie sich zu Themen, die bisher nicht explizit als gemeinnützig definiert sind, dann ist ihre Gemeinnützigkeit in Gefahr. Das ist ein Maulkorb für die Zivilgesellschaft. Die Liste der explizit gemeinnützigen Zwecke muss erweitert werden – um die Förderung von Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz, informationeller Selbstbestimmung und Menschenrechten.“*¹²⁵

„Das Attac-Urteil löst einen Dominoeffekt gegen die kritische Zivilgesellschaft aus. Aus Verunsicherung droht eine Spirale der Selbstbeschränkung bei Organisationen (...) Das Attac-Urteil bedeutet für viele gemeinnützige Vereine hohe finanzielle Risiken. In rasendem Tempo werden die Räume der kritischen Zivilgesellschaft enger. (...) Gemeinnützigkeit und politische Arbeit sind keine Widersprüche. Es muss gesetzlich geregelt werden, dass gemeinnützige Vereine an der politischen Willensbildung mitwirken dürfen. (...) Wir müssen verhindern, dass das Kräfteverhältnis zwischen finanzstarken Wirtschaftsverbänden und kritischer Zivilgesellschaft weiter auseinander klafft. Während Firmen ihre Lobbyarbeit von der Steuer absetzen können, werden Teile der Zivilgesellschaft in finanzielle Unsicherheit getrieben.“¹²⁶

Hieraus ergibt sich das Gebot, *achtsam zu sein und sich gemeinsam gegen die drohende Einschränkung weiterer zivilgesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten zur Wehr zu setzen.*¹²⁷

Zeitgleich gibt es jedoch auch Beispiele für einen gestärkten Willen zur Selbstbehauptung, wenn man sich etwa folgende „Koinzidenz“ vergegenwärtigt: Am 23. März fand in London anlässlich des bevorstehenden Brexits die größte öffentliche Willensbekundung und Massendemonstration in der Geschichte Großbritanniens statt, an der nach Angaben der Veranstalter *People's Vote* mehr als eine Million Menschen teilnahmen. Parallel dazu erreichte die von den Organisatoren verbreitete Online-Petition *Demand a People's Vote* für den Verbleib Großbritanniens in der EU in kürzester Zeit die Zustimmung von mehr als 4 Millionen britischen Bürger/innen.

Eine derartige „Koppelung“ von massenhafter Präsenz im öffentlichen Raum und numerisch messbarer Willensbekundung kann womöglich dazu inspirieren, sich mit vergleichbaren Aktionsformen allen künftigen rückwärtsgewandten Tendenzen in Europa entgegenzustemmen: etwa im Rahmen einer sehr breit und längerfristig angelegten Kampagnenstrategie zum Thema *Für ein solidarisches, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Europa – gegen ein Europa, das von nationalstaatlichen Interessen dominiert wird.* Die unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen in den Mitgliedsstaaten könnten dabei unter der Fragestellung aufgegriffen werden, wie sich die vorhandenen Konflikte im Rahmen einer solidarischen Aus-

¹²⁵ Campact, Attac-Urteil: *Das gibt eine Anzeige.* E-Mail vom 7.3.2019

¹²⁶ Sven Giegold, *Campact droht Entzug der Gemeinnützigkeit.* Newsletter vom 18.3.2019

¹²⁷ Vgl. dazu die von Sven Giegold bei Change.org initiierte Petition *CDU: Stoppen Sie den Angriff auf die Deutsche Umwelthilfe!* Zum internationalen Aspekt der Angriffe: vgl. Brot für die Welt, *Zivilgesellschaft unter Druck*

gleichs-, Fiskal- und Sozialunion viel wirksamer als im nationalstaatlichen Kontext lösen lassen.

Eine solche Strategie, soll sie europaweite Strahlkraft entwickeln, wird sich zunächst auf die *neuen Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament* einstellen müssen. Nachdem der Zuwachs der Rechtspopulisten entgegen mancher Befürchtungen zu keinem mehrheitsfähigen Block geführt und die informelle Koalition zwischen der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D) ihre absolute Mehrheit verloren hat, werden (zum Zeitpunkt der Beendigung dieser Studie) „die Karten neu gemischt“.¹²⁸ Voraussiehbar sind bereits *wechselnde Mehrheiten*, die einerseits von EVP, S&D und der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), der drittgrößten Fraktion, gebildet werden, ebenso aber auch „Ampel“-Bündnisse zwischen S&D, ALDE und der zur viertstärksten Kraft aufgerückten Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz (EFA). Infolgedessen wird für mehrheitsfähige Beschlüsse, wie sie bei der Verabschiedung von **EU-Richtlinien** und **Verordnungen** erforderlich sind, die Zustimmung von drei bis vier Parteiblöcken vonnöten sein. Auch die konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) könnte trotz des Stimmenverlustes um 1,7 Prozentpunkte ihren Einfluss geltend machen: Nach der neuen **Sitzverteilung** addieren sich ihre 38 Sitze mit den 75 der Grünen auf 113 Sitze, um sieben mehr, als ALDE (106) erreicht hat. So gesehen könnten GUE/NGL und EFA bei einer Zusammenarbeit ein inhaltliches Gegengewicht zum neoliberalen und konservativen Flügel in der ALDE bilden und dessen Einfluss neutralisieren.

Diese Überlegung ist insofern bedeutsam, als nach Ansicht des **European Environmental Bureau**, des Dachverbands europäischer Umweltverbände, die liberale Fraktion bei der künftigen Umweltpolitik eine Schlüsselrolle spielen könnte: Abweichend von den Vorstellungen der deutschen FDP würden viele europäische Liberale z.B. ein ähnlich ambitioniertes Abkommen zur Beendigung des Artensterbens wie beim Klimaschutz anstreben. Außerdem habe sich eine Gruppe von Alde-Abgeordneten im März 2019 dafür ausgesprochen, dass die EU ihre CO₂-Emissionen bis 2030 statt um 40 Prozent – wie bisher geplant - um 55 Prozent senken solle.¹²⁹

Kampagnen-Projekte wie die in jüngster Zeit auf europäischer Ebene gegründeten Bürgerinitiativen zur *Kerosin-* und *CO₂-Besteuerung* sind auf Verbündete im Parlament und in der Kommission angewiesen, wenn sie Wirkung entfalten sollen. *Zu diesem Zweck wird man ggf. auch manche Abgeordneten im proeuropäischen Lager an ihre „guten Vorsätze“ erinnern müssen.* Dies gilt ebenso für die Wahlversprechen ehemaliger *Führungskräfte*, sollten sie wieder in Amt und Würden kommen. Von der ehemaligen Wettbewerbskommissarin *Margrethe Vestager* wird berichtet, dass sie die Steuervergünstigungen für Kerosin abschaffen und eine nachhaltigere Landwirtschaft auf den Weg bringen wolle. Oder vom Spitzenkandidaten der S&D *Frans Timmermans*, dass er die Einführung einer CO₂-Steuer, die Abschaffung von Kurzflügen und den Ausbau des europäischen Bahnnetzes befürworten würde. All

¹²⁸ Vgl. Joachim Bischoff, Klaus Busch, Hinrich Kuhls, Björn Radtke, **Die Wahlen zum Europäischen Parlament und in Bremen**, Sozialismus.de aktuell, 28.5.2018

¹²⁹ Ingo Arzt, **Von der Straße ins Parlament**, TAZ 28.5.2019

dies sind Absichtserklärungen, denen *erheblicher Nachdruck aus der europäischen Zivilgesellschaft verliehen werden muss*, sollten sie in den kommenden fünf Jahren tatsächlich umgesetzt werden.¹³⁰

Trotz dieser möglichen „Einflusshebel“ wird es darauf ankommen, zugleich die virulente Gefahr eines möglichen Rechtsrucks im Parlament im Auge zu behalten:

„Eine Allianz von Rechtskonservativen und Rechtspopulisten ist (...) nicht aus der Welt. Um Politik zu beeinflussen, sind die Nationalisten auf die Kooperationsbereitschaft mit Teilen der EVP (etwa in der Migrationspolitik) angewiesen. Die moderne Rechte könnte schleichend ihren Einfluss ausbauen, wenn die ‚Traditionsparteien‘ beginnen, Vorstellungen der Rechten etwa in der Migrationspolitik oder in der Polemik gegen Brüssel zu übernehmen.“¹³¹

Außerdem könnten sich nach einem Brexit die personellen Kräfteverhältnisse im Parlament doch noch etwas weiter nach rechts verschieben: Befürchtet wird, dass sich dann womöglich der Sitzanteil des neu gebildeten Rechtsblocks „Identität und Demokratie“ (ID) – darunter die Lega, Rassemblement National und die AFD – von 73 auf 76 Sitze erhöhen würde.¹³²

Zu den neuen „Imperativen“ des Kampagnen-Aktivismus gehört deshalb nicht zuletzt, *sich zügig noch viel breiter als wirkungsvolle, kritisch-konstruktive Gegenkraft aufzustellen*. Mit anderen Worten: Die Praktiken direkter *persönlicher Einmischung*, *medialer Intervention* und *schriftlicher Eingabe* müssen sich weit stärker als bisher produktiv ergänzen. Wenn es dem Informatiker und YouTuber *Rezo* mit seinem Video über die klimapolitischen Unterlassungen der Volksparteien offenbar gelungen ist, das Wählerverhalten in Deutschland zu beeinflussen, warum sollten dann nicht solche „Anstiftungen“ in Zukunft ebenso bei der Verbreitung zielführender Kampagnen möglich sein? Und wenn Klimaaktivist/inn/en ihren politischen Druck mit Protesten und Blockaden in absehbarer Zeit erhöhen werden¹³³, warum könnten sie sich dann nicht auch für entsprechende Kampagnen einsetzen – mit der möglichen Folge, dass sich deren Zustimmungswerte *sprunghaft* erhöhen?¹³⁴

Ein neuer unberechenbarer *Rezo-Faktor*, den die „Influencer-Szene“ europapolitisch einbringen könnte, würde dem Kampagnen-Aktivismus womöglich gut tun. Ebenso sind aber, wie gezeigt wurde, bei den o.g. Akteuren ein stärkerer Wille zur Kooperation und erhebliche Anstrengungen zur geschickteren Koordinierung ihrer Vorhaben vonnöten, um in Zukunft der Eingabepaxis einen zunehmend wirksameren politischen Einfluss zu verschaffen.

¹³⁰ Vgl. Ingo Arzt, ebd. sowie ntv, 16.5.2019: EU-Armee und Klimapolitik. *Wo sich Weber und Timmermanns unterscheiden*

¹³¹ Vgl. Joachim Bischoff u.a., *Die Wahlen zum Europäischen Parlament und in Bremen*, a.a.o.

¹³² Eric Bonse, *Rechte bilden eine neue Fraktion im EU-Parlament*, TAZ 14.6.2019

¹³³ Martin Kaul, *Erst das Parlament und jetzt die Grube*, TAZ 28.5.2019

¹³⁴ Diese Fragestellung wird nochmals im Anhang auf S.88f. anlässlich des so genannten „Klimastreiks“ aufgegriffen, den FFF am 20.9.2019 durchgeführt hat.

Fazit

Diese Untersuchung ist aus der Perspektive eines interessierten Rezipienten, Nutzers und Multiplikatoren durchgeführt worden. Damit sind die Bedingungen und Hintergründe der Entstehungsprozesse von Kampagnen ausgeschlossen: Problemstellungen, wie sich die Kampagnenplattformen finanzieren und den Lebensunterhalt ihrer Campaigner/innen sichern, in welcher Beziehung sie zueinander stehen und welche Rolle die voraussichtlichen „Popularitätswerte“ von Kampagnen bei ihrer Planung, Auswahl und Unterstützung spielen könnten, blieben unbeachtet.¹³⁵ Die produktionsorientierte Perspektive findet jedoch insoweit Berücksichtigung, als in der Kampagnen-Praxis eine Unmenge an *konkurrierenden* Bestrebungen um so viele „follower“ wie möglich entstanden ist, die kontraproduktive Effekte verursacht. Hierzu wird die These aufgestellt, dass sich gewisse Defizite mit Sachverstand und einigen zusätzlichen organisatorischen Maßnahmen verringern lassen – dies besonders dann, wenn sich die o.g. Beteiligungsforen auf entsprechende Vorkehrungen und eine einvernehmliche Zusammenarbeit einlassen würden. Ein Vorbild hierfür könnten hier auch all jene Aktionsbündnisse zwischen zahlreichen NGOs sein, die zu Konfliktthemen wie der europäischen Agrar-, Handels- und Rüstungspolitik bereits bestehen.

Ferner werden in der Studie Anhaltspunkte für eine breiter angelegte Wirkungsforschung gegeben: Das vorläufige Ergebnis dazu lautet, dass einige Kampagnen durchaus Erfolge für sich verbuchen können, die bei näherem Hinsehen allerdings häufig nur *Teilerfolge* („Etap-pensiege“) sind und zu weiteren hartnäckigen Einflussnahmen Anlass geben.

Darüber hinaus ist *exemplarisch* aufgezeigt worden, dass aus manchen Aufrufen, Petitionen und offenen Briefe bereits inhaltlich zentrale Eckpunkte für eine zukunftsweisende europapolitische Agenda hervorgehen und der Kampagnen-Aktivismus auch in Zukunft für *beständige* zivilgesellschaftliche Einflussnahmen unverzichtbar bleibt. Allerdings bedarf er, so die Prognose der Studie, einer noch viel umfassenderen Unterstützung nicht zuletzt durch „wirkmächtige“ Akteure, um eine deutlich größere Breitenwirkung zu entfalten. Demzufolge sollten auch Angehörige der „linken Bildungseliten“ dem Anspruch auf einen breiteren publizistischen Rückhalt gerecht werden, indem sie sich in den für sie erreichbaren Öffentlichkeiten für eine *aktive Europapolitik von unten* einsetzen und dafür stark machen, dass „Europa“ kein „Eliteprojekt“ mehr bleibt. So gesehen könnte von der Empfehlung, sich am Kampagnen-Aktivismus kritisch-konstruktiv zu beteiligen, ein deutliches Signal ausgehen, dass man willens und bereit ist, das „Projekt Europa“ vom „Kopf auf die Füße“ zu stellen. –

Diesem Anspruch versucht sich die Studie in der vorliegenden *Digitalfassung* zu stellen, die im Unterschied zu einer Printausgabe in vielfacher Hinsicht als *Handreichung* genutzt werden kann: nicht nur während der Lektüre vermittelt der kursiv gesetzten Überschriften von Petitionen, Zeitungsberichten und Fachartikeln, sondern auch im *Anhang* bei der Vielzahl an Petitionen, Literatur und Initiativen, deren Titel, soweit möglich, ebenfalls mit Links zu den ursprünglichen Quellen unterlegt sind.

¹³⁵ Vgl. Hintergrundinformationen der Enzyklopädie Marjorie-Wiki und von Wikipedia über die Plattformen [WeMo-ve.EU](#) und [Campact](#), sowie Hinweise von [heise online/News 11/2015](#) und [reset.org](#) zur wirtschaftlichen Verwendung von Nutzerdaten bei [Change.org](#).

Diese Vermittlungsform soll auch zu *aktiven Beteiligungen* anregen: An der Kampagnenpraxis verstärkt mitzuwirken und sie ggf. auch durch eigene Eingaben und Spenden zu unterstützen, scheint angesichts der neuen EBI-Verordnung, mit welcher (alles in allem) die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftliche Initiativen wohl eher geschwächt als gestärkt wurde, und in Anbetracht jüngster Trends zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von NGOs ein Gebot der Stunde zu sein. –

Nachdem die Europawahlen zu einem halbwegs erträglichen Ergebnis geführt haben, stellt sich erneut die Frage, wie es „mit Europa“ weitergehen soll bzw. welche wegweisenden Beiträge fortan zu einer Umgestaltung und Neubegründung der EU von der Zivilgesellschaft aus geleistet werden könnten. Hierzu ergibt sich aus dieser Studie folgende Schlussfolgerung: Wer sich nicht nur mit seiner Stimmenabgabe und Beteiligung an öffentlichen Willensbekundungen begnügen will, dem steht für weitere Prozesse der Willensbildung und deren Repräsentation eine relativ breit aufgestellte Eingaben-Praxis zur Verfügung. Allerdings wird dies jedem ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit und Ausdauer abverlangen. Je mehr Menschen und Initiativen sich jedoch darum bemühen, den Kampagnen-Aktivismus auf *verschiedenen Einfluss- und Handlungsebenen* weiterzuentwickeln, desto mehr wächst die Chance, dass er beim künftigen Ringen um ein zukunftsfähiges Europa zu einem sichtbaren und nicht mehr zu übergehenden Einflussfaktor heranreift.

Anhang

Europapolitische Deklarationen aus dem Mitte-Links-Spektrum (2012-2018)

- 2012 rufen der inzwischen verstorbene Soziologe Ulrich Beck und Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit in ihrem *Manifest zur Neugründung der EU von unten* unter dem Motto „Wir sind Europa!“ zur Schaffung eines Freiwilligen Europäischen Jahres auf.
- Im gleichen Jahr veröffentlichen die Gewerkschafter Annelie Buntenbach, Frank Bsirske und Hans-Jürgen Urban sowie der Ökonom Rudolf Hickel und der Sozialwissenschaftler Steffen Lehndorff den Aufruf „Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!“ Mit diesem Aufruf wird zugleich der Weblog *Europa neu begründen* ins Leben gerufen.
- 2013 verbreitet Attac Österreich den Aufruf „Europa geht anders!“
- Im gleichen Jahr wenden sich die Politologin Ulrike Guérot und der Schriftsteller Robert Menasse mit ihrem *Manifest für die Begründung einer Europäischen Republik* an die Öffentlichkeit.
- 2014 publiziert die Kampagnenplattform WeMove.EU im Internet ihre Gründungserklärung „Unsere Vision für Europa“.
- 2015 initiieren die Gewerkschafter Reiner Hoffmann, Frank Bsirske u.a. den Aufruf „Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“, der auf der Plattform *Europa neu begründen* erscheint.
- Ein Jahr später findet dort auch der viel beachtete Aufruf *Das Flüchtlingsdrama: Ein Appell zum Umsteuern. In Europa und Deutschland* der ehemaligen Bundespräsidentenskandidatin Gesine Schwan und des Gewerkschafters Hans-Jürgen Urban Verbreitung, den beide zunächst in der Frankfurter Rundschau publizieren.
- Im Januar 2016 wird von einer parteiübergreifenden Initiative, der Experten der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei DIE LINKE angehören, der Aufruf *restart Europe now! Für eine andere Europapolitik* veröffentlicht.
- Im April 2016 publiziert die von Yannis Varoufakis ins Leben gerufene Initiative *Democracy in Europe Movement 2025 (DiEM25)* ihr *Manifest Für die Demokratisierung Europas*.
- 2017 verbreitet die im November 2016 gegründete Bürgerinitiative *Pulse of Europe* unter dem Motto „Sichtbar werden, hörbar werden“ *zehn Leitsätze* zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der EU.
- Im gleichen Jahr bringt WeMove.EU den Appell „Frankreich und Deutschland: Europa gemeinsam voranbringen“ in Umlauf, den der Europaabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen Sven Giegold und die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner organisiert haben.
- 2018 veröffentlichen 17 Wissenschaftler/innen aus Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Polen das französisch-deutsche Manifest „Die EU muss neu gegründet werden“.
- Im September 2018 veröffentlichen das Institut für Europäische Politik und Netzwerk Alternative Europa! das *Manifest für die Zukunft Europas*.
- Im Dezember 2018 publizieren sieben französische Wissenschaftler unter der Federführung des Ökonomen Thomas Piketty ein weiteres Manifest unter dem Titel *Für die Demokratisierung Europas*. In dem Text wird die Einrichtung einer europäischen Versammlung vorgeschlagen, die bis zu 80 Prozent aus Abgeordneten nationaler Parlamente und bis zu 20 Prozent des Europaparlaments bestehen soll. Die Versammlung ist für ihre Mitgliedsstaaten bevollmächtigt, Steuern zu erheben und einen eigenen Haushalt zu beschließen, der vor allem zur Beseitigung benachteiligter und unzureichend entwickelter Lebensverhältnisse dienen soll.

WeMove.EU – Kampagnen 2018 (Stand 7.11.2018)

mit Angaben zu den erreichten und weiterhin angestrebten Zustimmungen

(1) Für einen fairen und demokratischen Euro	55.641 / 75.000
Stoppt diese Steuertricks	105.217 / 125.000
Solidarität in der Krise, Gerechtigkeit für Griechenland	117.673 / 150.000
Für die Demokratisierung Europas	112.760 / 125.000 *
	* Stand: 31.1. 2019
(2) Wohlstand ist möglich ohne gieriges Wachstum	79.053 / 100.000
Gutes Essen, gute Landwirtschaft – Jetzt!	98.613 / 125.000
Kein Patent auf Bier	186.353 / 250.000
(3) Stoppt Plastikmüll jetzt!	144.542 / 175.000
Klimaklage gegen die EU	142.175 / 175.000
Europa ohne Kohle	118.495 / 150.000
Rette Pinguine vor dem Verhungern!	97.559 / 125.000
Rettet unsere Meere	180.299 / 250.000
Bewahrt Kresna Gorge!	140.974 / 175.000
(4) Generali, versichert die Kohle nicht	64.306 / 75.000
Unilever, räum auf!	89.616 / 100.000
Das schmutzige Geheimnis von Modegiganten H&M, Zara und Co.	303.767 / 350.000
Halte deine Versprechen H&M!	136.694 / 175.000
(5) Gerechtigkeit für die Waldschützer	102.213 / 125.000
Stoppt Gewalt gegen Frauen	152.180 / 175.000
Whistleblower schützen, nicht bestrafen	83.055 / 100.000
(6) EU: Investiere nicht in Waffen	143.661 / 175.000
(7) Für ein gastfreundliches Europa	keine Angaben **
** Diese Petition wurde vor zwei Jahren europaweit von der EBI <i>We are welcoming Europe</i> initiiert, zu der sich 170 NGO's und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammengeschlossen haben, und mit geringfügigen Abweichungen vom aktuellen Wortlaut auf der WeMove.EU-Plattform veröffentlicht. Bis zum Februar 2019 sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden, damit sich die EU Kommission mit den Forderungen zu einem gastfreundlichen Europa befassen muss. Vgl. Erläuterungen zur EBI auf S	

Die hier in sieben Abschnitte eingeteilte Wiedergabe weist auf verschiedene *Politikfelder* und *Herausforderungen* hin: (1) finanz- und steuerpolitische Maßnahmen zur Reform der Eurozone und zum EU-Haushalt, (2) qualitative Anforderungen zum künftigen Wirtschaftswachstum in der EU, (3) Maßnahmen zur Durchsetzung einer umweltschonenden, ökologisch orientierten Politik, (4) Forderungen gegenüber einflussreichen wirtschaftlichen Akteuren zur Einführung sozialer und ökologischer Standards, (5) Solidarität mit benachteiligten Gruppen und Aktivisten in der EU, (6) Neuorientierung der Sicherheits- und Friedenspolitik sowie (7) der Flüchtlingspolitik der EU.

WeMove.EU – Kampagnen 2019 (Stand: 2.3.2019)

mit Angaben zu den erreichten und weiterhin angestrebten Zustimmungen

(1) Für einen fairen und demokratischen Euro!	56.007 / 75.000
Stoppt die Steuertricks der Konzerne	105.913 / 125.000
Solidarität in der Krise, Gerechtigkeit für Griechenland	118.009 / 150.000
(2) Sicheres Essen, keine Geheimnisse der Industrie	182.250 / 250.000
Kein Patent auf Bier	186.685 / 250.000
(3) Stoppt Plastikmüll jetzt!	146.134 / 175.000
Klimaklage gegen die EU	177.869 / 200.000
Rette Pinguinküken vor dem Verhungern!	99.067 / 125.000
Rettet unsere Meere	180.677 / 250.000
Kein Palmöl im Tank	151.454 / 175.000
(4) Konzernklagen stoppen – Menschenrechte schützen	529.795 / 600.000
(5) Stoppt Gewalt gegen Frauen	152.583 / 175.000
Whistleblower schützen	99.994 / 125.000
Väter in Elternzeit	57.500 / 75.000
(6) Für ein solidarisches Europa	78.671 / 100.000

Auffällige Unterschiede zwischen den WeMove-Übersichten der Jahre 2018 und 2019

Bei der neueren Übersicht (Stand 2.3.2019) wird die Kampagne *EU: Investiere nicht in Waffen* nicht mehr aufgeführt und ist somit der Schwerpunkt „Friedens- und Sicherheitspolitik“ nicht mehr vorhanden. Zudem sind die im vorherigen Überblick an privatwirtschaftliche Akteure adressierten Kampagnen weggefallen und wird deshalb der hierzu unter (4) angegebene Gesichtspunkt aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung der Kampagne *Konzernklagen stoppen* durch „EU-Handelspolitik“ ersetzt. Infolgedessen ist die zweite Wiedergabe nur noch in sechs Abschnitte unterteilt und weist auf folgende *Politikfelder* hin: (1) finanz- und steuerpolitische Maßnahmen zur Reform der Eurozone und zum EU-Haushalt, (2) qualitative Anforderungen zum künftigen Wirtschaftswachstum in der EU, (3) Maßnahmen zur Durchsetzung einer umweltschonenden, ökologisch orientierten Politik, (4) EU-Handelspolitik (5) Solidarität mit benachteiligten Gruppen und Aktivisten in der EU, (6) Flüchtlingspolitik.

Bislang lässt sich den offiziellen Mitteilungen von WeMove.EU nicht entnehmen, warum unter der Rubrik „Unsere Kampagnen“ mehrere Aufrufe und Eingaben, die in der Übersicht vom November 2018 noch vorhanden waren (wie etwa *Wohlstand ist möglich ohne gieriges Wachstum*), nicht mehr aufgeführt sind. Ebenso wird dort die Eilpetition *Lobby Transparenz jetzt* vom Januar 2019 nicht dokumentiert. Insofern könnten in den *Latest news* von WeMove.EU die Gründe für die Auslagerung oder den Wegfall bestimmter Kampagnen noch genauer offengelegt werden.

WeMove.EU – abgeschlossene Kampagnen

2018

Nothilfe ist kein Schmuggel - Machen Sie es zur bindenden Regel, dass diejenigen, die aus humanitären Gründen „unbefugte“ Grenzübertritte für Flüchtlinge und Migranten erleichtern, nicht strafrechtlich belangt werden.

Den Urwald verteidigen! - Der Urwald von Białowieża ist unbezahlbar

Transnationale Listen - Damit sich Abgeordnete in ganz Europa zur Wahl stellen können und nicht mehr nur in ihren Heimatländern.

2017

Patente auf Leben stoppen - Keine Patente auf Pflanzen: Die Natur gehört keinem. Unser Gang vor das Europäische Patentamt...

Glyphosat stoppen - Keine Neuzulassung von Glyphosat für die nächsten 10 Jahre

Stoppt die Fusion von Bayer und Monsanto! - Gegen eine Übermacht der Konzerne

Plastik-Verschmutzung beenden! - Es ist höchste Zeit, Meere und Flüsse von den Millionen Tonnen Plastikmüll zu befreien, mit denen sie Jahr für Jahr überschwemmt werden.

Frankreich darf nicht fallen! - Gegen ein Frankreich der Rechtspopulisten

2016

Haltet Europas Luft sauber! - Für neue Verschmutzungswerte in der Kohleindustrie

Verkaufen Sie unser Gemeinwohl nicht an Goldman Sachs, Herr Barroso! - Gegen die Drehtürpolitik in der EU

Auch Konzerne müssen zahlen! - Mit Transparenz gegen Steuerhinterziehung

Kein Geld für Atomtechnologie - Für die gefährliche und schmutzige Atomtechnologie dürfen in Europa keine Steuergelder ausgegeben werden.

EU: Sagt Erdoğan, es reicht! - Die Europäische Union sollte die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sofort aussetzen.

Whistleblower in Gefahr - Die neue EU-Richtlinie will mutige Whistleblower und Journalisten mundtot machen.

Panama Papers: Die EU muss jetzt handeln! - Auch die Schönen und Reichen sollen sich an unsere Gesetze halten. Steuern nutzen uns allen.

Bundeskanzler Kern: Stoppen Sie CETA! - Das Handelsabkommen bedroht unser Gemeinwohl, unsere sozialen und wirtschaftlichen Rechte und die Umwelt.

Globaler Vertrag gegen Missbrauch durch Großkonzerne - Zum ersten Mal soll ein neuer globaler Vertrag verhandelt werden.

2015

Hilf uns, Staatenlosigkeit in der Kindheit zu beenden - Unsere erste You Move Europe-Kampagne

Abbau des Demokratiedefizits in der Europäischen Union - Gegen ein Europa der Finanzmärkte und Lobbyisten und für ein Europa der Menschen.

Sichere Asyl-Optionen für Flüchtlinge! - Die oft tödlich endenden Umsiedlungen von Geflüchteten müssen sicherer werden.

Gerechte Verteilung von Flüchtlingen! - Unsere erste Kampagne im September 2015 forderte eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle europäischen Länder.

Beispiele für wirksame Aktionen von WeMove.EU

2017 gelang es der Kampagnenplattform WeMove.EU gemeinsam mit 100 Umweltorganisationen aus ganz Europa in kürzester Zeit das Instrument der Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu nutzen, um ein europaweites Verbot des unter Krebsverdacht stehenden Herbizids Glyphosat anzustreben. Hierzu wurden 1.320.045 Unterschriften bei den zuständigen EU-Behörden eingereicht.

Im gleichen Jahr trug WeMove.EU auch dazu bei, dass sich die EU-Mitgliedsländer mit knapper Mehrheit für striktere Grenzwerte zur Luftreinhaltung gegen die Interessen der „Kohle freundlichen“ deutschen und polnischen Regierung durchrangen.

Außerdem wurden im März 2017 in nur vier Tagen 284.000 Unterschriften gesammelt, um den Plan der EU-Kommission zu stoppen, einen europäischen, multilateralen Investment Gerichtshof (MIC) einzurichten. Mit dieser Aktion griff WeMove.EU die Proteste der Anti-TTIP- und CETA-Bewegung gegen eine Paralleljustiz auf, die es Großunternehmen ermöglicht, bereits bestehende, gesetzlich verankerte Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzstandards zu unterminieren.

In einem Rückblick vom Februar 2019 äußerte sich WeMove.EU auch zu Kampagnen aus dem vergangenen Jahr, die relativ erfolgreich verlaufen sind: Demnach habe der Aufruf *Kein Palmöl im Tank*, die auch dem zuständigen EU-Kommissar zugeleitet wurde, dazu beigetragen, dass künftig Palmöl als „Bio“-Zusatz für Kraftstoffe in der EU verboten werde und dem Diesel-Kraftstoff nicht mehr beige-mischt werden dürfe.¹³⁶

Ebenso sei dem an das Europaparlament, den Rat der EU und die EU-Kommission gerichtete Appell *Sicheres Essen, keine Geheimnisse der Industrie* ein „Etappensieg“ gelungen: „Wir haben den Syngenta-Konzern erfolgreich daran gehindert, sich eine Tomatensorte unter den Nagel zu reißen. Die Tomate ist keine Erfindung, die einem Unternehmen gehören kann, sondern (...) Allgemeingut. Vor zwei Wochen hat das Europäische Patentamt endlich unserem Druck nachgegeben und das Patent widerrufen. Drei Jahre lang haben wir dafür gekämpft: 2016 haben wir (...) Einspruch gegen das Patent eingelegt. *Es war der größte Einspruch, den es beim Patentamt je gab.* Mehr als 65.000 Personen aus ganz Europa haben sich beteiligt.“

Ähnliches scheint auf den Aufruf *Väter in Elternzeit* zuzutreffen, der u.a. an die Ministerien in sieben EU-Mitgliedsländern verschickt wurde, die für Familienpolitik zuständig sind:

„Im vergangenen Jahr wurde auf EU-Ebene debattiert, einen Mindeststandard für bezahlte Elternzeit für Väter einzuführen. Deutschland, Frankreich oder Polen waren entschieden dagegen. Wir sind in Brüssel vorstellig geworden und konnten dazu beitragen, sie umzustimmen. Der Vorschlag ist nun, *Vätern mindestens zwei Monate bezahlte Betreuungszeit zu gewähren.* Stimmen sowohl das Europäische Parlament als auch die Kommission zu, können Frauen in der gesamten EU die Kinderbetreuungszeiten mit ihren Partnern etwas gerechter aufteilen (...)“¹³⁷

¹³⁶ Zu dem am 8.2. 2019 vorgelegten Gesetzesentwurf teilte jedoch die DUH. am 22.2.2019 folgende *Vorbehalte* mit: „Die Sache ist jedoch noch nicht ganz ausgestanden, denn der Gesetzesentwurf bietet *noch gefährliche Lücken und Ausnahmen* für ‚bestimmte‘ Palmöl-Produktionen. Wir befürchten, dass die Palmöl-Konzerne diese Lücken massiv ausnutzen werden, und *weiterer Regenwald zerstört* wird. Ein weiteres Risiko ist die Verwendung von *Sojaöl als Ersatz für Palmöl*. Besonders in Südamerika ist der Sojaanbau der Hauptgrund für die Entwaldung Amazoniens. Auch Soja darf nicht in den Tank!“ Deshalb hat die Initiative die EU-Kommission in der *Briefaktion #NotInMyTank* dazu aufgefordert, den Gesetzestext zu konkretisieren. Andernfalls werde das Europaparlament dazu aufgefordert, ein Veto gegen den Entwurf einzulegen.

¹³⁷ Jörg Rohwedder, Was wir gemeinsam erreicht haben, E-Mail vom 21.2.2019. Weitere Beispiele: <https://www.wemove.eu/de/latest-news>. Zu Fehleranfälligkeiten vgl. WeMove.EU *Unsere Verpflichtung zur Genauigkeit*

Change.org – eine Auswahl europapolitischer Kampagnen (Stand: 7.11.2018)

Initiator/inn/en	Themenschwerpunkte	erreichte / angestrebte Unterschriftenzahl
	Freihandelspolitik der EU	
Marianne Grimmerstein	Bürgerklage gegen CETA. Petition an das Bundesverfassungsgericht	299.406 / 300.00
	JEFTA + Co. In Den Haag stoppen!	55.004 / 75.000
Peter Niedergesäss und katholische Arbeitnehmer-Bewegung	Fluchtursachen bekämpfen: Faire Handelsverträge für Ostafrika	73.670 / 75.000
	Ökologisierung der Agrarwirtschaft	
Sven Giegold / Martin Häusling	Stoppt die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat	330.762 (beendet)
Sven Giegold / Martin Häusling / Dr. Maximilian Fries	Bienensterben: Glyphosat schadet Bienen – jetzt muss das Herbizid vom Acker	190.786 / 200.000
Sven Giegold / Martin Häusling	Illegale Tierquälerei auf Europas Straßen beenden	172.176 / 200.000
	Steuerpolitik und Lobbyismus	
Sven Giegold	Keine Blockade in Brüssel! Steuertransparenz jetzt!	89.944 / 150.000
	Olaf Scholz will Digitalsteuer begraben. Faire Besteuerung von Google & Co.	39.762 / 50.000
	Lobbyismus transparent machen, schnelle Seitenwechsel verhindern!	109.857 (beendet)
	Migration	
Beatrice von Weizsäcker / Sven Giegold / Ansgar Gilster	Flüchtlingspolitik in Europa: Erst stirbt das Recht, dann der Mensch	112.575 / 150.000
	Atomkraft	
Brigitte Artmann	Stopp Temelin – gefährliche Schweißnähte untersuchen!	99.648 / 150.000
Ute Schlumpberger / Bürgerinitiative Cattenom Non Merci	Gegen den Weiterbetrieb der Gefahrenmeiler Cattenom	43.227 / 50.000
	Lebensmittelverschwendung	
Claudia Ruthner	EU: Verpflichtet Supermärkte, ihr unverkauftes Essen zu spenden	1.400.222 / 1.500.000
	Kultur / Internet	
Erhard Grundl / Claudia Roth	Brüsseler Erklärung – für die Freiheit der Kunst	52.865 / 75.000
Save The Internet	Stoppt die Zensurmaschine – rettet das Internet	1.938.254 / 3.000.00

Links zu NGOs, Instituten und Kampagnenplattformen

Nach den Befunden der Studie haben sich in den vergangenen Monaten mehr als 20 NGOs mit eigenen Eingaben und E-Mail-Aktionen europapolitisch hervorgetan. Leser/innen, die sich zunächst über deren Arbeit genauer informieren möchten, können dazu die folgende Übersicht als Orientierungshilfe nutzen.

Kontakt Daten zu den in der Bestandsaufnahme aufgeführten NGOs

Natur- und Umweltschutz

Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: <https://www.ausgestrahlt.de/>

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): <https://www.bund.net/>

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH): <https://www.duh.de/>

Greenpeace: <https://www.greenpeace.de/>

Naturschutzbund Deutschland (NABU): <https://www.nabu.de/>

World Wide Fund for Nature (WWF): <https://www.wwf.de>

Verbraucherschutz- und Hilfsorganisationen

foodwatch: <https://www.foodwatch.org/de/startseite/>

Oxfam: <https://www.oxfam.de/>

terre des hommes: <https://www.tdh.de/>

Friedenspolitische Initiativen und Verbände

Büchel ist überall: <https://www.friedenskooperative.de/kampagne/buechel-ist->

Forum Ziviler Friedensdienst: <https://www.forumzfd.de/de>

Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN): <https://www.icanw.de/>

Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW): <https://www.ippnw.de/startseite.html>

Netzwerk Friedenskooperative: <https://www.friedenskooperative.de/>

Organisationen für Schutz suchende Menschen

Pro Asyl: <https://www.proasyl.de/>

Seebrücke: <https://seebruecke.org/>

Demokratie / Transparenz / Welthandel / Nachhaltigkeit

LobbyControl: <https://www.lobbycontrol.de/>

Mehr Demokratie: <https://www.mehr-demokratie.de/>

Netzwerk gerechter Welthandel: <https://www.gerechter-welthandel.org/>

Runder Tisch Reparatur: <https://runder-tisch-reparatur.de/>

Finanzindustrie

Bürgerbewegung Finanzwende: <https://www.finanzwende.de/>

Alphabetische Übersicht

Abrüsten statt Aufrüsten: <https://abruesten.jetzt>

Adopt a Revolution: <https://adoptrevolution.org/>

Agent Green: <https://en.agentgreen.ro/>

Aktion gegen den Hunger: <https://www.aktiongegenhunger.de/>

Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/die-allianz/>

Amadeu Antonio Stiftung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

Amnesty International: <https://www.amnesty.de/kampagnen>

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.: <http://www.abl-ev.de/start/>

Ärzte ohne Grenzen: <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/aktuelles>

atmosfair: <https://www.atmosfair.de/de/>

ATTAC: <https://www.attac.de/kampagnen/europa/europakongress-2018/>

.ausgestrahlt: <https://www.ausgestrahlt.de/aktionen/euratom>

AVAAZ: <https://secure.avaaz.org/page/de/>

Berlin Institut für Partizipation: <https://bipar.de/>

BUND: <https://www.bund.net/service/suchergebnis/?L=0&q=Kampagnen>

Bundesnetzwerk Bürgerschattliches Engagement: <https://www.b-b-e.de/>

Bündnis Bürgerenergie e.V.: <https://www.buendnis-buergerenergie.de/home/>

Brot für die Welt: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/>

Campact e.V.: <https://www.campact.de/>

change.org: <https://www.change.org/petitions>

Corporate Europe Observatory: <https://corporateeurope.org/en>

CO₂-Abgabe e.V. : <https://co2abgabe.de/2017/08/12/konzept-co2-abgabe/>

CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung: <https://www.cora-netz.de/>

Christliche Initiative Romero e.V.: <https://www.ci-romero.de/>

Deutsche Umweltstiftung: <https://www.deutscheumweltstiftung.de/>

Deutscher Gewerkschaftsbund: <https://www.dgb.de/>

Deutscher Naturschutzring: <https://www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews>

DiEM25: <https://diem25.org/main-de/>

Digitalcourage: <https://digitalcourage.de/>

DUH.: <https://www.duh.de>

Economists for Future: <https://plurale-oekonomik.de/projekte/economists-for-future/>

Ende Gelände: <https://www.ende-gelaende.org/de/>

Europäischer Gewerkschaftsbund: <https://www.etuc.org/en>

European Democracy Labs: <https://europeandemocracylab.org/de/>

European Environmental Bureau: <https://eeb.org/homepage/about/>

Europa neu begründen: <http://www.europa-neu-begrunden.de/>

Europa-Union Deutschland: <https://www.europa-union.de>

Euro Natur-Stiftung: <https://www.euronatur.org/>

Extinction Rebellion: <https://extinctionrebellion.de/>

Finance Watch Deutschland / Bürgerbewegung Finanzwende: <https://www.finanzwende.de>

Foodwatch: <https://www.foodwatch.org/de/startseite/>

Forum Ziviler Friedensdienst: <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de>

Fridays for Future: <https://fridaysforfuture.de/>

Futurzwei / Stiftung Zukunftsfähigkeit: <https://futzurwei.org/>

Engagement global /Service für Entwicklungsinitiativen: <https://www.engagement-global.de/>

Germanwatch e.V.: <https://germanwatch.org/de>

Gesellschaft für bedrohte Völker: <https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/online-petitionen/>

griechenlandsolidarität: <https://griechenlandsoli.com/>

Greenpeace: <https://www.greenpeace.de/>

GRÜNE LIGA Netzwerk ökologischer Bewegungen: <https://grueneliga.de/index.php/de/rundbrief>

Hans-Böckler-Stiftung: <https://www.boeckler.de/index.htm>

Heinrich-Böll-Stiftung: <https://www.boell.de/de/themen/europapolitik?dimension1=startseite>

Human Rights Watch: <https://www.hrw.org/de>

Humboldt-Viadrina Governance Platform: <https://www.governance-platform.org/?cn-reloaded=1>

ICAN Deutschland: <https://www.icanw.de/>

Initiative Stop TTIP: www.stop-ttip.org

Inkota-Netzwerk: <https://www.inkota.de/>

Institut Arbeit und Wirtschaft: <http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/navigation/index.de>

Institut für Europäische Politik: <http://iep-berlin.de/>

Institut Solidarische Moderne: <https://www.solidarische-moderne.de/de/topic/71.themen.html?tcid=2>

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.: <https://www.ippn-w.de/frieden/europawahl.html>

Jean Monnet Centrum für Europastudien: <https://www.monnet-centre.uni-bremen.de/>

Jaques Delors Institut Berlin: <https://www.delorsinstitut.de/>

Klima Allianz Deutschland: <https://www.klima-allianz.de>

Klimareporter: <https://www.klimareporter.de/>

kritnet (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung): <http://kritnet.org/>

Lobby Control: <https://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyismus-in-der-eu/>

medico international: <https://www.medico.de/>

Mehr Demokratie: <https://www.mehr-demokratie.de/>

Misereor: <https://www.misereor.de/>

Naturfreunde Deutschlands: <https://www.naturfreunde.de/>

Naturschutzbund Deutschland (NABU): <https://www.nabu.de/>

Netzwerk Friedenskooperative: www.friedenskooperative.de

Netzwerk Gerechter Welthandel: <https://www.gerechter-welthandel.org/>

Netzwerk Steuergerechtigkeit: <https://netzwerk-steuergerechtigkeit.de/>

open Petition: <https://www.openpetition.de/>

Oxfam: <https://www.oxfam.de/mitmachen/aktionen>

PowerShift e.V.: <https://power-shift.de/language/de/>

Pulse of Europe: <https://pulseofeurope.eu/>

Pro Asyl: <https://www.proasyl.de/kampagnen-und-aktionen>

Reporter ohne Grenzen: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/>

reset.org: <https://reset.org/>

restart Europe now!: Restart-europe-now.eu/unterstuetzen/

Rettet den Regenwald e.V.: <https://www.regenwald.org/petitionen>

Robin Wood: <https://www.robinwood.de/>

Rosa Luxemburg-Stiftung: <https://www.rosalux.de/>

Scientists for Future: <https://www.scientists4future.org/>

Sea-Watch e.V.: <https://sea-watch.org/>

Seebrücke: <https://seebruecke.org/>

Slow food: <https://www.slowfood.com/de/wir-ueber-uns/>

Stiftung Zukunftsfähigkeit: <https://Stiftungskuratoren/>

Südwind e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene: <http://www.suedwind-institut.de/startseite.html>

terre des hommes: <https://www.stoppt-waffenexporte.de/>

Transparency International Deutschland e.V: <https://www.transparency.de/>

Umweltinstitut München: <http://www.umweltinstitut.org/home.html>

Unteilbar: <https://www.unteilbar.org/>

Urgewald: <https://urgewald.org/>

WeAct /Campact e.V. (DE): <https://weact.campact.de/petitions/search?q=Europa>

Weltladen-Dachverband e.V.: <https://www.weltladen.de/>

WeMove.EU: <https://www.wemove.eu/de/unsere-kampagne>

World Wide Fund for Nature (WWF): <https://www.wwf.de/>

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: <https://wupperinst.org/>

Vier aktuelle Nachträge zur Studie

Mit den folgenden, nach Beendigung der Studie entstandenen Aufzeichnungen wird eine ihrer grundlegenden Intentionen weiterverfolgt: sich nach „wirkmächtigen“ Bewegungen und Akteuren umzuschauen, die der europapolitischen Kampagnen-Praxis mehr Durchsetzungskraft verleihen könnten. Dreh- und Angelpunkt bildet hierbei eine Aufstellung aktueller klima- und umweltpolitischer Kampagnen im zweiten Nachtrag, die als Handreichung für geeignete Anlässe wie den „Klimastreik“ am 20. September und weitere daran anknüpfende Aktivitäten konzipiert ist. Aus deren bisheriger Verbreitung haben sich Anhaltspunkte für künftige Kontakte zu geeigneten Akteuren ergeben, die im Weiteren erläutert werden. Hierzu enthält bereits die folgende Dokumentation Anknüpfungspunkte, die im dritten Nachtrag näher ausgeführt werden.

Dokumentation neuer Kampagnen von Juli bis September 2019

Protokollarische Notizen verdeutlichen zunächst den Aspekt, dass sich der Kampagnen-Aktivismus fortlaufend bemerkbar macht und von allen teilnehmenden Beobachter/innen eine beständige „gestreute“ Aufmerksamkeit abverlangt. Diese Anforderung erhöht sich, wenn bei aktuellen Bestandsaufnahmen nicht nur Initiativen berücksichtigt werden, die sich explizit auf europäische Problemfelder, sondern auch auf deutsche Belange mit europapolitischer Reichweite beziehen.

Ferner wird ersichtlich, wie die Kampagnen-Praxis zunehmend auf das Schlüsselereignis am 20. September – dem von Fridays for Future weltweit initiierten „Streiktag“ zur Bekämpfung der Klimakrise – reagiert und welche Beiträge sie hierzu geliefert hat, auf deren Bedeutung im dritten Nachtrag eingegangen wird. Außerdem werden drei Aktionen berücksichtigt, die im Zeitraum von Juni bis September die Klima- und Naturschutzproblematik auf ungewöhnliche Weise in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt haben.

Juli 2019

Am 3.7.2019 verbreitet *WeMove.EU* den internationalen Aufruf *Brücken statt Blockaden!*, der von den Organisationen *Sea Watch*, *medico international* und *kritnet* (Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung) anlässlich der Verhaftung der *Sea Watch*-Kapitänin *Carola Rackete* initiiert wurde. Darin fordern 30 renommierte Wissenschaftler/innen und Kulturschaffende neben der sofortigen Freilassung von Frau Rackete auch die Einstellung der Verfahren gegen die Crew eines weiteren Seenotrettungsschiffs, der *Iuventa* 10. Außerdem enthält der Aufruf Forderungen zu einer grundlegenden Umkehr in der europäischen Flüchtlingspolitik:

"Wir rufen das neu gewählte Europäische Parlament auf, Regelungen vorzuschlagen, die den Geflüchteten im Sinne der Genfer Konvention Asyl und Schutz gewähren und endlich eine faire Verteilung der Menschen auf die Mitgliedsstaaten der EU gewährleisten. Die Europäische Kommission soll entsprechende Regelungen erlassen, und die europäischen Regierungen sollen sie umgehend umsetzen. Es ist höchste Zeit, dass Europa seiner kollektiven Verantwortung gerecht wird, seine moralische Glaubwürdigkeit wiederherstellt

und seine politische Handlungsfähigkeit beweist. Die EU muss die internationalen SOLAS- und SAR-Konventionen¹³⁸ befolgen, die es zur Pflicht machen, gerettete Menschen an einen sicheren Ort zu bringen. Dass auf solche Selbstverständlichkeiten überhaupt hingewiesen werden muss, sagt alles zum Zustand der europäischen Politik."

Der Aufruf ist Teil einer breiten europäischen zivilgesellschaftlichen Allianz gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung. Wie dem weiteren Text zu entnehmen ist, hat sich an der Dringlichkeit des Appells auch nach der Entlassung der Sea Watch-Kapitänin aus der Haft noch kaum etwas geändert.

Am 9.7. wendet sich die Hilfsorganisation *Aktion gegen den Hunger* mit ihrem Aufruf **Jemenkrieg: Waffenexporte stoppen, Hunger beenden** mit Forderungen an die deutsche Bundesregierung, welche die bereits in dem von Greenpeace verbreiteten Appell **Keine Geschäfte mit dem Jemen Krieg!** verlangten Maßnahmen bekräftigen und erweitern (vgl. S.20, 31). Die Hilfsorganisation fordert von der Bundesregierung, dass sie den Exportstopp für Waffensysteme an Saudi-Arabien verlängert, alle Schlupflöcher für weitere Lieferungen schließt und darüber hinaus „einen Rüstungsstopp an Kriegsparteien auf europäischer Ebene“ durchsetzt, „um Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht gemeinschaftlich sicherzustellen“.

Am 10.7. veröffentlicht *WeMove.EU* einen eigenen Aufruf, den Appell **Stoppt Nenskra**, der sich gegen den Bau eines großen Wasserkraftwerks in der *georgischen Bergregion Swantien* mit folgender Begründung wendet:

„(...) In einer einzigartigen Bergregion Georgiens läuft so ziemlich alles falsch, was nur falsch laufen kann: Die Talsperre würde ein wunderschönes Naturschutzgebiet zerstören und die Lebensgrundlage der Dorfbewohner gefährden. Dabei wird ein Großteil des Stroms gar nicht benötigt und ist viel zu teuer. Bessere Alternativen wurden nicht berücksichtigt und die geologischen Gefahren ignoriert. Beahlt werden soll das Ganze mit Geld aus Europa.

Eine Milliarde soll die Nenskra-Talsperre kosten und zwei europäische Banken haben Darlehen über ein Drittel der Summe genehmigt. Über ein Jahr liegen diese Verträge auf dem Tisch, aber die letzte entscheidende Unterschrift fehlt (...) Wenn sich die beiden europäischen Banken zurückziehen, werden andere folgen. Sie werden anerkennen, wie sinnlos dieser Staudamm ist.“

Der Aufruf richtet sich an die *Europäische Investitionsbank* sowie an die *Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* und fordert beide dazu auf, den Kreditvertrag für das Staudamm-Projekt Nenskra in Georgien nicht zu unterzeichnen.

Interessant ist zu wissen, dass die WeMove-Plattform mit diesem Appell ihren Kampf um den Erhalt wertvoller Naturreservate in *Osteuropa* fortsetzt, den sie, wie aus der Studie hervorgeht, bereits zur Rettung der Urwälder in Polen und Rumänien sowie des Flusstals von Kresna in Bulgarien führt (vgl. S.10, 24 f. und auf S.69 den Appell **Den Urwald verteidigen!**). Hierbei geht es wie auch bei der folgenden Initiative unter verschiedenen Vorzeichen darum, Naturschutzgebiete vor kommerzieller Bewirtschaftung oder der Durchsetzung zerstörerischer Infrastrukturen zu bewahren – Vorhaben, die teilweise auch regelwidrig und abwei-

¹³⁸ Abkürzungen für "Safety of Live at Sea" und "Search on Rescue"

chend von Schutzvorschriften durch EU-Gelder gefördert werden. Damit werfen die WeMove-Campaigner/innen wiederholt die Frage auf, *welche Investitionsvorhaben zur Herstellung ausgeglichener Lebensverhältnisse in der EU sinnvoll sind und auf welche unbedingt verzichtet werden sollte.*

Ebenso folgerichtig führt WeMove im Anschluss an den 2018 veröffentlichten Aufruf *Pinguine retten!* seit dem 31.7.2019 eine *E-Mail-Aktion* durch, mit welcher der EU-Ratspräsident Donald Tusk aufgefordert werden soll, bei dem während seiner restlichen Amtszeit stattfindenden G7-Gipfel nachdrücklich für die Durchsetzung eines *Meeresschutzgebiets in der Antarktis* zu plädieren, um die kommerzielle Überfischung und das dadurch verursachte Massensterben von Pinguinen zu stoppen.

Ein weiteres brisantes Thema ist von der im vergangenen Jahr gegründeten NGO *Bürgerbewegung Finanzwende (Finance Watch Deutschland)* aufgegriffen worden: Seit dem 24.7. verbreitet sie ihren Aufruf *No Libra – Facebooks Währung stoppen!*, dessen Forderung so schnell wie möglich von der EU-Kommission und Europäischen Zentralbank umgesetzt werden soll. Warum die Zeit drängt, geht aus folgender Erläuterung hervor:

„Facebook plant mit der Einführung der digitalen Währung Libra einen Angriff auf unser Währungssystem und unsere individuelle Freiheit. Bereits Anfang 2020 möchte Facebook seine Pläne in die Tat umsetzen. Dabei ist nicht einmal klar, welche Aufsichtsbehörde für die Libra zuständig ist! Einmal eingeführt, ließe sich Libra kaum mehr stoppen – ein gefährliches Feldexperiment mit ungewissen Ausgang für uns alle (...) Binnen 15 Jahren gelang dem Techkonzern Facebook, wovon staatliche Geheimdienste nur träumen: ein digitales Profil von fast einem Drittel der Weltbevölkerung zu erstellen, Klarname, Bewegungsprofile und private Interessen inklusive. Nun geht Facebook den nächsten Schritt und bereitet die Ausweitung seiner Geschäfte auf den Finanzbereich vor. Die Machtfülle des großen Tech-Giganten ist *bereits jetzt nahezu unkontrollierbar*. Kommt noch der Zugang zu sensiblen Zahlungsdaten dazu, gerät jeder einzelne und wir alle als Gesellschaft in eine gefährliche Abhängigkeit – viel gefährlicher noch als die von den Großbanken.“

Schließlich hat sich die bereits im Mai zugelassene EBI zum Insektensterben (vgl. S.23) neu gegründet. Am 31.7.2019 beantragte ein breites Bündnis an Naturschutzverbänden bei der EU-Kommission die *EBI Bienen und Bauern retten*, mit welcher die EU dazu aufgefordert werden soll, ein Gesetz zu erlassen, das den Einsatz von insektenschädlichen Pestiziden beenden, natürliche Ökosysteme in landwirtschaftlich genutzten Gebieten wiederherstellen und Bäuerinnen und Bauern bei der Umstellung zu einer nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Landwirtschaft unterstützen soll. Die am 30.9. von der Kommission genehmigte EBI wird ab Ende Oktober 12 Monate Unterschriften sammeln. Erreicht sie in diesem Zeitraum das vorgegebene Quorum, so finden im EU-Parlament Anhörungen zur o.g. Forderung der EBI statt, worauf die EU-Kommission mit einem eigenen Gesetzgebungsvorschlag reagieren muss, wenn dies vom Parlament verlangt wird.

August 2019

Am 9.8. appelliert *WeMove.EU* unter dem Motto *Fossil Free Facebook!* an Mark Zuckerberg, jegliche Werbung von fossilen Energieunternehmen, die zu den stärksten Verursachern der Klimakrise gehören, auf seiner Website zu verbieten. Bislang veröffentlichte Facebook – eine der größten Werbeplattformen der Welt – skrupellos Werbeanzeigen der Konzerne BP, Shell und ExxonMobil, in denen diese sich fälschlicherweise als Vorreiter der Energiewende präsentieren.

Wie schon beim Aufruf *Brücken statt Blockaden!* geht es auch bei dem von *WeMove.EU* an Jean-Claude Junker, Matteo Salvini, Joseph Muscat, Emmanuel Macron und Pedro Sánchez adressierten Appell *Europa der offenen Arme* um die unverzügliche Sicherstellung einer europäischen Seenotrettung. Angesichts akuter Notlagen auf den Rettungsschiffen „Open Arms“ und „Ocen Viking“ sollen die Regierungschefs im Schulterschluss mit der EU-Kommission den Zugang zu sicheren Häfen für Menschen in Not durchsetzen, „die sich an Bord von zivilen Rettungsschiffen in europäischen Gewässern befinden“. Außerdem dürfen keine Personen bestraft werden, die selbstlos Hilfe leisten. Weiter heißt es in dem am 13.8. verbreiteten Aufruf:

„Wer aus Seenot gerettet wird, muss betreut und an Land gebracht werden. Die Flüchtlinge auf den Schiffen dürfen nicht dafür bezahlen, dass sich Staats- und Regierungschefs nicht auf eine solidarische Aufnahme einigen können. Zeigen wir mit unserem Appell, dass wir ein menschliches Europa wollen, in dem Menschen in Not mit offenen Armen empfangen werden.“

Am 17.8.2019 erscheint in der Wochenendausgabe der TAZ eine Anzeige zur Petition *Bleiberecht statt Ausgrenzung*, die anlässlich des 70. Jahrestags des Grundgesetzes (23.5.1949) von *medico international* und dem *Grundrechtekomitee* initiiert und am 20.5.2019 in einer *Pressemitteilung* von *medico international* angekündigt worden ist. Die von prominenten Einzelpersonen und mehreren humanitären Organisationen unterstützte Petition nimmt auf zahlreiche Missstände in Deutschland Bezug, die mit der Illegalisierung von Migranten einhergehen, und fordert den Deutschen Bundestag bzw. Petitionsausschuss dazu auf, den „Zustand der existenziellen Unsicherheit und Rechtlosigkeit zu beenden“.

Am 18.8. verbreitet die Kampagnen-Plattform *WeMove.EU* einen Aufruf zur künftigen Klimapolitik der EU, der an die Präsidenten von Europäischer Kommission und EU-Rat sowie die Staats- und Regierungschefs gerichtet ist und in dem die EU unter dem Motto *EU-Notfall-Klimagipfel jetzt!* zu einem viel konsequenteren und schnelleren Handeln aufgefordert wird: Die Entscheidungsträger sollen dafür Sorge tragen, dass „unverzüglich ein verbindliches Ziel für Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2040“ festgelegt wird und dieses Ziel durch eine Erhöhung der Emissionsreduzierung auf 65% bis zum Jahr 2030 erreicht wird.

Seit dem 23.8. verbreitet *Campact* den an Angela Merkel, Peter Altmaier und Svenja Schulze adressierten Eilappell *Mercosur stoppen, Amazonas retten!*, in dem von der Bundesregierung verlangt wird, das geplante Mercosur-Handelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund aufzukündigen, weil dieses den „brasilianischen Export von

Fleisch, Soja und anderen Agrarprodukten“ massiv steigern und so die Brandrodung im einzigartigen Amazonasgebiet weiter befeuern“ würde. Solange das Abkommen „keine verbindlichen Regeln zum Schutz von Regenwäldern und Umwelt enthält und die Pariser Klimaziele untergräbt“, dürfe Deutschland dem Vertrag im EU-Ministerrat nicht zustimmen.¹³⁹

Einen Tag später appelliert die Naturschutzorganisation *WWF* an die Bundeskanzlerin, den *Amazonas zur Chefinnen-Sache zu machen*. In der inzwischen beendeten E-Mail-Aktion wird eine „drastische Nachschärfung“ des Handelsabkommens mit Mercosur angemahnt und darauf hingewiesen, dass ohne bessere Sozial- und Umweltstandards das Abkommen zur weiteren Zerstörung des Amazonas und der Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung beitragen würde. Deshalb dürften auch in Europa keine Produkte auf den Markt kommen, die auf Kosten des Regenwaldes hergestellt werden.

Hierauf zielt ebenfalls der am 29.8. von *WeMove.EU* veröffentlichte Appell *Kein Handelsabkommen zwischen der EU und Brasilien! Der Amazonas-Regenwald brennt* ab. Der Aufruf wendet sich an die Handels-, Umwelt- und Landwirtschaftsminister/innen der EU-Staaten sowie an die europäischen Staats- und Regierungschefs und verlangt von diesen, dass sie die Verhandlungen mit dem brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro über das Mercosur-Handelsabkommen einstellen. Begründet wird dies u.a. mit folgendem zusätzlichen Argument:

„Wird der Vertrag unterzeichnet, wird Europa viel mehr Obst und Gemüse importieren, das mit verbotenen Pestiziden behandelt wurde. Da Bolsonaro viele Umweltschutzstandards gelockert hat, können Großkonzerne wie Syngenta in Brasilien Chemikalien produzieren, die sie hier nicht herstellen dürfen. Sie werden auf alle Pflanzen gesprüht, die bald in unseren Supermarktregalen liegen könnten.“

September 2019

Am 1.9. ruft *Greenpeace* dazu auf, an der vom Bündnis *#aussteigen* organisierten Demonstration zu einer sofortigen Verkehrswende in Deutschland teilzunehmen, die am 14.9. vor den Toren der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt stattfindet, und weist außerdem auf den für den 20.9. anberaumten „Klimastreik“ hin.

Tags darauf teilt *Campact* mit, in den Mitgliederzeitungen von SPD und Grünen eine *Anzeigekaktion* mit einer Abbildung des brennenden Regenwaldes und der Aufschrift „Mercosur stoppen, Amazonas retten!“ durchführen zu wollen. Die Plattform bittet um Spenden und begründet dies mit folgender Situationsbeschreibung: „Der Amazonas-Regenwald ist gerade Thema in allen Medien (...) Bevor das öffentliche Interesse nachlässt, müssen wir die Parteien zu einem klaren Mercosur-Nein bewegen.“

Genau passend zu diesem Schwerpunkt wendet sich am 3.9. die NGO *Urgewald*, die als „Anwalt für Menschenrechte und Umwelt“ der so genannten *Divestment*-Bewegung angehört, gegen die vom Bundesumweltministerium beabsichtigte Aussetzung von Fördergeldern zum Schutz von Brasiliens Regenwald. Mit diesen Geldern würden „nicht der brasilianische Präsident unterstützt, sondern jene Menschen in Brasilien, die für den Schutz des Regenwal-

¹³⁹ Vgl. Jost Maurin, *Keine Strafen für Regenwaldrodung*. TAZ 29.8.2019

des ihr Leben riskieren.“ Mit der Kürzung von 35 Millionen Euro bestehe die Gefahr, dass „die Verbindungen zu Klima- und Umweltschützern sowie Indigenen gekappt“ würden, „die für den Schutz des Regenwaldes eintreten und derzeit in Brasilien starke Repressionen erleben“. Stattdessen müsse man „auf brasilianisches Soja in Produkten und als Futtermittel sowie auf Fleisch aus Brasilien“ verzichten und darüber hinaus das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur-Staaten aufkündigen, das am 28.6.2019 vereinbart worden ist.

Am 4.9. weist *Greenpeace* auf einen „besonderen Tag für die Klimabewegung“ hin: Ende Oktober werde beim Berliner Verwaltungsgericht eine *Klage gegen die Bundesregierung* wegen mangelhaften Klimaschutzes verhandelt, die ein Jahr zuvor drei Familien zusammen mit *Greenpeace* dort eingereicht haben (vgl. Fußnote S.33).¹⁴⁰

Am gleichen Tag kündigt der *BUND* einen „heißen Herbst“ mit dem Ziel an, „dass die Bundesregierung die Klimakrise endlich entschlossen bekämpft“, und wirbt sowohl für eine Beteiligung an der Großdemonstration anlässlich der IAA als auch an dem von FFF initiierten „Klimastreik“. Außerdem weist der *BUND* darauf hin, dass beide Aktionen den Auftakt für eine Ende November stattfindende „Großmobilisation“ zur nächsten Klimakonferenz der UN bilden werden.

In den folgenden Tagen werden weitere Aufrufe zur Teilnahme am globalen „Klimastreik“ verbreitet: *Robin Wood*, *WWF*, das *Netzwerk Friedenskooperative* und *Greenpeace* machen im Zeitraum vom 6. bis 8. September ihre Zielgruppen auf die anstehenden Demonstrationen aufmerksam.

Am 8.9. informiert der *BUND* interessierte Kreise über den Ausgang der an die Bundesregierung gerichteten Insektenschutzkampagne *Lass brummen! Eine Zukunft für Insekten*, für die fast 200.000 Stimmen gesammelt wurden. Diese hat dazu geführt, dass die Bundesregierung ein eigenes Aktionsprogramm beschlossen hat, das aus Sicht des *BUND* in den meisten Punkten jedoch noch unzureichend ist. In der Mitteilung sowie einem *Hintergrundpapier* vergleicht die Organisation die im Aktionsprogramm für neun Handlungsbereiche beschlossenen Maßnahmen mit den eigenen Forderungen und gelangt zum Ergebnis, dass diese keine „Trendwende beim Insektenschutz“ einzuleiten vermögen. Der *BUND* verweist auf eindeutige Forschungsergebnisse zur dramatischen Lage von Wildbienen, Schmetterlingen und anderen Insektenarten sowie auf den Befund, dass in den vergangenen 30 Jahren der Insektenbestand um 75 Prozent zurückgegangen sei.

Im Zuge dieser Kampagne ist auch die Bundeskanzlerin in einem *offenen Brief* dazu aufgefordert worden, sich für einen besseren Insektenschutz durch Anwendung ihrer Richtlinienkompetenz einzusetzen. Ferner wurde vom *BUND* am 24.5.2019 eine *Klage* beim Verwaltungsgericht Braunschweig gegen die Zulassung des Insektizids Alfatac 10 EC erhoben, weil dieses „als schädigend für Populationen relevanter Nutzinsekten wie Schwebfliegen, Käfer und Wildbienen eingestuft“ sei.

Zwei Tage später geben der *BUND* und *Greenpeace* (sowie *Oxfam* am 29.9.) den an die Bundeskanzlerin adressierten Aufruf *Wir brauchen endlich ein Lieferkettengesetz!* bekannt

¹⁴⁰ Am 31.10.2019 hat das Berliner Verwaltungsgericht die Klage abgewiesen, zugleich aber auch Klimaklagen für zulässig erklärt – siehe *Greenpeace, Teilerfolg in erster Bilanz*.

und bitten darum, die E-Mail-Aktion zu unterstützen. Ausgehend von der Schilderung weltweiter Missstände wird die Überfälligkeit eines solchen Gesetzes von der *Initiative Lieferkettengesetz* – einem Zusammenschluss zahlreicher NGOs und Hilfsorganisationen, an dem auch der DGB und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beteiligt sind – u.a. mit folgenden Worten verdeutlicht:

„Deutsche Unternehmen sorgen immer wieder für die Zerstörung der Umwelt bei gleichzeitiger Verletzung von Menschenrechten in ihren Lieferketten. Bislang hat das für sie keinerlei Konsequenzen. Ein Lieferkettengesetz kann das ändern und die Unternehmen für Verstöße in Haftung nehmen.“¹⁴¹

Sven Giegold teilt in seinem *Newsletter vom 12.9.* mit, dass „der Rat der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) in der letzten Woche einstimmig beschlossen“ habe, „ein Seenotrettungsschiff zur Rettung Geflüchteter (...) ins Mittelmeer zu schicken“, und dieser Beschluss „von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis getragen“ werde.

Am 17. und 18.9 rufen *WeMove.EU*, *WWF*, *BUND*, *Campact* und *Greenpeace* nochmals zur Teilnahme am globalen „Klimastreik“ auf. Der *WWF* veröffentlicht hierzu eine Übersicht über mehr als 470 „Streikorte“ in Deutschland.

Kurz vor diesem Großereignis scheint der Zeitpunkt günstig zu sein, um auf eine andere außergewöhnliche Begebenheit aufmerksam zu machen: Die *DUH* teilt am 18.9. mit, dass erstmals in Deutschland ein Braunkohle-Tagebau aus Umweltschutzgründen stillgelegt worden ist. Zusammen mit der *Grünen Liga* konnte die Organisation vor Gericht einen Betriebsstopp für den Brandenburger Tagebau *Jänschwalde* des ostdeutschen Energieversorgers *Leag* durchsetzen, der am 1.9. in Kraft tritt. Die Kläger hatten gegen den Betriebsplan des Tagebaus Widerspruch u.a. mit der Begründung eingelegt, dass umliegende Moor- und Naturschutzgebiete durch den weiteren Tagebau gefährdet seien, die nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU einen europäischen Sonderstatus besitzen.¹⁴²

Am selben Tag wird auch der Aufruf *Aufbruch in eine gerechte Gesellschaft für Alle!* ins Netz gestellt, der in Nordrheinwestfalen von Gewerkschafter/innen, Kulturschaffenden sowie Vertreter/innen aus verschiedenen sozialen Bündnissen initiiert wurde und zu deren Erstunterzeichner/innen der ehemalige Vorsitzende von ver.di *Frank Bsirske*, die Kabarettistin *Gerburg Jahnke* und der Bremer Ökonom *Rudolf Hickel* gehören. Der Aufruf beinhaltet einen politischen Anforderungskatalog zu den Themenbereichen „Wohlstand für alle, Pflege und Gesundheit, Bildung, Wohnen, Rente, Friedenspolitik, Geflüchtete“ und „Finanzierung“. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass in diesem Katalog auch die Themenfelder „Mobilität, Klimakrise, Energiewende, gerechter (Welt)Handel, faire Arbeit, soziales Europa“ u.a.m. noch berücksichtigt werden sollen.

Der Aufruf soll den Auftakt zu einer Kampagne bilden, die sich an die politischen Parteien wendet und bis zu den Bundestageswahlen von verschiedenen Aktionen begleitet wird.

¹⁴¹ Vgl. Hannah Germann, *Drei Gründe für mehr Regulierung*. TAZ 11.9.2019

¹⁴² Vgl. Nora Marie Zaremba, Christian Schaudwet, Jakob Schlandt, *Ist bald Ruhe im Tagebau Jänschwalde?* Der Tagesspiegel, 29.8.2019 und. Daniel Wetzel, *Jetzt siegt die Deutsche Umwelthilfe auch gegen die Kohle-Lobby*. Welt.de 30.8.2019

Beabsichtigt ist, vor Ort runde Tische, Diskussionskreise und örtliche Bündnisse zur Durchsetzung einer gerechteren Gesellschaft ins Leben zu rufen.¹⁴³

Am folgenden Tag gibt die *Aktion gegen den Hunger* bekannt, dass sie zusammen mit 56 zivilgesellschaftlichen Verbänden in einem *offenen Brief an den Bundessicherheitsrat* von der Bundesregierung „ein umfassendes und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot gegenüber allen Mitgliedern der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen“ verlangt habe. Dieses solle solange gelten, wie „diese am bewaffneten Konflikt beteiligt sind oder die Gefahr besteht, dass auch deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Jemen beitragen“. Das Exportverbot dürfe keine Ausnahmen für Komponenten-Lieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilte Exportgenehmigungen zulassen. Neben einem nationalen Rüstungsexportverbot müsse sich die Bundesregierung auch „für ein EU-weites Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen einsetzen“.

Am 20.9., der zu einem „historischen Tag“ für die weltweite Klimabewegung wird, stellt *food-watch* eine *Meta-Studie* vor, in der zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse zu den *externen Kosten* der europäischen Landwirtschaft – Umweltbelastungen, für die nicht die Verursacher aufkommen, sondern die „öffentliche Hand“ – ausgewertet wurden und aus der hervorgeht, dass im Agrarsektor der EU jährlich Klimaschäden in Höhe von 77 Milliarden Euro entstehen.

An diesem Tag wird zugleich ein Appell mit einem anderen „weltumspannenden“ Thema von *WeMove.EU* verbreitet: Der von der *Bürgerbewegung Finanzwende* im Juli initiierte Aufruf zur geplanten Facebook-Währung (vgl. S.78) wird nunmehr in einer anders formulierten Fassung und mit dem nur geringfügig veränderten Titel *Nein zu Libra! Facebook-Währung stoppen!* veröffentlicht und ist an die inzwischen gewählte Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, und ihre Kollegin bei der EZB, Christine Lagarde, gerichtet.

Noch am gleichen Tag verbreiten der *BUND*, *WWF* und *Campact* den Eilappell *Klimakrise: Anpacken statt Kapitulieren!*, in dem die drei Verbände von der Bundesregierung verlangen, bis zum 29.11., drei Tage vor der Weltklimakonferenz in Chile, ein wirksames Klimaprogramm mit Zielen vorzulegen, die mit dem Pariser Abkommen kompatibel sind. Im Einzelnen erwartet man von der Bundesregierung folgende Maßnahmen:

- „Mit klaren Regeln aus Kohle, Öl und Gas aussteigen: durch einen Kohleausstieg bis spätestens 2030, das sofortige Verbot neuer Ölheizungen und den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor.
- Den Geldhahn für Öl, Gas und Kohle zudrehen, indem klimaschädliche Subventionen wie die steuerliche Begünstigung von Diesel und Kerosin gestrichen werden und die Förderung neuer Gasinfrastruktur beendet wird.
- 100 Prozent auf Erneuerbare setzen. Die Hürden, die den naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien derzeit ausbremsen, müssen fallen.

¹⁴³ Vgl. ver.di, Bezirk Linker Niederrhein, *Für eine gerechte Gesellschaft*, 18.9.2019

- Zum Klimaschutz gehört die Verkehrs- und Agrarwende. Es braucht mehr Raum für öffentlichen Verkehr, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und ein Moratorium für den Aus- und Neubau von Straßen und Flughäfen. Eine bäuerliche, klimafreundliche und ökologischere Landwirtschaft muss die industrielle Tierhaltung ersetzen.
- Ein CO2-Preis muss jetzt wirken und darf nicht durch einen Emissionshandel auf Jahre verzögert werden. Es braucht deshalb bei Wärme und Verkehr ab 2020 einen CO2-Preis von mindestens 50 Euro pro Tonne, der bis 2030 auf 180 Euro steigt.
- Klimaschutz braucht Verbindlichkeit: Das angekündigte Klimaschutzgesetz muss jährliche Klimaziele für alle Wirtschaftssektoren sicher festlegen. Werden sie verfehlt, müssen die Klimaschutzmaßnahmen schärfer werden.“

Einen Tag später positioniert sich *Greenpeace* zum Klimapaket in dem Appell *Es herrscht Klimanotstand* mit ähnlichen Forderungen.

Zum weltweiten „Klimastreiks“ merkt das *Netzwerk gerechter Welthandel* in seinem Newsletter vom 24.9. an, dass die Klima-Krise nur wirksam bekämpft werden könne, wenn auch die europäische Handelspolitik umfassend reformiert werde. Ausgehend von diesem Befund weist das Netzwerk darauf hin, dass zurzeit die EU-Kommission das *Mercosur-Abkommen* im Eiltempo – unbeirrt von den aktuellen Protesten – rechtlich überprüfen lasse, damit es so schnell wie möglich von den Mitgliedsstaaten ratifiziert werden kann. Gleichzeitig werde überlegt, die Übereinkunft in ein *EU-only Abkommen* umzudeklarieren. Würde die Kommission damit Erfolg haben, so „wäre bei der Entscheidung des EU-Rates keine Einstimmigkeit mehr erforderlich und die Ratifizierungen der nationalen Parlamente würden entfallen.“¹⁴⁴

Am 25.9. bittet WeMove.EU in dem Appell *Sagt uns, woher unser Essen kommt* um Unterstützung der am 11.10.2018 registrierten EBI *Eat original unmask your food*. Die Bürgerinitiative möchte den Missstand fehlender Ursprungsangaben bei Milch, Milchprodukten, unverarbeiteten Lebensmitteln und Produkten aus Milch- und Zuckerzutaten in mehreren EU-Ländern beseitigen. Sie strebt eine Herkunftskennzeichnung bei allen Lebensmitteln an, die es den Verbraucher/innen ermöglichen soll, ihren Konsum auf die regionale und saisonale Produktion umzustellen. Die Kommission soll deshalb dazu aufgefordert werden, „eine obligatorische Ursprungserklärung für alle Lebensmittel vorzuschreiben, um Betrug zu verhindern, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und das Recht der Verbraucher auf Information zu garantieren.“¹⁴⁵

Am 26.9., dem Internationalen Tag der Vereinten Nationen zur Abschaffung aller Atomwaffen (Nuclear Abolition Day), teilt *ICAN* mit, dass bereits 27 Staaten den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifiziert hätten und „beim sogenannten High-Level-Meeting der Vereinten Nationen“ weitere Staaten den *Atomwaffenverbotsvertrag* unterzeichnen würden. Ferner heißt es in dem Schreiben:

¹⁴⁴ Siehe auch Netzwerk freier Welthandel, *Material zum geplanten EU-Mercosur-Abkommen*

¹⁴⁵ Inzwischen ist die Sammelfrist für die Unterstützung dieser EBI abgelaufen. Mit 992.908 Unterschriften hat sie knapp ihr Ziel verfehlt, die Entscheidungsträger der EU dazu zu verpflichten, sich mit einer entsprechend wirkenden Verordnung zu befassen.

„Auch in Deutschland bleiben wir dran. 507 deutsche Abgeordnete haben bereits die ICAN-Abgeordnetenerklärung unterschrieben. Im Bundestag wurde am 11. September der Parlamentarische Freundeskreis Atomwaffenverbot gegründet und schon 50 deutsche Städte unterstützen den ICAN-Städteappell. Kürzlich hat sich Rheinland-Pfalz als erstes Flächenbundesland ebenfalls dem ICAN-Appell angeschlossen.“

Außerdem werde ICAN für ihre Petition *Atomwaffen ächten* weiterhin Unterschriften sammeln, bis das Ziel erreicht sei, dass die Bundesregierung alle US-Atomwaffen aus Deutschland abzieht und dem Verbotsvertrag beitrifft.

Am 27.9. veranlasst der diesjährige *Tag des Flüchtlings* (nicht zu verwechseln mit dem *Weltflüchtlingsstag*) Pro Asyl dazu, die auf Malta vereinbarte *Übergangslösung für die Seenotrettung* kritisch zu kommentieren – eine Grundsatzvereinbarung, die vier Tage zuvor zwischen der deutschen, französischen, italienischen und maltesischen Regierung erzielt wurde:

„Wir sind froh, dass es jetzt möglicherweise wieder offene Häfen für Seenotretter*innen in Malta & Italien gibt. Aber: Der Großteil der Geflüchteten erreicht Europa momentan über Spanien und Griechenland. Diese beiden Länder saßen beim Gipfel jedoch nicht mit am Tisch.“

Pro Asyl fordert nun von der EU einen umfassenden Plan, der nicht nur die Seenotrettung entlang der zentralen Mittelmeerroute beachtet – jener Route, auf der es am wahrscheinlichsten ist, zu sterben –, sondern alle Schutzsuchenden in den Blick nimmt: Während seit Jahresbeginn laut *UNHCR* 6.227 Menschen in Italien und 1.585 Menschen in Malta angekommen seien, hätten seit Januar mehr als 58.000 Menschen die EU über Griechenland und Spanien erreicht (Stand: 20.9.). Somit würde sich ein ganzheitlicher Ansatz, die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden, noch nicht abzeichnen und die Seenotrettungskrise fortauern: Im gesamten Mittelmeer seien in diesem Jahr bereits 932 Menschen ums Leben gekommen und seit 2015 insgesamt mehr als 15.000 Menschen.

Dass die EU bislang nur an einem Kampf gegen „irreguläre Migration“ interessiert sei, jedoch nicht an einer durchgreifenden Seenotrettung, ließe sich nach Pro Asyl vor allem an der *Mandatsverlängerung der EU-Militärmission Sophia* erkennen: „Erneut ist kein Einsatz von Schiffen vorgesehen. Schiffseinsatz im Mittelmeer würde dazu führen, dass im Rahmen der Operation Schutzsuchende in Seenot gemäß Seerecht auch gerettet und nach Europa gebracht werden müssten.“

Vor diesem Hintergrund hat die Menschenrechtsorganisation im September eine an die Kommissionspräsidentin gerichtete *Postkartenaktion* gestartet, in der ein durchgreifender Plan zur Seenotrettung im Mittelmeer verlangt wird.

Am 30.9. informiert die Umweltstiftung *EuroNatur* über den Stand der Kampagne *Save Paradise Forests* zur Rettung der letzten verbliebenen Urwälder in Rumänien: Mehr als 110.000 Bürger/innen aus aller Welt hätten bereits die Petition *Rumänien - Retten Sie die letzten großen Urwälder Europas!* unterzeichnet, die ursprünglich an die rumänische Präsidentschaft im Europäischen Rat adressiert war und Anfang September an hochrangige Regierungsbeamte übergeben werden sollte. Da im August die Koalition in Bukarest jedoch auseinandergebrochen sei und daraufhin mehrere Minister, darunter auch der Umweltminister, zurückgetreten

sind, sei die Petition bislang noch nicht eingereicht worden. Dies solle – „mit hoffentlich noch mehr Unterschriften“ – erst dann geschehen, wenn sich in Bukarest wieder eine stabile Regierung gebildet habe.

Bei der Dokumentation des Monats September springt ein weiterer interessanter Aspekt für die Fortentwicklung der Kampagnen-Praxis ins Auge, der sich auf *die Verknüpfbarkeit von Aufsehen erregenden Aktionen mit thematisch dazu passenden Kampagnen und Großereignissen bezieht*. Dieser Aspekt macht sich bei folgenden drei Ereignissen bemerkbar:

Am 29.9. informiert *Robin Wood* über eine *spektakuläre Aktion*, die mit der oben beschriebenen Kampagne abgestimmt war und gemeinsam mit der Umweltstiftung *EuroNatur* und der rumänischen Umweltorganisation *Agent Green* vorbereitet wurde: Am 27. und 28.7.2019 spannte ein von den drei NGOs beauftragtes Kletterteam in den Karpaten über einem 200 Meter breiten und 100 Meter tiefen Taleinschnitt ein 50 Meter langes Banner mit dem Schriftzug „SAVE ROMANIAN PRIMARY FORESTS!“. Damit wurde ein auffälliges Zeichen gegen die Zerstörung eines Areals gesetzt, das bereits zu den Beständen des UNESCO-Weltnaturerbes gehört. Die Aktion wurde in einem *Video* festgehalten, das von Robin Wood am 29.9. verbreitet wurde.

Eine ähnliche Aktion führte Robin Wood am 19.9.2019 genau abgestimmt mit dem bevorstehenden Klimastreik in Hamburg auf dem 60 Meter hohen Kühlturm des *Kohlekraftwerks Moorburg* durch. Von dort seilten sich Kletterer mit einem Transparent ab, auf dem *"Kohle frisst Zukunft!"* zu lesen war. Die Aktion wurde ebenfalls in einer *Videoaufnahme* öffentlich gemacht und lässt sich mit der seit 2017 von WeMove.EU durchgeführten Kampagne *Europa ohne Kohle* in Beziehung setzen.

Auch die in Hamburg von *Extinction Rebellion (XR)* am 14.9. veranstaltete Aktion *Das Blut unserer Kinder* weist eine inhaltliche Nähe zu bestimmten Kampagnen auf: Anlässlich der Cruise Days, einem Fest, das die Stadt für die zahlreichen, Mitte September einfahrenden Kreuzfahrtschiffe ausgerichtet hat, inszenierte XR einen Trauermarsch, der sich den weißen Stufen der Hamburger Elbpromenade näherte, dort anhielt und damit endete, dass auf die Treppen um einen weißen Kindersarg herum künstliches Blut vergossen wurde. Die in einer *Filmaufzeichnung* dokumentierte Aktion richtete sich damit unmissverständlich gegen die Kreuzfahrtindustrie als einer der klimaschädlichsten Reisebranchen überhaupt. Hier lässt sich eine auffällige Parallele zu zwei neueren Petitionen entdecken: dem an das Management von Royal Caribbean, Carnival, MSC, Disney und weiteren Kreuzfahrt-Unternehmen gerichteten Appell *Dringend! Korallenriffe vor Kreuzfahrt schützen!*, den die NGO *Rettet den Regenwald!* verbreitet, sowie zu der bei WeAct veröffentlichten Petition *Rettet das Klima! Saubere Kreuzfahrtschiffe jetzt!*, die sich an das Bundesverkehrsministerium und ebenfalls an verschiedene Kreuzfahrt-Unternehmen wendet.

Eine Aufstellung umweltpolitischer Kampagnen anlässlich des 20. September 2019

Die folgende Übersicht über 29 abrufbare Kampagnen wurde am 29.8.2019 mit Blick auf den von Fridays for Future am 20. September anberaumten „Klimastreik“ erstellt und später um drei weitere Aufrufe ergänzt.

Klimapolitik

EU-Notfall-Klimagipfel jetzt! WeMove.EU

Klimaklage gegen die EU WeMove.EU

Gemeinsam für das Recht auf Zukunft. Drei Familien klagen mit Greenpeace auf wirksamen Klimaschutz

Klimakrise: Anpacken statt Kapitulieren! Eilappell an die Bundesregierung BUND, Campact, WWF

Energie- und Verkehrswende

Europa ohne Kohle WeMove.EU

Europa ohne Atom .ausgestrahlt

[Br]Exit #EURATOM Vertrag Ute Schlumpberger&Cattenom Non Merci bei Change.org

#No Fracking: Keine neuen Terminals für Klimakiller-Gas DUH, Lilli und Gustav von FFF bei Change.org.

Klimawandel schnell, wirksam und fair stoppen Europäische Bürgerinitiative

Besteuerung von Flugbenzin Europäische Bürgerinitiative

Agrarpolitik und Tierschutz

Neue Agrarpolitik jetzt! NABU

Bienen und Bauern retten Europäische Bürgerinitiative

End The Cage Europäische Bürgerinitiative

Illegale Tierquälerei auf Europa Straßen beenden Sven Giegold und Martin Häusling, Change.org

Naturschutz in Osteuropa

Bewahrt Kresna Gorge! WeMove.EU

Rumänien – Retten Sie die letzten großen europäischen Urwälder Europas! EuroNatur/Agent Green, WeMove.EU

Stoppt Nenskra WeMove.EU

Schutz der Weltmeere und des Regenwaldes

Beenden wir die Plastikflut. Ihre Stimme für eine verbindliche UN-Konvention WWF

#Stoppt Überfischung und Rückwürfe DUH

Rette Pinguine vor dem Verhungern! WeMove.EU

Rettet unsere Meere WeMove.EU

Schutz für den Amazonas-Regenwald Greenpeace

Handelspolitik

Mercosur stoppen! Amazonas retten! Campact

Kein Handelsabkommen zwischen der EU und Brasilien! Der Amazonas brennt WeMove.EU

JEFTA+Co. In Den Haag Stoppen! Marianne Grimmerstein, Change.org

Wir brauchen ein Lieferkettengesetz! BUND, Greenpeace u.a. NGOs

Wachstumswende

Wohlstand ist möglich ohne gieriges Wachstum European Environmental Bureau, WeMove.EU

#Green New Deal für Europa: 500 Milliarden Euro für Klimaschutz! Yanis Varoufakis, Change.org

EU: Verpflichtet Supermärkte, ihr unverkauftes Essen zu spenden, Claudia Ruthner, Change.org

Sechs Anhaltspunkte zur Weiterverbreitung der Kampagnen-Praxis

Der von FFF am 20. September anberaumte „Klimastreik“ wurde zu einem Großereignis, das alle Erwartungen übertroffen hat: An den Massenprotesten nahmen allein in Deutschland 1,4 Millionen Menschen in 575 Städten und Gemeinden teil sowie weltweit rund 4 Millionen Menschen in 163 Ländern.

Mit der Verbreitung einer Übersicht über 26 direkt abrufbare Kampagnen (die später um drei weitere ergänzt worden ist) sollte nach dem Motto „*Versuch macht klug*“ eine zentrale Empfehlung aus der Studie ansatzweise überprüft werden: Wie reagieren verschiedene Ansprechpartner/innen auf den Vorschlag, die bisherige Interventionspraxis durch zusätzliche Appelle und Bekanntmachungen zu stärken oder anders gesagt, ihr durch *Meta-Kampagnen* nach der Devise „Zusammen sind wir stark“ größeren Auftrieb zu verleihen?

Zu diesem Zweck sandte ich die Übersicht im Zeitraum vom 28.8. bis 6.9. an mehrere Arbeitsgruppen von FFF, Kontaktadressen von *Scientists for Future* und *Extinction Rebellion* sowie *Greenpeace*, *Campact* und *WeMove.EU* mit der Empfehlung, anlässlich des 20.9. die Auflistung online und offline zu verbreiten. Mein Vorstoß rief unterschiedliche Reaktionen hervor, die von der Ankündigung, den Überblick intern weiterleiten zu wollen (FFF und Extinction Rebellion) über den Hinweis, dass man aus bestimmten Gründen die Kampagnen anderer Akteure nicht berücksichtigen könne (Campact), bis hin zu einer kurz angebundenen Rückmeldung des Sprechers von *Scientists for Future* reichten, der sich zu dem Vorschlag nicht äußerte.

Auch wenn sich aus dieser begrenzten Auswahl von Adressaten und meinem Schriftwechsel kein repräsentatives Meinungsbild zur stärkeren Einbindung der Kampagnen-Praxis in Großereignisse wie den 20. September entnehmen lässt, so ergeben sich daraus und der vorherigen Dokumentation bereits *sechs Anhaltspunkte* für eine genauere Erklärung der derzeit bestehenden Widerstände gegenüber einer Ausbreitung des Kampagnen-Aktivismus, die bei der weiteren Suche nach geeigneten kritisch-konstruktiven Bündnispartner/innen zu berücksichtigen sind.

1. Informationshäufung und getrennte Praktiken bei der Verbreitung von Kampagnen und Demonstrationsaufrufen

Zunächst fällt bei der Schilderung der Ereignisse seit August 2019 auf, dass NGOs ihre Klientel zu bestimmten Anlässen mit gleichen oder ähnlichen Nachrichten versorgen. Wer Newsletter von mehreren NGOs und Plattformen bezieht, sieht sich somit zwangsläufig mit redundanten Informationen konfrontiert. Außerdem verläuft zwischen der Bekanntmachung klimapolitisch relevanter Kampagnen und den Aufrufen zur Teilnahme an Demonstrationen ein klarer Trennstrich: Beide Praktiken der „Massenmobilisierung“ stehen bislang weitgehend *beziehungslos* und *unverbunden* nebeneinander – vgl. S.81ff.¹⁴⁶

¹⁴⁶ In ihrem unter der Rubrik „Aktuelles“ vorzufindenden *Aufruf zu bundesweiten Aktionstagen am 29. und 30. November* unternimmt die *Initiative Lieferkettengesetz* einen ersten, noch zaghaften Versuch, diese Trennung zu überwinden.

2. Verdrängungswettbewerb beim Streben nach Aufmerksamkeit

Ferner geht aus der Dokumentation hervor, dass manche Interventionen wie der Aufruf zur *Einführung eines Lieferkettengesetzes* sich auf größere Trägerkreise stützen und von den dafür zuständigen NGOs mehrfach beworben werden. Andere Initiativen jedoch, die zu früheren Zeitpunkten veröffentlicht wurden (wie die in der Übersicht aufgeführten EBIs, Eingaben von Change.org und Aufrufe von WeMove.EU) unterliegen einem *unterschwelligen* (obgleich wohl unbeabsichtigten) *Verdrängungswettbewerb* und geraten so schnell in Vergessenheit. Daran könnte sich wahrscheinlich erst etwas ändern, wenn eine oder mehrere NGOs und Plattformen bzw. andere einflussreiche Akteure über ihren Schatten springen und für die Unterstützung *aller* aktuell relevanten Kampagnen zu einem spezifischen Themengebiet wie der Klima- und Umweltkrise werben würden.

3. Wirtschaftliche Zwänge zur Selbstbehauptung

Warum dies nicht schon längst geschieht, hat vor allem „systemische“ Gründe: Bei fast jeder Gelegenheit – Nachrichten über dramatische Fehlentwicklungen und den daraufhin erfolgenden „Kampfansagen“ – werden die Unterstützerkreise von NGOs und Online-Plattformen um Spendenbeiträge gebeten. Deshalb muss bei der Frage, warum bislang an einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung des Kampagnen-Praxis so wenig Interesse besteht, auch die *besondere ökonomische Lage* in Betracht gezogen werden, mit der NGOs und Plattformen, die auf ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bedacht sind, zurecht kommen müssen. Bei ihrer Mehrzahl handelt es sich um *Privatanbieter*, die ihre Arbeit maßgeblich über Förderbeiträge und Spendeneinnahmen finanzieren und deren wirtschaftliches Kalkül bislang ein *souveränes* Zusammenwirken mit *allen* anderen ernst zu nehmenden Konkurrenten auszuschließen scheint, das über Aktionsbündnisse bei vereinzelt Kampagnen und Demonstrationsaufrufen hinausreicht.

4. Die Kampagnen-Praxis – bei Massenprotesten ein „Fremdkörper“

Vielen Akteuren scheint deshalb der Gedanke fremd zu sein, dass durch Bekanntmachungen im Netz, auf der Straße und bei Kundgebungen *insgesamt* die klima- und umweltpolitische Kampagnen-Praxis gestärkt werden könnte. Hierzu hätten der 20. September und die daran anschließenden Aktionstage bereits einen wirkungsvollen Auftakt bilden können. Doch machen sich die o.g. Teilnehmerzahlen bislang in keiner stärkeren Beteiligung an zentralen Kampagnen zur deutschen und europäischen Klimapolitik bemerkbar.

Angesichts der o.g. Teilnehmerzahlen hätten bspw. die Zustimmungswerte jener drei Kampagnen, die im August 2019 zur Bekämpfung der Klimakrise erschienen sind, im Falle einer intensiven öffentlichen Bewerbung erheblich ansteigen können. Der Aufruf von WeMove.EU, umgehend auf EU-Ebene einen *Klimanottfallgipfel* durchzuführen, erhielt jedoch bislang nur 88.729 Unterschriften, der von Campact verbreitete Eilappell *Mercosur stoppen, Amazonas retten!* nur 348.894 sowie der dazu analoge WeMove-Aufruf *Kein Handelsabkommen zwischen der EU und Brasilien!* nur 220.733 Unterschriften (Stand: 30.9.2019). Auch wenn die Zustimmungswerte dieser Kampagnen bereits im fünf- und sechsstelligen Bereich liegen,

hätten sie in Folge der gigantischen, alle bisherigen Erwartungen übertreffenden Protestwelle eine ähnlich große Zustimmung im *einstelligen Millionenbereich* erreichen können, wie dies bei der *Stop-TTIP-* und *Save the Internet-Kampagnen* der Fall war.

5. Massenauftritte von FFF ohne ein auf Praktikabilität ausgerichtetes Alternativkonzept

Auch für die in der Studie geäußerte Annahme, dass sich FFF als „Kampagnen-Multiplikator“ hervortun könnte, hat es bislang keine Bestätigung gegeben. Dem stehen bei FFF offenbar große Anstrengungen um weitere Massenmobilisierungen, aufwändige Abstimmungsprozeduren, eine bislang provisorische Organisationsstruktur (ohne zentrale Anlaufstelle) und die Faszination über die bereits erreichten „Jahrhunderterfolge“ entgegen, darüber hinaus aber auch interne Differenzen bezüglich der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung: „Dazu gehört die Frage nach internen Entscheidungsprozessen und die nach der Rolle exponierter Sprecher/innen der Kampagne. Dazu gehört aber auch die Spannung zwischen eher moderaten und eher offensiven, für zivilen Ungehorsam plädierenden Aktivist/inn/en.“¹⁴⁷

Vor diesem Hintergrund scheint zurzeit die Aufforderung, sich auf die Kampagnen anderer Akteure einzulassen und diese öffentlich zu bewerben, auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Bislang begnügen sich FFF und die Scientists for Future-Initiative mit *sehr ambitionierten Forderungen zur konsequenten Einhaltung des Pariser Klimaabkommens* in Deutschland: der Herstellung von Klimaneutralität bis 2035, einem Kohleausstieg bis 2030, einer vollständigen erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 und einem sofortigen Einstiegspreis für Treibhausgasemissionen von 180€ pro Tonne CO₂.¹⁴⁸ Intern wird aber derzeit anlässlich eines am 4.10.2019 veröffentlichten *offenen Briefes an die Bundesregierung* zu den *Beschlüssen des Klimakabinetts vom 20. September* darüber gestritten, ob FFF die bisherigen Forderungen auch mit konkreten Einzelmaßnahmen und Hinweisen zur Umsetzung der eigenen Klimaziele versehen sollte (siehe *Kommentarspalte* zum offenen Brief). Somit steht ein genauer begründetes Alternativkonzept zu den Regierungsbeschlüssen noch aus, welches zugleich Unterschiede zu anderweitig empfohlenen Maßnahmen verdeutlicht, die über die Kabinettsbeschlüsse hinausgehen – wie etwa zum Klimaprogramm des BUND, das einen CO₂-Einstiegspreis von mindestens 50 € pro Tonne bei Verkehr und Wärmeversorgung vorsieht oder der Grünen, in dem eine noch geringere Einstiegssteuer in Höhe von 40€ vorgeschlagen wird.¹⁴⁹

¹⁴⁷ Vgl. Moritz Sommer, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak. *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*. ipb Working paper 2/2019, S.4

¹⁴⁸ Zum Vergleich: Nach den bisherigen Plänen der neuen Kommission soll die EU erst 2050 klimaneutral sein und bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent (gegenüber 1990) und nicht wie bislang geplant nur um 40 Prozent sinken. Vgl. Friederike Meier, *„Von der Leyen bleibt hinter Forderungen zurück.“* www.klimareporter.de, 17.7.2019

¹⁴⁹ Dieser Vorschlag ist inzwischen korrigiert worden: Den *Parteitagebeschlüssen der Grünen vom 17.11.2019* zufolge soll ab 2020 eine Einstiegssteuer für fossile Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas in Höhe von 60€ pro Tonne in Kraft treten, die pro Jahr um 20€ ansteigt.

Vgl. zu den Beschlüssen auch Sven Giegold, *Grüne stärken Klimaposition*, Newsletter vom 19.11.2019

Insofern scheint vorerst für die Verbreitung schlüssiger Alternativvorschläge – wie zu einer wirksamen CO₂-Bepreisung und einer Neuausrichtung des Emissionshandels, zu einem Investitionsprogramm, das zur Schaffung von Klimaneutralität beiträgt, oder zu sozialen Ausgleichsmechanismen beim Anstieg von CO₂-Steuern und Wegfall von Arbeitsplätzen – vor allem ökonomischer Sachverstand zuständig zu sein.¹⁵⁰

6. Praktiken zivilen Ungehorsams anstelle von E-Mail-Kampagnen

Solche präzisen Statements vermeidet ebenfalls die Protestbewegung *Extinction Rebellion* (übersetzt: Rebellion gegen das Aussterben, Abkürzung: XR), die zum Zeitpunkt dieses dritten Nachtrags zur Studie durch strikt gewaltfreie Blockadeaktionen und kreative Aktionsformen weltweit Aufsehen erregt und bereits ein breites Medienecho ausgelöst hat. Gleichzeitig mehren sich jedoch *kritische Stimmen*, die XR bezüglich der programmatischen Ausrichtung und ihres Auftretens u.a. einen Mangel an theoretischer Orientierung, Überheblichkeit gegenüber der so genannten „Mehrheitsgesellschaft“ sowie zu geringe Distanz gegenüber rassistischen und sexistischen Vorurteilen vorwerfen.¹⁵¹

Zu einem vergleichsweise abgewogenen Urteil gelangt *Ingo Arzt* am 8.10.2019 in seinem *Kommentar zur Frage: Bringt das was?* Die Bewegung sei keine Partei, die sich auf mühsame Kompromisse einlasse, sondern ein potenzieller „Katalysator, der die Abwehr der Gesellschaften gegen eine vernichtend langsame Klimapolitik“ zu beschleunigen suche und „die Auflösung eines auf fossilen Brennstoffen basierenden weltweiten Imperiums bis 2025“ anstrebe. Es sei die „verdammte Pflicht von sozialen Bewegungen, genauso radikal traumtänzerisch“ wie XR zu sein. Und wer eine Bewegung daran bemesse, wie realistisch ihre Forderungen seien, der denke ahistorisch. Andererseits weist Arzt auf das überheblich anmutende, im Kern *apolitische* Narrativ von XR hin, demzufolge „alle, die nicht so radikal wie sie“ seien, „versagen“ würden. Den damit verbundenen Hochmut weist der taz-Redakteur für Wirtschaft und Umwelt mit dem Hinweis zurück, dass eine strikte Befolgung der Ziele von XR dazu führen würde, umgehend Millionen von PKWs stilllegen zu müssen. Mit solch einer Forderung würden jedoch etwa die Grünen sofort ihr Wählerpotenzial halbieren und sei „für den Klimaschutz nichts gewonnen“.

¹⁵⁰ Hierzu folgende Beispiele:

Claudia Kemfert / Gabriel Felbermayr / Rüdiger Bachmann. 2019: *Wie kann man das Klimapaket retten?* Makronom 8.10.2019

Axel Troost, Rainald Ötsch: *CO₂-Preis: Weder Superheld noch Superschurke*. Zur Einordnung eines sinnvollen Klimaschutzinstruments. RLS-Standpunkte 8/2019

Tom Krebs, 2019: *Jenseits der Schwarzen Null. Die Schuldenbremse, die wir brauchen*. Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2019 sowie *Was ist progressive Wirtschaftspolitik?* Makronom 24.9.2019

Jan-Erik Thiele / Benjamin Görlach: *Wie der klimaneutrale Umbau des Industriestandorts Deutschland gelingen kann*. Makronom 16.10.2019

Axel Troost: *Kohleausstieg: Beteiligt die Reviere!* Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2019

Darüber hinaus hat das Online Magazin für Wirtschaftspolitik *Makronom* zentrale *Pro und Contra-Argumente zur CO₂-Bepreisung* zusammengestellt

¹⁵¹ Vgl. Katharina Schipkowski, *Revolution vom Reißbrett*, TAZ 24.10.2019 und Simon Sales Prado, *Aggressiv friedlich*, TAZ 9.10.2019

Diese Argumentation legt eine *inhaltliche Entkoppelung* zwischen den neuen „subversiven“ Impulsen von XR zu einem radikalen „Systembruch“ und allen anderen Ansätzen nahe, den wachstumsgetriebenen Kapitalismus durch pragmatisch orientierte Steuerungsmechanismen in Schach zu halten – zwischen den Straßenblockaden und anderen Praktiken zivilen Ungehorsams einerseits und auf Kompromissfindung und Mehrheitsbildung angewiesenen Entscheidungsprozessen in den staatlichen Institutionen andererseits. Damit aber droht jede produktive Verständigung zwischen Einstellungen, die zu radikalen Systemveränderungen drängen, und regierungsnahen Positionen sowie den Sichtweisen moderat orientierter Reformkräfte abzubrechen, die derzeit von einer Vereinbarkeit der Pariser Klimaziele mit einem behutsam durchgeführten Strukturwandel und sozial-ökologisch abgefedertem Wirtschaftswachstum ausgehen. Je häufiger und unnachgiebiger XR in Zukunft mit „kalkulierten Gesetzesbrüchen“ gegen diese Mehrheitsauffassung vorgeht, desto mehr besteht die Gefahr, dass weitere „Störungen des öffentlichen Lebens“ in Presse und Medien als „nervende Anmaßung“ angesehen werden, mit der „eine verschwindende Minderheit einer Mehrheit ihren Willen aufzwingen will“. ¹⁵²

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich jedoch noch nicht einschätzen, wie die „aggressiv friedliche“ Bewegung ihre sehr hochgesteckten Ziele weiterverfolgen wird. Ihr von der US-amerikanischen Politologin *Erica Chenowitch* entlehnter Anspruch, mit konsequent gewaltfreien Aktionen 3,5 Prozent der Bevölkerung (in Deutschland 2,9 Millionen Menschen) für aktive Proteste zu gewinnen und mit dieser „kritischen Masse“ die Durchsetzung einer strikten CO₂-Neutralität bis 2025 erreichen zu können¹⁵³, klingt verheißungsvoll, könnte aber auch zu einer fruchtlosen Polarisierung führen. Mögliche *Brücken der Verständigung* nicht zuletzt zur Kampagnen-Praxis wären dann abgebrochen, wie es die folgenden Äußerungen eines der Mitbegründer von XR, *Roger Hallam*, in einem Spiegel-Interview vom 13.9.2019 nahe legen:

„Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant. Konventionelle Aktionsformen wie Demos, E-Mail-Kampagnen und Lobbyarbeit sind Schrott, sie haben nicht den nötigen Effekt. Wir haben einen 60-prozentigen Anstieg der CO₂-Emissionen seit 1990, sie steigen trotz aller Klimaschutzbekundungen einfach immer weiter. Die globale Politik ist offensichtlich unfähig, den radikalen Wandel herbeizuführen, den es braucht.“

¹⁵² Vgl. Joerg Helge Wagner, *Nervende Anmaßung*. Weser Kurier 8.10.2019

¹⁵³ Vgl. Dialika Neufeld, *Bezugsgruppe Oktopus*, Der Spiegel Nr. 41/5.10.2019, S.50

Abschließende Bemerkungen

Massendemonstrationen verbunden mit Streikaktionen, die weltweit in verschiedenen Ländern zeitgleich durchgeführt werden und vom leidenschaftlichen Momentum kollektiven Aufbegehrens getragen sind, haben sich in den vergangenen Monaten als das geeignetste Mittel erwiesen, um die globale Klimakrise in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu rücken. Auch die spektakulären, emotional aufrüttelnden und mit persönlichem Einsatz durchgeführten Aktionen von XR tragen dazu spürbar bei.

Ausgehend von diesen Erfahrungen kündigt FFF für den 29. November erneut einen *Global Day of Climate Action* an, der sich hierzulande voraussichtlich auf das von Klimawissenschaftler/innen und Umweltverbänden heftig kritisierte Klimaschutzprogramm der Bundesregierung konzentrieren wird, das am 9.10.2019 verabschiedet wurde.¹⁵⁴

Nach dem 29.11. wird sich die Frage stellen, welche Absichten mit künftigen *außerparlamentarischen* Protesten verfolgt werden und zu welchen weiterführenden Vorhaben sie anregen könnten:

- Wie wird man auf Ergebnisse von Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach und ARD-Deutschland Trend reagieren, wonach eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die FFF-Bewegung eher positiv bewertet, zugleich aber Praktiken zivilen Ungehorsams (einschließlich Schülerstreiks) ablehnt und an künftigen Kosten der Klimapolitik nicht beteiligt werden will?¹⁵⁵ Lösen die früher oder später erfahrbaren *Grenzen der eigenen Breitenwirkung* Resignation und Ohnmachtsgefühle aus oder werden diese als Herausforderung zu einem zielstrebigem kooperativen Handeln verstanden?
- Versucht man die bei Massenauftritten ins Auge springende Willensbildung – ein Vorgang, der sich an den Teilnehmerzahlen und höchstwahrscheinlich breiten Zustimmung zu einigen allgemein gehaltenen Forderungen bemisst –, auch durch das *Nadelöhr* zielführender Kampagnen zu schleusen und so die weitere Willensbildung, mit zusätzlichen Gradmessern versehen, *differenzierter* und *aussagekräftiger* zu gestalten?
- Wird somit als *drittes Standbein öffentlicher Einflussnahmen* neben Großdemonstrationen und aufrüttelnden Aktionsformen auch verstärkt die Praxis schriftlicher Eingaben als Form ziviler Einmischung genutzt? Versucht man dieser *dritten* Einflussform entsprechend einen engeren Schulterschluss mit jenem kritisch-sachkundigen Sachverstand herbeizuführen, der sich mit den konkreten Herausforderungen, die bei der Bekämpfung der Klimakrise zu beachten sind, näher auskennt?
- Strebt man darüber hinaus an, den bislang eher auf die deutsche Klimapolitik eingeschränkten Blickwinkel um die *europäische* und *internationale Dimension* klimapolitischer Weichenstellungen zu erweitern, und beginnt, über spontane Einzelaktionen hinaus¹⁵⁶,

¹⁵⁴ Siehe Fridays for Future: *Global Day of Climate Action*

¹⁵⁵ Vgl. Renate Köcher, *Wie der Klimaschutz polarisiert*, FAZ 17.9.2019 und Dirk Kurbjuweit, *Freiheit kontra Wirksamkeit*, Der Spiegel 89/2019, S.8 und Ellen Ehni, tagesschau.de, DeutschlandTrend vom 10.10.2019: *Jedem Zweiten reicht das Klimapaket nicht*.

¹⁵⁶ Vgl. Stefan Grobe, *Kampf dem Klimawandel im Europäischen Parlament*, Euronews 10.7.2019

eine *vielschichtig* angelegte Strategie öffentlicher Einflussnahme zu verfolgen?

- Und schließlich: Wird man sich dazu durchringen, in kooperativen und handlungsorientierten Projekten an einer ökologisch-sozialen Transformation mitzuwirken, die der Devise „*Notwendiges möglich zu machen*“ folgt und früher oder später auch eine schlüssige Strategie zur Verringerung ökonomischer Wachstumszwänge mit einschließt?¹⁵⁷

An Ideen und Vorschlägen zu alledem fehlt es nicht, vielmehr an der mangelnden Bereitschaft, über den eigenen Organisationshorizont hinauszuschauen und sich auf übergreifende Vorhaben einzulassen, bei denen es vorrangig um die *Stärkung des gemeinschaftlichen Zusammenwirkens und Einflussvermögens aller gesellschaftlichen Kräfte* geht, die auf nationaler und europäischer Ebene einen grundlegenden sozial-ökologischen Strukturwandel mit weltweiten Folgen anzustreben versuchen.

Für solche Herausforderungen liegen bereits mehrere Anregungen in der Übersicht vor. Um nur drei Beispiele zu nennen:

- Mit der jüngsten Forderung nach Einführung eines *Lieferkettengesetzes* soll entlang von Wertschöpfungsketten nicht nur die Einhaltung von Menschen- und Sozialrechten, sondern auch von Umweltstandards und somit ein Welthandel angestrebt werden, der zunehmend auf Klimaverträglichkeit ausgerichtet ist.
- Die DUH beabsichtigt *Rechtsgutachten* zum Import- sowie zum Beimischungsverbot von Soja in Auftrag zu geben, auf deren Grundlage die bisherigen *Kampagnen zur der sich ausbreitenden Öko-Katastrophe am Amazonas* eine weitaus größere Wirkung erlangen könnten: Mit den Gutachten soll der Druck auf die EU verstärkt werden, das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten nachzuverhandeln.¹⁵⁸
- Der Aufruf zu einem *Green New Deal in Europa* könnte unter neuen Vorzeichen aktualisiert werden, nachdem aus Expertensicht demokratische Beteiligungsperspektiven und Anstöße für eine europäische Wachstumswende verdeutlicht worden sind, die mit diesem Vorhaben einhergehen könnten.¹⁵⁹

Im engen Zusammenhang mit diesem Aufruf – in dem mehr als das Fünffache an Aufwendungen für nachhaltige Klima-Investitionen in Europa verlangt wird als sie derzeit geplant sind – steht die von Sven Giegold verbreitete Kampagne *Stoppt die Blockade der Bundesregierung im Kampf gegen Steuervermeidung großer Unternehmen!* (vgl. S.16 f.), die erneut an Brisanz gewinnt: Am 25.10.2019 konnten sich die EU-Mitgliedsstaaten abermals auf keine gemeinsame Position zum Kommissionsvorschlag für die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von multinationalen Unternehmen („country-by-country-reporting“) einigen. Vierzehn EU-Mitgliedstaaten bezweifeln weiterhin die Rechtsgrundlage des Kommissionsvor-

¹⁵⁷ Vgl. Makronom, *Die Politik hat es nicht geschafft, das Notwendige möglich zu machen*, sowie die Stellungnahmen des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Hans-Jürgen Urban in „*Zwei Seelen wohnen in meiner Brust*“, einem am 11.10.2019 in der TAZ erschienenen Interview von Pascal Beucker

¹⁵⁸ Siehe Rundbrief des Bundesgeschäftsführers der DUH Sascha Müller-Kraenner zum Thema *Historische Chance vom Amazonas bis nach Deutschland – Kämpfen Sie jetzt mit uns gegen Billigprodukte auf Kosten von Natur und Umwelt* vom 1.10.2019

¹⁵⁹ Vgl. Janina Urban, *Ein echter Green New Deal sollte auch die Demokratie stärken*. Makronom 10.10.2019

schlags zur Herstellung öffentlicher Steuertransparenz bei Großunternehmen und wollen darüber nur nach dem Einstimmigkeitsprinzip entscheiden. Hierbei würde, wie Giegold in seinem Newsletter vom 25.10. mitteilt¹⁶⁰, erneut die deutsche Regierung „das Zünglein an der Waage“ sein.

All dies sind Aspekte, die ans Tageslicht der Öffentlichkeit gehören. Dafür Sorge zu tragen, könnte nicht nur dem europapolitischen Kampagnen-Aktivismus, sondern ebenso der noch jungen „Weltbewegung“ fürs Klima nützen – eine Win-Win-Situation, für die gerade ein „Zeitfenster“ offen steht.

Stand: 25.10.2019

¹⁶⁰ Sven Giegold, *Stunde der Wahrheit: Bundesregierung macht gemeinsame Sache mit EU-Steuerparadiesen und verhindert Steuertransparenz von Großunternehmen*. Newsletter vom 22.10.2019

Literaturhinweise

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. 2019: *Memorandum 2019*, Köln
- Barth, Jonathan / Hafele, Jakob, 2019: *Warum wir eine agile Klimapolitik brauchen*. Makronom 1.11.2019
- Berlin Institut für Partizipation. 2017: *Petition als Partizipationsmöglichkeit*
- Brand, Ulrich: *In der Wachstumsfalle. Die Gewerkschaften und der Klimawandel*. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2019
- Bsirske, Frank / Dörre, Klaus / Chevalier, Jeanne / Ypsilanti, Andrea u.a. 2018: *Ein anderes Europa ist möglich*. Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch. Hrsg.: Attac, 2018
- Buoju, Manon / Chancel, Lucas / Delatte, Anne-Laure / Hennette, Stéphanie / Thomas, Piketty / Sacriste, Guillaume / Vauchez, Antoine. 2018: *Manifest Für die Demokratisierung Europas*. Als Gastbeitrag unter dem Titel „Mehr Steuern für Europa“ am 10.12.2018 in der Zeitung Die Welt erschienen
- Burkhardt, Delara, 2019: *Der Europas Green Deal wird rot. Der European Green Deal soll nicht nur die Klimakrise bekämpfen. Er ist auch eine Chance für sozialen Wandel* IPG 29.10.2019
- Busch, Klaus / Bischoff, Joachim / Funke, Hajo. 2018: *Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende*. Hamburg
- Busch, Klaus / Bischoff, Joachim / Bsirske, Frank / Schwan, Gesine / Schrooten, Mechthild / Troost, Axel / Wolf Harald. 2016: *Europa geht auch solidarisch!* Streitschrift für eine andere Europäische Union. VSA Hamburg
- Busch / Klaus, Bischoff, Joachim / Troost, Axel: *Wohin treibt Europa? Plädoyer für eine solidarische EU*. Sozialismus.de Beilage zu Heft Nr. 11/ 2018
- Christliche Initiative Romero, 2019: Studie *Der deutsche Rohstoffhunger und seine menschenrechtlichen Folgen im globalen Süden*
- Claußen, Angelika / Rosen, Alex, 2019: *Atomenergie – der Treibstoff für die Bombe*. Information der IPPNW, August 2019
- Climate Transparency, 2019: *Kein G20-Staat beim Klimaschutz auf 1,5 Grad Kurs*. Web.de, 11.11.2019
- DGB-Bundesvorstand: *Klartext*
- DGB, 2012: *Ein Marshallplan für Europa* #
- Felber, Christian: *Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO & Co*. Wien 2017
- Fücks, Ralf,. 2013: *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*. München
- Gutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute BICC / HSKF / IFSH / INEF: *Friedensgutachten 2019*
- Gabriel, Sigmar / Habermas, Jürgen / Macron, Emmanuel. 2017: *Europa neu denken*. Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017
- Giegold, Sven: *Newsletter Blog*
- Giegold, Sven. 26.5.2018: *Meine 5-Jahres-Bilanz zum Wahltag*
- Greffrath, Mathias. 2018: *Solidarische Stunden*, TAZ 17.10.2018
- Guérot, Ulrike. 2017: *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Berlin 2017
- Guérot, Ulrike / Negt, Oskar / Kehrbaum, Tom / Herold, Emanuel. 2018: *Europa jetzt! Eine Ermutigung*, Göttingen
- Habermas, Jürgen. 2018: *Wo bleibt die proeuropäische Linke?* Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/18
- Hagedorn, Gregor. 2019: *Scientists for Future: Aufklärung gegen die Klimakrise*. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/19
- Hecht, Patricia. 2017: „Was machen wir jetzt damit?“ Interview mit der Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung Ulrike Guérot. TAZ 10.4.17

- Hickel, Rudolf / König, Johann-Günther. 2014: *Euro stabilisieren – EU demokratisieren*. Bremen/Boston 2014
- Hierlemann, Dominik / Huesmann, Christian. 2018: *Europäische Bürgerinitiative ist wenig bekannt und entfaltet kaum Wirkung*, Bertelsmann Stiftung 9.4.2018
- Höpner, Martin. 2019: *Eine Strategie für das „soziale Europa“*, Makroskop, 29.4.2019
- Klein, Ansgar / Sprengel, Rainer / Neuling, Johanna. 2019: *Europa als Handlungsarena der Zivilgesellschaft. Jahrbuch Engagementpolitik 2019*. Wochenschau-Verlag
- Kemfert, Claudia. 2019: *Green New Deal. Wie die Wende zu einem nachhaltigen Finanzsystem gelingen kann*. Makronom, 2.10.2019
- Knierim, Bernhard / Wolf Winfried. 2019: *Die Schiene leben! In Zeiten der Klimakrise ist eine nachhaltige (...) Deutsche Bahn wichtiger denn je. 10 Vorschläge für eine Reform*. TAZ 15.10.19
- Koch, Hannes. 2018: *Küchentliche zu Hausparlamenten (...)* Pulse of Europe startet eine neue Form der Bürgerbeteiligung. TAZ 9.6.2018
- Leggewie, Claus. 2017: *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*, Berlin 2017
- Lehndorff, Steffen / Dribbusch, Heiner / Schulten, Thorsten. 2018: *In schwerer See. Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten*, IAQ-Forschung 5/2018, Duisburg / Essen
- Lessenich, Stephan. 2016: *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin 2016
- Liebert, Ulrike. 2019: *Europa erneuern! Eine realistische Vision für das 21. Jahrhundert*. Bielefeld 2019
- Listl, Walter. 2019: *Militär und Krieg als Klimakiller Nummer eins*, isw / sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München
- Loske, Reinhard. 2019: *Mehr Gemeinsinn wagen. Wie in der Finanzkrise hält die Wirtschaftswissenschaft auch in der Klimakrise kaum taugliche Antworten bereit*. TAZ 25.6.2019
- Münch, Niels-Arne. 2018: *Der blinde Fleck der Klimabewegung*. Freitag.de 19.12.2018
- Niebert, Kai. 2019: *Klimaschutz nicht dem Kapitalismus überlassen. Will das Klimakabinett glaubwürdig sein, muss es aufhören, Klimaschutz zu simulieren. Vier Punkte, die es anzupacken gilt*. IPG 18.9.2019
- Paech, Nico. 2013: *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München
- Postwachstum Blog: <https://www.postwachstum.de/>
- Redaktion Sozialismus. 2019: *Nachhaltigkeitsrevolution und Green New Deal*. Sozialismus.de Heft 10/2019
- Reichenstein, Ruth. 2016: *Die Europäische Union. Die 101 wichtigsten Fragen*, München 2016
- Reinecke, Stefan. 2018: *Die kommenden Aufstände. Die Revolten der Zukunft werden spontan, faszinierend und flüchtig sein – wie Feuerwerke*, TAZ 29./30.12.19
- Reuter, Norbert. 2019, *Die Gewerkschaften gegen die Klimakrise*, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2019
- Rucht, Dieter. 2018: *Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Sammlungsbewegung*, Institut für Protest und Bewegungsforschung, Berlin: ipb working paper 2/2018
- Sauer, Thomas. 2018: *Demokratisierung der Eurozone: T-dem – eine parlamentarische Versammlung eröffnet neue Horizonte*
- Schulmeister, Stephan. 2018: *Der Weg zur Prosperität*. Salzburg-München
- Schuster, Joachim. *Homepage*
- Schumann, Harald. 2019: *Gesetzgebung in der Blackbox. Wie demokratisch ist die EU?* Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1
- Schwan, Gesine. 2017: Flüchtlingspolitik *Für Menschlichkeit, gegen Heuchelei*, Gastbeitrag, SPIEGEL ONLINE, 26.2.2017

- Schwan, Gesine / Zobel, Malisa. 2019: *Es braucht ein ganzes Dorf! Die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen in europäischen Kommunen sorgt für eine demokratische Wiederbelebung von unten*. IPG 24.9.2019
- Schwinn, Florian. 2019: *Raubbau an der Erde – Unser Krieg gegen den Boden*. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2019
- Sommer, Moritz / Rucht, Dieter / Haunss, Sebastian / Zajak, Sabrina, *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*. ipb Working paper 2/2019
- Sommer, Jörg (Hg.) 2017: *Kursbuch Bürgerbeteiligung*. Berlin Institut für Partizipation
- Thränert, Oliver. 2019: *Rüstung außer Kontrolle: Die neue atomare Bedrohung*. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/19
- Thiele, Jan-Erik / Görlach, Benjamin. 2019: *Wie der klimaneutrale Umbau des Industriestandorts Deutschland gelingen kann*. Makronom 16.10.2019
- Troost, Axel: *Newsletter*
- Troost, Axel. 2019: *Kohleausstieg: Beteiligt die Reviere!* Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/19
- Troost, Axel / Ötsch, Rainald. 2019: *CO2-Preis: Weder Superheld noch Superschurke*. Zur Einordnung eines sinnvollen Klimaschutzinstruments. RLS-Standpunkte 8/2019
- Urban, Hans-Jürgen. 2019: *Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalen Kapitalismus*. Hamburg
- Urban, Janina. 2019: *Ein echter Green New Deal sollte auch die Demokratie stärken*. Makronom 10.10.2019
- Welzer, Harald. 2016: *Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit*. Frankfurt a.Main
- Wolf, Winfried. *Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt*. Wien 2019
- Zülch, Martin. 2016: *Ideen und Vorschläge zur Lösung der europäischen Krise. Siebzehn Aspekte zu einem Neubeginn in Europa*. Abrufbar unter: europa-ahead.martinzuelch.de
- Zülch, Martin. 2018: *Investitionen ohne wirksame öffentliche Kontrollen? Ein offener Brief zur Wachstumsstrategie von restart Europe now!*

Angaben zum Autor

Martin Zülch (Jg.1950) war als Politik- und Kunstlehrer an einer niedersächsischen Gesamtschule tätig, ist Mitglied der GEW und hat sich ab 2015 mit Ideen und Vorschlägen zur Lösung der europäischen Krise befasst. In seine seither entstandenen europapolitischen Beiträge kann auf der Website europa-ahead.martinzuelch.de Einblick genommen werden.

Zwei von diesen sind auch auf der Plattform *Europa neu begründen* erschienen: unter der Rubrik „Kommentare, Initiativen“ im Dezember 2016 ein [offener Brief an die Bundesregierung zur Lösung der Griechenlandkrise](#) sowie im April 2018 auf der Seite „Debatte“ ein [Beitrag zur Weiterentwicklung der Investitionsstrategie von restart Europe now!](#)

Während und nach seines Studiums beteiligte sich Martin Zülch an der Bekanntmachung und Verbreitung der Freinet-Pädagogik (eines von dem französischen Volksschullehrer Célestin Freinet entwickelten Reformkonzeptes für die Regelschule). Darüber hinaus veröffentlichte er während der Ausübung seines Lehrerberufs mehrere Beiträge zur Kunstpädagogik, insbesondere zur Thematik [Kunst und Ökologie](#) und ausgehend von der Beschreibung eigener Unterrichtsprojekte zu den möglichen Reichweiten des Kunstunterrichtes. Neuere Beiträge dazu sind unter www.martinzuelch.de einzusehen.

Kontakt Daten

Martin Zülch (vollständiger Vorname: Hans-Martin)
Prangenstraße 20
28203 Bremen
E-Mail: martin.zuelch@t-online.de

Copyright

© Martin Zülch

Alle Rechte vorbehalten